PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W. Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim, Sandhofer Str. 29, Telefon 0621/36015 – Druck: Caro-Druck, 6831 Plankstadt, Am Ochsenhorn 6 – Auflage: 50 000 – Redaktion: 68 Mannheim, Sandhofer Str. 29, Telefon 0621/36014 – Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon 0621/36012 – Jahresabonnement: incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnements-Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto Kühl KG, Volksbank Mannheim, Kto.Nr. 57 34 18 oder: PSchA Karlsruhe, Kto.Nr. 171 453-759 – Die Zeitung wurde am Dienstag, dem 11. Februar 1975 fertiggestellt.

13. Februar 1975 Jg. 3 Nr. 7 50 Pfennig

Warnstreiks: Wir nehmen keinen Lohnraub-Abschluß hin !

Noch bevor die Erklärungsfrist der Kapitalisten zu dem Schlichtungsergebnis abgelaufen war, haben mehrere tausend Metallarbeiter Warnstreiks durchgeführt. Nach der Ablehnung des Schlichtungsvorschlags wurden die Streiks noch ausgeweitet. Ende der letzten Woche haben ungefähr 15 000 Metallarbeiter Warnstreiks durchgeführt. AEG-Kanis in Essen war der erste Betrieb, in dem alle Arbeiter für eine halbe Stunde die Maschinen ausgeschaltet haben, es folgten 3 000 Arbeiter aus drei Krupp-Werken in Essen, der Vertrauenskörper von Krupp Industrie und Stahlbau hat dem Hauptvorstand erklärt, daß die Belegschaft zu weiteren Kampfmaßnahmen jederzeit bereit sei. Eine 200 Mann starke Funktionärskonferenz in Essen stellte am 13.2. in einer Resolution fest, daß die 7 % Schlichtungsergebnis keineswegs ausreichend seien. Sie machen für den Ecklohn 46 Pfennig pro Stunde bzw. 80 Mark brutto im Monat aus.

Am 4.2. wurden im Ruhrgebiet insgesamt 12 Betriebe bestreikt. Über 300 Funktionäre der IG Metall in Dortmund lehnten nicht nur das Angebot der Kapitalisten, sondern auch den Schlichtungsspruch von 7 % kategorisch ab: "Wir lehnen den Schlichtungsspruch von 7 % ab. Im Endeffekt haben die Kollegen dann weniger." In zahlreichen Unterschriftenlisten und Resolutionen aus den Betrieben wurden Kampfmaßnahmen gefordert. Während der Streiks wurde die Forderung nach unbefristeten Streiks, nach Streichung der Lohngruppe 2, nach Ablehnung des Schlichtungsabkommens laut.

"Es geht nicht um Prozente – der Arbeitgeber spielt Polente"

Die Metallarbeiter von Rhein und Ruhr haben in diesen Streikaktionen gezeigt, daß diese Tarifverhandlungen für sie noch nicht gelaufen sind. Die Hoesch-Arbeiter demonstrierten unter der Parole: "Es geht nicht um Prozente – der Arbeitgeber spielt Polente". Die Hoesch-Arbeiter haben klargestellt, um was es den Kapitalisten in dieser Lohnauseinandersetzung geht: der Arbeiterbewegung einen empfindlichen Schlag zu versetzen, um für die nächste Zeit Rationalisierungen und die Lohndrückerei in Ruhe fortzusetzen. Sie haben gezeigt, daß sie den Kampf aufnehmen können. Den Hoffnungen auf die Schwäche der Arbeiterbewegung im Lohnkampf zum Trotz haben die Kapitalisten sehen müssen, daß die Metallarbeiter keine Puppen sind, die beliebig hin- und hergeschoben werden können.

Die Hoffnung der Kapitalisten bringt der Chef von Gesamtmetall gut zum Ausdruck in dem Interview von "Bild am Sonntag": 87 % der Arbeitnehmer halten nichts von Streiks für mehr als 6 % Lohnerhöhung." Aber die Meinungsumfrage, auf die er sich beruft, scheint mit falschen Daten gefüttert zu sein wie die Streikaktionen beweisen. Die beste Meinungsumfrage der Institute wird nichts an dem Ergebnis der notwendigen Urabstimmung ändern. Nur diese "Meinungsumfrage" zählt bei den Metallarbeitern und nicht die von Nolle-Neumann.

Nun hat die IG-Metall-Führung erneuten Verhandlungen mit den Kapitalisten so gut wie zugestimmt (die Entscheidung des Hauptvorstandes fällt nach Redaktionsschluß am 12.2.), sie werden wahrscheinlich noch in dieser Woche beginnen. In diesen Verhandlungen kann für die Metallarbeiter nichts mehr rauskommen. Verhandelt wird nur noch zwischen 6 und 7 %, im Gegensatz zu den Arbeitern hat die IGM-Führung die alte Forderung schon begraben und will sie erst wieder formell aus der Tasche holen, wenn die Urabstimmung unumgänglich geworden ist.

Forts. Seite 2



Krupp-Kollegen während des Warnstreiks

Steuerreform: CDU/CSU – SPD/FDP: Keiner will es mehr gewesen sein

Was CDU/CSU und SPD/FDP gemeinsam beschlossen haben, schlagen sie sich jetzt gegenseitig um die Ohren: Die sogenannte Steuerreform. Finanzminister Apel sagte, er sei über die Folgen der Steuerreform für Doppelverdiener nicht informiert gewesen, und die CDU erklärte, daß sie jede Mitverantwortung an dem Steuergesetz, das sie selbst mitbeschlossen hat, ablehne. Alle bürgerlichen Parteien hatten geplant, in den anstehenden Wahlkämpfen ihren Beitrag an den Segnungen der Steuerreform hinzustellen. Mit den Lohn- und Gehaltsauszahlungen am Monatsende mußten sie um 180 Grad umstellen, die SPD/FDP auf Verteidigung, die CDU/CSU auf Abschieben der Mitverantwortung.

Das Betrugsmanöver Steuerreform ist somit vorzeitig in einen schlechten Geruch gekommen, aber es ist noch nicht aufgeflogen. Versprochen worden ist "mehr Steuergerechtigkeit", "Entlastung der unteren und mittleren Einkommen". Einige Millionen haben jetzt schon mit der ersten Lohnabrechnung unmittelbar zu spüren bekommen, daß die sogenannte Steuerreform die Steuerlast nicht mindert, ja sogar verstärkt:

Die über 50-Jährigen, die Diätkranken, die Geschiedenen, welche Unterhaltszahlungen leisten und schließlich die Doppelverdiener, die bis zum Jahresausgleich zum Teil erheblich mehr Steuern zahlen müssen. Schließlich haben alle Lohnabhängigen an den gleichen gestiegenen Sozialausgaben einen Vorgeschmack davon, wie kurzlebig und gering die Steuerreform sich auf den Nettolohn auswirkt. Das alles nennt die Regierung "Pannen", und in der Tat handelt es sich um "Pannen" im Vergleich dazu, was die Steuerreform in ein, zwei Jahren bringt. Denn die höhere Steuerprogression, die in die neuen Steuertarife eingebaut ist, wird zu einem neuen Anwachsen der Steuerausplünderung für die Lohnabhängigen führen – selbst, wenn die Löhne hinter den Preissteigerungen zurückbleiben. Dazu kommt die Erhöhung der Mehrwertsteuer, die am härtesten die niedrigsten Löhne trifft. Es ist noch keineswegs ausgeschlossen, daß die Erhöhung der Mehrwertsteuer schon dieses Jahr beschlossen wird, für das kommende Jahr ist sie schon beschlossene Sache.

Gegenwärtig beträgt die Mehrwertsteuer 11 %. Sie ist im Preis jeder Ware enthalten. Nur die Kapitalisten müssen diese Steuer nicht bezahlen beim Einkauf von Investitionsgütern, Maschinen, Gebäude usw.. Sie können die Mehrwertsteuer in Abzug bringen, wenn sie ihre Mehrwertsteuereinnahmen aus dem Verkauf ihrer Waren an die Staatskasse abführen.

Die Mehrwertsteuer ist aber nicht die einzige indirekte Steuer, vielmehr gibt es auf fast allen Waren des täglichen Bedarfs indirekte Steuern, bei Zucker, Salz, Glühbirnen, Kaffee, Tee, Tabak, Heizöl, Benzin, um nur die wichtigsten zu nennen. Die indirekten Steuern wirken ohne Progression. Das heißt, der Ärmste muß sie in gleicher Höhe beim Einkauf seiner spärlichen Lebensmittel mitbezahlen. Insgesamt wirken sich die indirekten Steuern als Abzug vom Nettolohn in Höhe von ungefähr 25 % aus. Selbst wer so wenig verdient, daß er keine Lohnsteuer zahlen muß, der muß noch 25 % seines Lebensunterhalts an den Staat abführen – automatisch, wenn er Lebensmittel kauft. Die indirekten Steuern sind also die übelste Form der staatlichen Steuerausplünderung. Die Kommunisten haben deshalb schon in ihrem ersten Programm, dem Kommunistischen Manifest von 1848, die Abschaffung aller indirekten Steuern gefordert.

Fortsetzung Seite 2

Hinterhältige Greuelpropaganda

Vor der endgültigen Niederlage: Die Lon-Nol-Clique umgibt sich mit einem lebendigen Schutzwall

In der vergangenen Woche wurde im westdeutschen Fernsehen breit über einen Angriff der "Volksbefreiungsstreitkräfte von Kambodscha" (FAPLNK) berichtet, bei dem eine Schule von einer Granate getroffen wurde. 14 Kinder sind ums Leben gekommen. Das westdeutsche Fernsehen und seine in Indochina tätigen Berichterstatter Winfried Scharlau und Peter Scholl-Latour konzentrieren ihre Berichterstattung auf diese Seite des Kampfes.

Um Objektivität in der Berichterstattung vorzutäuschen, werden solche Bilder aus Phnom Penh oder auch aus Saigon meist schweigend gesendet. Tatsächlich aber wollen sie damit nur die Wirkung der von ihnen ausgewählten Filmstreifen auf den westdeutschen Betrachter, besonders auf die westdeutsche Arbeiterklasse, noch erhöhen: "Schaut her, mit welchem Terror die Kommunisten gegen die Zivilbevölkerung vorgehen!" Diese Auffassung steckt hinter der Verbreitung solcher Filme im westdeutschen Fernsehen. Tatsächlich aber werden die Verhältnisse mit solcher Berichterstattung gerade auf den Kopf gestellt. Das wird an folgendem deutlich: Die "Königliche Regierung der Nationalen Einheit von Kambodscha" (GRUNK) hat einen Stadtplan von Phnom Penh verbreitet. In diesem Stadtplan sind alle Flüchtlingslager, Schulen und andere Einrichtungen verzeichnet, wo sich die Zivilbevölkerung konzentriert. Im Vergleich mit früheren Plänen der Stadt ist gut zu sehen, daß die Lon Nol-Clique in Phnom Penh die Zivilbevölkerung um die Regierungspaläste herum konzentriert. Die Zivilbevölkerung wird von der Verräterclique, den Marionetten des US-Imperialismus, genau dort zusammengepfercht, wo diese Verräter sich selbst aufhalten. Warum tut die Lon Nol-Clique das? Die Lon Nol-Clique kennt den Befehl der Volksbefreiungsstreitkräfte von Kambodscha, die Zivilbevölkerung nach allen Kräften zu schützen und sie nicht zu beschießen. Die Lon Nol-Clique benutzt dagegen selber die Zivilbevölkerung als einen Schutzwall für sich, weil sie sich anders nicht mehr zu helfen weiß. Sie will zugleich erreichen, daß die Zivilbevölkerung durch zufällige Treffer gegen die Volksbefreiungsstreitkräfte von Kambodscha (FAPLNK), gegen die Nationale Einheitsfront von Kambodscha (FUNK) und gegen die Königliche Regierung der Nationalen Einheit von Kambodscha (GRUNK) aufgehetzt wird.

Scharlau, Scholl-Latour und das westdeutsche Fernsehen schlagen in diese Kerbe. Sie berichten zum Beispiel gar nicht darüber, daß von der Lon Nol-Clique und den 4 000 US-Beratern der Marionettenarmee seit kurzem eine neue Bombe verwendet wird, die von der amerikanischen Rüstungsindustrie gerade zur Ermordung der Zivilbevölkerung entwickelt wurde. Diese Bombe entzieht bei der Explosion im Umkreis von 32 Metern den Sauerstoff aus der Luft, so daß jedes menschliche Leben ausgelöscht wird durch Zerplatzen der Lunge. Diese Waffe ist vor allem für den Einsatz in der Stadt, um das Volk in Phnom Penh am allgemeinen Aufstand zur Beseitigung der US-Marionetten zu hindern. Daß aber der allgemeine Aufstand in Phnom Penh bevorsteht, das ist inzwischen eine Tatsache geworden.

Die Königliche Regierung der Nationalen Einheit von Kambodscha (GRUNK) hat erklärt, daß jedes unnötige Opfer unter der Zivilbevölkerung von ihr vermieden und nach allen Kräften verhindert wird. Ihre Vertreter haben auch erklärt, daß der Kampf in Kambodscha jetzt in seine letzte, entscheidende Phase eingetreten ist und daß sie das Land bald befreit haben werden. Gerade aber, weil die Lon Nol-Clique bewußt die Zivilbevölkerung als letzte Bastion einsetzt gegen den Befreiungskampf des Volkes, ist diese letzte Phase schwierig und kompliziert. Alle Freunde des Befreiungskampfes des kambodschanischen Volkes sind deshalb aufgerufen, ihre Wachsamkeit zu erhöhen und ihre Solidarität breit zu zeigen.

–g.j.–

(Weitere Berichte über die Kämpfe in Kambodscha im Innern der Zeitung auf Seite 15)

Aus dem Inhalt:

Fortsetzung: Warnstreiks ...

" . . . da muß auf die Straße gegangen werden."

In einem Interview mit der 'Stuttgarter Zeitung' hat Schleyer gesagt: "Die ökonomische Vernunft ist an sich den deutschen Gewerkschaften vertraut." Diese Vernunft, die Schleyer meint, die nur die der Klassenversöhnung in den Gewerkschaften ist, ist die Vernunft der 6 %, des Erduldens von Rationalisierungen, Stillegungen, Entlassungen und Arbeitslosigkeit. Leicht betrübt stellt er einen Satz später fest, daß sie aus den Gewerkschaften zu verschwinden beginnt. Recht hat er, denn diese "Vernunft" hat in der Tat in den Gewerkschaften nichts zu suchen, sie ist die Vernunft der Kapitalisten. Weil die Kapitalisten diese "Vernunft" aus den Gewerkschaften schwinden sehen, werden sie nervös und wollen mit Gewalt diese "Vernunft" wieder der Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaftsorganisation einbleuen. Nicht nur mit einem Lohnraubabschluß, sondern auch mit einer Niederlage, die den Arbeitern beweisen soll, daß die Gewerkschaften und der Kampf mit den Gewerkschaften nichts bringt und man besser die Hände von den Gewerkschaften läßt. Mit einer Gewerkschaft, die in Verhandlungen nichts rausholt, hier und da zum Warnstreik bläst, oder gar zu regulären Streik und dann doch nichts erreicht. Mit der gegenwärtigen Führung – und darauf bauen Leute wie Schleyer – kann ihnen das Spiel so gar gelingen. Nun haben die Metallarbeiter aber begonnen, sich durch ihre Aktionen in die Verhandlungen einzumischen. Besorgt schrieb die 'Westfälische Rundschau' am 4.2.: "Die Arbeitgeber werden ihre Position überdenken müssen. Es könnte der Zeitpunkt kommen, da sie wehmütig dem verweigerten Schlichtungsspruch von Krefeld nachtrauern müssen."

Die 'Westfälische Rundschau' hat die Lage erkannt, das bestätigt auch ein Kollege bei der Demonstration vor dem Verwaltungsgebäude von Krupp: **"Ich finde, gerade weil das in dem Maße eine Provokation war, möchte ich doch sagen, daß da auf die Straße gegangen werden muß, und daß da echt gestreikt wird, das ist meine Meinung. Und das, was die sich da erlauben, diese Diktatur, das ist doch regelrecht eine Lohndiktatur, das ist unwahrscheinlich, was die sich erlauben. Und da sollte jeder am gleichen Strang ziehen und sollte auf die Straße gehen.**
Wenn wir jetzt einmal nachgeben, dann treten die uns nächstes Jahr noch mehr in den Hintern. Vergangenes Jahr haben die es ja schon mal so hinausgezögert, dieses Jahr ist es ja auch wieder hinausgezögert, denn normalerweise müßten wir ja ab 1.Januar unseren neuen Lohn haben, jetzt haben wir schon bald Mitte Februar, und bis das fertig ist, haben wir ja Ostern. Und das Geld, das brauchen wir ja auch."

–db–

Warnstreik bei den Lloyd-Dynamo-Werken in Bremen

Bremen. Am Donnerstag, dem 6.2., streikten bei uns die Kollegen aus der Produktion. 700 Kollegen verlängerten die Frühstückspause um eine halbe Stunde, um den Unternehmern zu zeigen, daß die Gewerkschaft nicht nur aus der Verhandlungskommission besteht. Die Arbeiter gingen zum Werkstor, um sich zu versammeln. Es gab aber niemanden, der offen die Meinung der Kollegen in einer kurzen Kundgebung zusammenfassen konnte. Nach einer halben Stunde liefen die Maschinen wieder.

Die Streiks in Nordrhein-Westfalen

– Übersicht –

Ort	Firma	Beteiligung	Gesamt
3.2. Essen	Vereinigte Schraubenwerke	280	2 Betriebe
	AEG-Kanis	1 100	1 300 Arbeiter
4.2. Oberhausen	Gute Hoffnungshütte	1 500	
Düsseldorf	Maschinenfabrik Malmedie & Co.	450	
Essen	Krupp-Widia	900	
Düsseldorf	Demag		
Mülheim	7 kleinere Betriebe		15 Betriebe
Wesel	Siemens-Turbine		10 000 Arbeiter
5.2. Dortmund	Holstein und Koppel Maschinenfabrik	1 600	
Essen	2 Werke von Krupp	3 000	
Köln	Klöckner-Humboldt Deutz	5 000	
Dortmund	Schade	200	
	Schreck-Mieves	60	
Herne	Sintermetall		10 Betriebe
Krefeld-Uerdingen			über
Witten			10 000 Arbeiter
6.2. Dortmund	Maschinenfabrik Deutschland-Hoesch	900	
Herne	Westdt. Getriebewerke		6 Betriebe
	Becker und Co.	440	2 000 Arbeiter
7.2. Dortmund	Miesbach Werke 1+2	700	
	Orenstein + Koppel	600	
Düsseldorf			
Castrop-Rauxel	Klöckner-Ferromatik	150	
Bottrop			
Schwerte			7 Betriebe
Altena			4 000 Arbeiter

Fortsetzung: Steuerreform ...

Die gegenwärtige Auseinandersetzung zwischen den bürgerlichen Parteien über die sogenannten "Pannen" der Steuerreform zeigen schon jetzt, daß die Steuerreform nichts bringt. Zugleich aber geben sie noch nioht den Blick auf das Wesentliche frei: daß der Staat, der das Herrschaftsinstrument der Kapitalistenklasse ist, durch die Ausplünderung der ausgebeuteten Volksmassen sich nährt, daß diejenigen für den Staat aufkommen müssen, denen er mit seinem ganzen Apparat von Verwaltung, Justiz, Heer und Polizei im Genick sitzt, um den Kapitalisten das Geschäft der Ausbeutung zu sichern.

Das ist die wesentliche Seite der Steuerfrage, die einfach ist, aber vom Staat ungeheuer kompliziert gemacht wird, – eben um diese einfache Tatsache zu verbergen und den Schein aufrechtzuerhalten, als müsse jeder nach seinen Möglichkeiten etwas zu "seinem Staat" beitragen. Aber jedermanns Staat, das gibt es nicht. Der Staat ist der Staat der herrschenden Klasse; dieser Staat ist der Staat der Kapitalistenklasse. Klare Verhältnisse gegenüber dem Staat des Kapitals muß die Arbeiterklasse schaffen. Denn sie muß diesen Staat, der die Ausbeutung sichert, zerschlagen, um die Ausbeutung abschaffen zu können. Klare Verhältnisse gegenüber dem Kapitalistenstaat in der Steuerfrage müssen unter der Forderung erkämpft werden:
Weg mit allen indirekten Steuern!
Bestreitung der Staatsausgaben ausschließlich durch die progressive Besteuerung von Einkommen, Vermögen und Erbschaft. Das heißt gegenwärtig mindestens 1 500 DM monatlich steuerfrei. Mit diesen Forderungen kann die Arbeiterklasse im Kampf gegen die kapitalistische Steuerausplünderung sich mit dem ganzen werktätigen Volk verbinden und die Einheit schmieden gegen den kapitalistischen Staat.

–bb–

Chinesisch-japanischer Freundschaftsvertrag:
Ein Erfolg der revolutionären Außenpolitik der Volksrepublik China

Der Abschluß eines Friedens- und Freundschaftsvertrages zwischen der Volksrepublik China und Japan steht kurz bevor. Der japanische Ministerpräsident Miki hat sich öffentlich dafür eingesetzt und erklärt: "Das ganze japanische Volk wünscht das. Auch die Regierung ist überzeugt, daß wir jetzt nicht mehr zögern sollten." ("Die Welt" vom 6. Februar) Dies ist ein weiterer Erfolg der revolutionären Außenpolitik der Volksrepublik China. Zugleich ist dies ein Schlag gegen den Versuch der beiden Supermächte USA und Sowjetunion, das sozialistische China einzukreisen und zu isolieren, insbesondere ein Schlag gegenüber der sozialimperialistischen Sowjetunion.

Ministerpräsident Tschu En-lai hat in seinem "Bericht über die Tätigkeit der Regierung" an den IV. Nationalen Volkskongreß ausgeführt: "Wir sind bereit, auf der Grundlage der fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz Beziehungen mit allen Ländern aufzunehmen und zu entwickeln. Wir unterstützen die Staaten und Völker der Zweiten Welt in ihrem Kampf gegen Kontrolle, Bedrohung und Schikane durch die Supermächte. Wir unterstützen es, daß sich die westeuropäischen Staaten in diesem Kampf vereinigen. Wir sind bereit, auf der Grundlage der chinesisch-japanischen gemeinsamen Erklärung gemeinsam mit der Regierung und dem Volk von Japan für die Förderung der freundschaftlichen und gutnachbarlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu arbeiten." (Peking-Rundschau Nr. 4/75). Der beharrliche Aufbau des Sozialismus in China, das Erwachen der Völker der Dritten Welt in ihrem Kampf gegen Kolonialismus, Imperialismus und Hegemonie und das konsequente Beharren auf den Grundsätzen der friedlichen Koexistenz hat diese Entwicklung möglich gemacht; lange Zeit war der japanische Imperialismus davon ausgegangen, daß es gelingen kann, dem Aufbau des Sozialismus in der Volksrepublik China zu schaden und sie sturmreif zu machen. Er hat hartnäckig an seiner Theorie der "zwei China" festgehalten und Taiwan als Stützpunkt einer möglichen Aggression unterstützt. Diese Politik ist gescheitert. 1972 mußte die japanische Regierung ausdrücklich anerkennen, daß Taiwan unabtrennbarer Bestandteil des Territoriums der Volksrepublik China ist, die fünf Prinzipien anerkennen und in einer gemeinsamen Erklärung proklamieren, daß keines der beiden Länder nach einer Hegemonieposition im asiatisch-pazifischen Raum streben solle.
Einem insbesondere gefällt diese Entwicklung aber ganz und gar nicht: der Supermacht Sowjetunion. Deshalb gerät sie jetzt in Harnisch, verliert den Kopf und begeht eine Dummheit nach der anderen. Sie betreibt direkt eine Politik der Einmischung in innerjapanische Angelegenheiten, greift zum Mittel der offenen Erpressung: "Es ärgert die Russen, daß Peking in knapp drei Jahren schaffen sollte, was ihnen in zwanzig Jahren versagt blieb. Zudem grollen sie wegen der geplanten Erwähnung des "Hegemoniestrebens in Aktion", einer Vertragsklausel, die sie zunächst auf sich beziehen. Und so zieht Sowjetbotschafter Troyanovsky in Tokio aus, besucht einen einflußreichen Politiker der regierenden Liberaldemokraten (LDP) nach dem anderen, vorzugsweise von äußersten rechten Flügel, warnt vor der drohenden Belastung des russisch-japanischen Verhältnisses und forderte, laut Presseberichten, dieser Tage vom Vizepräsidenten der Regierungspartei, Shiina, rundheraus die Aufgabe des Vertrages mit Peking." (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 9. Februar)
Mit einem Schlag ist es aus mit dem Gerede von Freundschaft, Frieden und Entspannung, das die wahren Absichten der Sowjetunion verhüllen soll. Kein Wunder. Ihre Träume von der Errichtung eines "kollektiven Sicherheitspaktes" in Asien, dessen Zweck eine beständige Bedrohung der Sicherheit der Volksrepublik China und die Durchsetzung der Hegemoniebestrebungen der Sowjetunion ist, haben einen deftigen Schlag erhalten. Ihr Vorhaben, Japan zu der Erschließung der Naturschätze Sibiriens einerseits kräftig Kredite abzuknöpfen, andererseits bei der Belieferung dann deftig zu übervorteilen, liegt in seinen letzten Zügen. Ihre widerrechtliche Annexion von vier japanischen Inseln seit dem Zweiten Weltkrieg hält sie voll und ganz aufrecht. Noch mehr: Sie hat diese zu bedeutsamen militärischen Stützpunkten ausgebaut und tritt dauernd die staatliche Souveränität Japans mit Füßen: Von 1954 bis 1973 hat die Sowjetunion laut offiziellen japanischen Statistiken 880 japanische Fischerboote beschlagnahmt und 6 790 japanische Fischer festgenommen. Deshalb sind auch ihre Bemühungen, mit Japan einen Freundschaftsvertrag abzuschließen, nicht vorangekommen. Sie hat sogar arrogant erklärt, Japan dürfe die Frage nach der Rückgabe dieser Inseln nicht einmal stellen.
Das sozialistische China betreibt eine revolutionäre Außenpolitik und gewinnt deshalb zunehmend Freunde in der ganzen Welt, es hat die Politik der Isolation und Einkreisung durch den Imperialismus durchbrochen; die sozialimperialistische Sowjetunion treibt eine Aggressions- und Expansionspolitik und isoliert sich deshalb zunehmend in der Welt.

HJH

SPD-Plakate wurden wieder eingestampft

Im Wahlkampf in Westberlin fangen die bürgerlichen Parteien nun groß an, um die Gunst der Arbeiter und Angestellten zu buhlen für ihre gegen die Arbeiter gerichtete Politik. Im Druckbetrieb Feyl drucken wir einen Großteil ihrer aufwendigen Wahlplakate, die mittlerweile an jeder Straßenecke hängen. Daran hat sich natürlich in der Belegschaft die Debatte um die bürgerlichen Parteien entwickelt.
Die SPD nimmt das Maul ziemlich voll. Sie stellt ihren Verdienst und ihre Leistungen heraus, sie hat "Wort gehalten", lesen wir. Auf einem Plakat zum Beispiel rühmt sich die SPD, wieviel neue Schulen sie gebaut, wieviel Lehrer sie eingestellt hat usw.. Doch fragten sich die Feyl-Kollegen, wo sind die denn alle geblieben, wir haben davon noch nichts gemerkt. Am dicksten aufgetragen hat die SPD in einem Plakat zur Arbeitslosigkeit, das wir vorletzte Woche gedruckt haben. Dort stand: "Unsere Arbeitsplätze haben Platz 1 bei uns. Dies muß so bleiben. Mit Helmut Schmidt schaffen wir es."

Das rief natürlich große Empörung unter den Kollegen hervor. Wen die wohl meinen mit "uns", war die Frage. Über 5 % der Westberliner Drucker sind arbeitslos. Uns Arbeiter können die ja nicht meinen. Ihre Senatssessel und Vorstandsposten meinen die mit "unsere Arbeitsplätze", die haben Platz 1 bei ihnen, das soll natürlich so bleiben, das können wir uns lebhaft vorstellen. So lief die Debatte.

Ein paar Tage später hat dann die SPD ihre Plakate wieder einstampfen lassen. Ihr selber war wohl dieses Thema – zumal in der Aufmachung – zu heiß geworden. Denn wer bei über 30 000 Arbeitslosen so tut, als gäbe es keine und als wären die Arbeitsplätze gesichert, der läßt einen Bumerang los. Als letzten Trumpf bringt die SPD jetzt ein Plakat mit Klaus Schütz im Superformat für die letzten beiden Wahlkampfwochen. Oben drüber steht: "Wir Berliner müssen einen klaren Kopf behalten." Einige Kollegen bei Feyl schnitten diesen Spruch aus und hängten ihn an die Wand. Sie meinten, daß dies die beste Parole sei, denn die Arbeiter müssen heute einen klaren Kopf behalten in der Krise, einen klaren Kopf behalten in dem Wahlrummel der SPD, FDP und CDU. Im Betrieb müssen wir immer mehr ackern, immer mehr werden arbeitslos – erst vor Weihnachten sind uns alle Sozialleistungen gestrichen worden – da vertreten diese Parteien nicht unsere Interessen. Die bescheißen uns nur, die bringen nichts für uns, sagen die Kollegen, die können wir nicht wählen, die bringen nur was für den Feyl-Kapitalisten Meyer, dem sie einen 5-Millionen-Kredit und Wahlaufträge aus unseren Steuergeldern besorgt haben.

250 DM brutto im Monat

Das folgende Interview zeigt die Chancen eines 15-jährigen Mädchens auf, das die Hauptschule verlassen hat. Sie gehört nicht zu den oft zitierten 100 000 Jugendlichen, die arbeitslos sind. Ihr Beispiel zeigt aber, daß die Zahl der von der Arbeitslosigkeit betroffenen Jugendlichen noch höher liegt, als behauptet wird, und zwar deshalb, weil Arbeitshetze und gesteigerte Ausbeutung die Kehrseite der Arbeitslosigkeit sind.

Das Mädchen arbeitet in einem Lebensmittelgeschäft.

Wie sieht deine jetzige Arbeit aus?
Morgens um halb acht muß ich anfangen. Zuerst muß ich die Brötchen auspacken, dann Blumenkohl schneiden, manchmal auch anderes Gemüse. Sonst muß ich Lebensmittel in die Regale packen oder Waren zu den Kunden nach Hause bringen. Manchmal muß ich auch Lebensmittel, Fleisch oder so, zur Chefin nach Hause bringen, oder Wagen waschen. Abends dann noch fegen und donnerstags immer die Ascheneimer an die Straße bringen.

Wie lange arbeitest du?
Von halb acht bis sieben.

Wieviel verdienst du?
285 DM brutto im Monat.
Hast du irgendwelche besonderen Erfahrungen mit deiner Arbeit, deiner Chefin oder deinen Kollegen gemacht?
Ja, mit meiner Chefin. Immer, wenn der etwas nicht paßt, hetzt die uns gegeneinander auf: Wir sollten nicht so lahmarschig sein und es ein bißchen schneller gehen lassen. Manchmal sagt sie auch, daß wir froh sein könnten, daß sie uns überhaupt aufgenommen hat mit unserem Zeugnis. Mit meinen Kollegen habe ich keine Schwierigkeiten, mit denen komme ich ganz gut aus.
Hast du Arbeitskollegen, die unter gleichen Bedingungen arbeiten?
Ja, zwei Kolleginnen.
Hast du über deine Kolleginnen noch etwas zu berichten?
Ja. Eine Kollegin wollte vor einem Jahr etwas anderes anfangen . . . ich glaube im Krankenhaus. Als die Chefin das erfahren hat, hat sie meiner Kollegin 40 oder 50 DM mehr Geld versprochen. Das Geld hat sie heute noch nicht bekommen.
Warst du mal bei der Berufsberatung oder beim Arbeitsamt?
Ja, bei der Berufsberatung. Die konnten mir zuerst nicht helfen, und hinterher haben die mir diese Stelle besorgt.

–Interview der Heessen-Zelle der Ortsaufbaugruppe Hamm–

Wanderzirkus

Ludwigshafen. Regionale Vietnamdemonstration, Samstag, den 8.2.". Diese Bekanntmachung in einem Kasten war in der letzten Ausgabe der "Roten Fahne" auf Seite 11 zu finden. Weder war eine politische Begründung für diese regionale Vietnamdemonstration zu diesem Zeitpunkt, 14 Tage nach den Demonstrationen am 2.Jahrestag des Pariser Abkommens, angeführt, noch war eine einzige Forderung genannt worden, unter der demonstriert werden sollte. Auf eine Politik der Aktionseinheit war von vornherein verzichtet worden, man hatte sie gar nicht erst angestrebt. Ein Kästchen mit der Ankündigung einer "Demo" im Zentralorgan, besser kann die Gruppe Rote Fahne (KPD) gar nicht mehr zum Ausdruck bringen, daß sie weder mit der Unterstützung des vietnamesischen Volkes, noch mit der Stärkung der Solidarität in Westdeutschland etwas vor hat. Einziger Grund war – wie auch dem verteilten Flugblatt zu entnehmen – der Wahlkampf in Rheinland-Pfalz. So sind dann 165 Mitglieder der Gruppe Rote Fahne und ihrer Massenorganisationen aus Rheinland-Pfalz, Hessen, Mannheim und Heidelberg durch die Stadt gangen. Das ist keine ernsthafte Politik mehr, sondern das ist ein Wanderzirkus, der mal hier, mal dort seine Zelte aufschlägt.

HJH

Neptun-Werft Bremen: Kampf um einen Betriebsrat

Die Kollegen wollten endlich einen Betriebsrat / Kapitalist ging dagegen mit Entlassungen vor

Die Neptun-Werft in Bremen gehört zu den über 40 % der Betriebe, in denen kein Betriebsrat existiert. Die Kollegen beschlossen, die schlechten Arbeitsbedingungen nicht mehr länger hinzunehmen und gingen daran, die Wahl eines Betriebsrates vorzubereiten. Die Stadtteilzelle Woltmershausen/Bremen des KBW unterstützte dieses Vorgehen. Die Werftkapitalisten hatten aber nicht vor, das einheitliche Handeln der Kollegen hinzunehmen. Mit zahlreichen fristlosen Kündigungen versuchten sie, die Wahl eines Organs der Belegschaft zu torpedieren. Aber die Kollegen geben nicht auf. Die Stadtteilzelle Woltmershausen schreibt:

Bei der Neptun-Werft in Bremen Wolfmershausen sind rund 50-60 Kollegen beschäftigt. Darunter 1/3 ausländische Arbeiter und 1/3 "Leiharbeiter". Hier werden vor allem Neubauten von Schiffssektionen und Reparaturen von Binnenschiffen durchgeführt. Die Auftragslage der Werft ist gut, für die nächste Zukunft werden mehrere Aufträge für die Großwerften erledigt.

Während auf der einen Seite die Besitzer der Werft davon ausgehen, "Arbeiter sind nur Grobzeug" (so ein Ausspruch des Besitzers Bartels) und ausschließlich ihre Gewinne im Auge haben, stehen auf der anderen Seite die Kollegen, die diesen Reichtum unter extrem schlechten Arbeitsbedingungen schaffen.

So stehen z. B. für Brenn- und Schweißarbeiten kaum Handschuhe zur Verfügung, Abgänge und Gerüste sind meist ungesichert und der "ständige Mangel an Brennerschläuchen führt dazu, daß auch die schlechtesten Schläuche notdürftig geflickt und in Betrieb genommen werden.

"Es muß einen wundern, daß es noch nicht zu größeren Unfällen gekommen ist" (aus einem Flugblatt der Stadtteilzelle). Weiter bestehen die sanitären Anlagen nur aus 5 Toiletten, teilweise ohne Türen und unzureichenden Duschen. Man muß Glück haben, wenn heißes Wasser aus den Hähnen kommt. Die Pausenräume sind winzig und verkommen. Darüber war die Belegschaft schon lange unzufrieden.

Dem Kapitalisten Bartels ist es aber bisher gelungen, die Kollegen in Spaltung zu halten. Das fängt an bei Lohnunterschieden bis 2,50 DM und hört auf da, wo Kollegen, die aufbegehrten, kurzerhand rausgeschmissen wurden. Bei der zunehmend unsicherer werdenden Arbeiterexistenz wagte es die Belegschaft nicht, gegen Bartels vorzugehen.

In der letzten Woche verschlechterte sich die Lage der Kollegen kollossal. Ca. 25 Kollegen aus Fremdfirmen wurden neu eingestellt. Das Ergebnis war einerseits die Erhöhung von Bartels Profit, für die Kollegen bedeutete das aber schichtweises Essen, Umziehen in der kalten und feuchten Schiffsbauhalle und überlastete sanitäre Anlagen. Dies brachte das Faß zum Überlaufen.

Die Stadtteilzelle Woltmershausen, der die Verhältnisse im Betrieb bekannt waren, verteilte ein Flugblatt, in dem die Mißstände angeprangert wurden. Der Inhalt traf auf breite Zustimmung. Auch der Vorschlag, wie die Mißstände zu beseitigen sind, wurde im Betrieb besprochen, nämlich die Schaffung eines Organs, das die gesamte Belegschaft gegenüber Bartels vertreten sollte. Weiter wurden Forderungen vorgeschlagen, die die Einheit der Kollegen herstellte:

1. Verbesserung der Arbeitsbedingungen, ausreichender Arbeitsschutz
2. Vergrößerung und Renovierung der Pausenräume
3. Verbesserung der sanitären Anlagen auf der Werft

Initiative zur Wahl eines Betriebsrates

Unter den Kollegen, die nur gering gewerkschaftlich organisiert waren, bildete sich eine Initiative zur Wahl eines Betriebsrates, die von der IGM unterstützt wurde. 34 Kollegen forderten durch Unterschrift eine Betriebsversammlung, um einen Wahlvorstand zu wählen. Man hatte ein klares Ziel vor Augen, die Einheit war hergestellt. Jedem Kollegen war klar, welche Aufgaben der Betriebsrat zuerst anzugehen hätte.

Am Tag der Betriebsversammlung konnten die Kollegen erfahren, wozu der Besitzer imstande ist, um die Wahl eines kämpferischen Betriebsrates zu verhindern. Er kündigte einem Kollegen fristgerecht. Doch Bartels hatte nicht mit der Entschlossenheit, Einheit und Kraft der Kollegen gerechnet. Er dachte, mach' ich es wie immer, schmeiß' ich einen raus, dann ist Ruhe. Doch es ging anders. Bartels' Vorgehen brachte Unruhe in den Betrieb. Die Kollegen waren empört, sie sahen, die Entlassung steht im Zusammenhang mit der Wahl des Betriebsrates. Überall standen Gruppen und besprachen, wie man Bartels zur Zurücknahme der Kündigung zwingen kann. Einige Meister stürzten sich wie Habichte auf die Kollegen und versuchten sie wieder an die Arbeit zu bringen. Ihnen wurde gedrocht: "Dies ist Meuterei, ein wilder Streik!"

Trotz Kündigung: die Betriebsversammlung findet statt

Doch 13 Kollegen marschierten hoch und verlangten eine Begründung der Kündigung. Statt dies zu machen, kündigte Bartels allen fristlos. Trotzdem fand die Betriebsversammlung am Nachmittag statt. Trotz massiver Einschüchterung war über die Hälfte der Kollegen erschienen. Der Vertreter der IGM, Meinking, sicherte vollen Rechtsschutz für alle Kollegen zu. Die Kollegen besprachen die Wichtigkeit der gewerkschaftlichen Organisierung was organisierte Kraft bedeutet. Sie waren sich einig, den Kampf weiter zu führen.

Um die Einheit der Belegschaft herzustellen, verteilten die entlassenen Kollegen am Montag eine Erklärung. Um die Einheit zu verhindern, stellte Bartels über das Wochenende schnell neue "Leiharbeiter" ein, die keine Ahnung von der Auseinandersetzung hatten. Die alten Kollegen der Fremdfirmen solidarisierten sich, indem sie keine Überstunde machten und am Wochenende nicht zur Arbeit erschienen waren.

Es kam aber zu keinem Zusammenschluß im Betrieb, um die Zurücknahme der Entlassungen zu erzwingen. Doch die Kollegen können sich beim Kampf um ihre Wiedereinstellung auf eine Belegschaft stützen, die einen Betriebsrat und die Wiedereinstellung der Kollegen will.

Die Kollegen haben sich mit gewerkschaftlicher Unterstützung an die Betriebsräte und Vertrauensleutekörper von Bremer Großbetrieben gewendet. Auf der Stephani Werft ist es auf einer Betriebsversammlung zu einer Solidaritätsbekundung gekommen.

Rechtliche Schritte wurden von der IGM gegen Bartels eingeleitet. Der erste Schritt dabei ist, den Wahlvorstand mit einer einstweiligen Verfügung in den Betrieb zu bekommen.

Die Kollegen haben bisher gelernt, daß der Zusammenschluß wichtig ist, um gegen Bartels vorzugehen, daß dies möglich ist, geht man von den eigenen Interessen aus und hat man ein klares Ziel vor Augen. Dies gilt es im Auge zu behalten.

Vielen Kollegen ist in der Auseinandersetzung klar geworden, daß Bartels solange gegen die Belegschaft vorgehen kann, solange die Arbeiter nicht selbst Herren der Produktion sind.

Die Auseinandersetzungen auf der Werft beweisen deutlich, daß es eine wichtige Aufgabe der Stadtteilzellen des KBW ist, sich an die Seite der Kollegen, von Kleinbetrieben im Kampf gegen die Kapitalisten zu stellen.

—Stadtteilzelle Woltmershausen—

Slip- Anlage auf der Bremer Neptun- Werft

Slip- Anlage auf der Bremer Neptun- Werft

Unter den Kollegen, die nur gering gewerkschaftlich organisiert waren, bildete sich eine Initiative zur Wahl eines Betriebsrates, die von der IGM unterstützt wurde. 34 Kollegen forderten durch Unterschrift eine Be-

Junge Union forsch nach rückwärts

Die Junge Union verteidigt die bestehende Ausbeuterordnung

Am 24. Januar sprach in Hildesheim der Bundesvorsitzende der Jungen Union, M. Wißmann, zum Thema: "Junge Union in der Offensive". Seine Rede begann: "Wir müssen mehr Betonung auf das C in unserem Namen legen." Die Freiheit des Einzelnen müsse hochgehalten werden. Gegen Unterdrückung in der ganzen Welt trete die Junge Union ein. Diese einleitenden Worte sprach Wißmann von einem Rednerpult, dessen Stirn mit einem Plakat geschmückt war, auf dem eine in Seide gehüllte Negerin vom Spruch "Black is beautiful" ("Schwarz ist schön") eingerollt wurde.

Hier spielte er den Demagogen besonders gut. Genau referierte er die Zahlen der Arbeitslosen und der arbeitslosen Jugendlichen und erklärte: Es trifft die Kleinen.

Die Investitionen, die die Bundesregierung an die Kapitalisten zahlt, würden von ihm kritisiert, und er sagte richtig: Dies würde nur dazu anspornen, weitere Maschinen anzuschaffen. Wer ihn so reden hörte, mußte sich erst wundern. Doch wie weit konnte der Bundesvorsitzende der Jungen Union der Wahrheit über die Arbeitslosigkeit auf die Spur kommen? Die "Leitsätze zur Vermögenspolitik", die Wißmann an diesem Punkt vortrug, sagen: "Das System der sozialen Marktwirtschaft ist von allen bekannten sozioökonomischen Systemen an ehesten geeignet, unsere Zielvorstellungen – eine freiheitliche und menschenwürdige Gesellschaftsordnung – zu verwirklichen. . . Unter stärkerer Beachtung der Sozialpflichtigkeit muß das Privateigentum allen Bürgern dienen." Man merkt: Wißmann und die CDU können mit diesen Leitsätzen keinem erklären, woher die Arbeitslosigkeit kommt. Sie schimpfen nur über die jetzige Regierung, um selber wieder an den Drücker zu kommen. Die Ursache der Arbeitslosigkeit ist aber der Kapitalismus, in dem Privateigentum an Maschinen was anderes bedeutet als Eigentum an der eigenen Zahnbürste. In der Debatte, die anschließend im Saal geführt wurde, stellten wir gerade diesen Punkt, nämlich die Eigentumsfrage, in den Vordergrund, und dies erwies sich als gut.

Die CDU behauptet aber auch, über ein Programm zum Kampf gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit zu verfügen. Dies Programm sieht bei der CDU-Verherrlichung der westdeutschen Ausbeuterordnung natürlich seine Aufgabe nicht darin, Forderungen aufzustellen, mit denen die Arbeiter die Einheit der Klasse entwickeln, um die Revolution besser vorbereiten zu können, sondern es sagt:

Erstens dürfe man keine gleichmäßigen Investitionshilfen an alle Unternehmen zahlen, sondern man müsse gezielt Investitionen ausschütten an die Kleinen.

Damit nicht noch mehr mittelständische Unternehmen kaputtgehen, müsse man deren Wettbewerbsfähigkeit schützen und ihnen zinsverbilligte Darlehen geben.

Drittens sei bislang die berufliche Bildung vernachlässigt worden; ihr müsse man nun den Vorrang geben durch überbetriebliche Ausbildungsstätten.

Viertens müsse das Leistungsprinzip im Öffentlichen Dienst verschärft werden und das besondere Dienstrecht müsse auf alle erstreckt werden.

Die CDU versucht sich zum Wortführer der "Kleinen", Beamten, Unternehmer usw. zu machen, sie will volksnah wirken, doch weiß auch sie genau, daß die Konkurrenz der kapitalistischen Länder sie genau wie heute die SPD/FDP zu Investitionshilfen an die Großen zwingen würde. Der Beweis ist Baden-Württemberg, ein CDU-regiertes Land, in dem 1974 1 100 mittelständische Betriebe kaputtgegangen sind und in dem die Arbeitslosigkeit steigt.

Das Kapital soll ins Ausland!

Die ausländischen Kollegen waren Herrn Wißmann besonders ans Herz gewachsen, und auf meine Forderung nach obligatorischer Einbürgerung aller Ausländer glaubte er eine Gemeinsamkeit mit mir festgestellt zu haben, die so aussah:. Die Ausländer hätten schließlich in Westdeutschland mit beim Aufbau geholfen, und man dürfe sie nicht vor den Kopf stoßen. Man solle aber künftig so verfahren, daß nicht mehr der Ausländer nach Westdeutschland kommt, sondern die Fabriken zum Ausländer. Also: Verstärkter Kapitalexport, um das niedrige Lohnniveau in den verschiedensten Ländern auszunutzen, das ist sein Rezept. Die Blaupunkt-Werke zahlen dem Arbeiter in Indonesien zum Beispiel 56 Pfennig die Stunde. Das findet Herr Wißmann in Ordnung.

Die Vererbungslehre der Jungen Union

Alles ist Vererbung und die "Milieutheorie sei Unsinn. Dies Gedankengut der Nazis wurde richtiggestellt, indem ich darauf hinwies, daß ein Kind aus der Arbeiterfamilie nicht durch Vererbung Arbeiterkind wird, sondern durch Zugehörigkeit zu einer Familie, in der keiner Fabriken und Maschinen hat. Vielmehr werden durch die Lohnsklaverei, die Akkordarbeit usw. in den Fabriken die Fähigkeiten der westdeutschen Arbeiter unterdrückt. Dies mußte sogar ein Großteil des CDU-freundlichen Publikums feststellen, und man klatschte Beifall.

Vererbbar sind in der Ausbeuterordnung das Eigentum an Produktionsmitteln und somit das Recht, Arbeiter auszubeuten. Aber dies ist kein biologisches, sondern ein gesellschaftliches Problem, und deshalb wird man durch die soziale Revolution den Ausbeutern dieses Recht nehmen.

J.M., Hildesheim

Kanzler Schmidt verkleidet sich als Bergmann

Kanzler Schmidt verkleidet sich als Bergmann

Rechtzeitig zur Eröffnung des Landtagswahlkampfes im Saarland hatten die Bergleute von der Grube Reden die Gelegenheit, sich von der 'Schmidt-Schnauze' zu überzeugen. Ganz zufällig übrigens, denn Schmidt folgte einer Einladung des IG-Bergbau-Vorsitzenden Adolf Schmidt, Saarberg-Chef Anderheggen und Aufsichtsratsvorsitzenden Mommsen, alles eingefleischte Sozialdemokraten, die schon 3 (drei) Jahre zurückliegt. Doch zunächst geht es unter Tage, zwar nicht vor Stoß, sondern zu einer modernen Streckenvortriebsmaschine, "Eva" genannt. Die Arbeit vor Stoß sieht der Bundeskanzler nicht, der sich in Bergmannskluft recht wohl fühlt, muß er sich doch die Hände nicht dreckig machen. Er sieht auch nichts von der sich ständig verschärfenden Arbeitshetze: allein von 1969 bis 1972 stieg die Schichtleistung im Saarbergbau von 3 390 kg auf 3 945 kg pro Mann. 1975 dürfte die Schichtleistung schon über 4 400 kg pro Mann liegen. Mit tauben Ohren und blinden Augen, von den anderen Sinnen ganz zu schweigen, legt dann Schmidt-Schnauze richtig los: "Ihr Bergleute habt euch ja damals als Aschenputtel der Nation gefühlt." Doch damit wäre es jetzt vorbei, denn "die Kohle hat Zukunft".

Schmidt meint damit die Zeiten vor der Energiekrise, als sich der Saarbergbau auf Kosten der Bergleute gesund schrumpfte. Aus den Profiten der damaligen Zeit, die die Bergleute erarbeitet hatten, entstand ein kapitalintensiver, abgerundeter Saarberg-Konzern, in dem für die Bergleute nur noch wenig Platz war. Zechenstillegung und Schrumpfung der Belegschaft waren vor noch gar nicht allzu langer Zeit die Regel, der Beruf der Bergleute ständig in der Existenz bedroht. Dies ist nun alles anders geworden. Die Saarbergwerke suchten Bergleute und priesen diesen Beruf als sicheren Arbeitsplatz an. Wie schnell sich die Zeiten ändern! Doch an der Arbeitshetze und dem Lohnabbau hat sich grundsätzlich nichts geändert. Höchstens, daß man bei über 6 % Arbeitslosigkeit im Saarland eine sichere Stelle hat, wo man seine Arbeitskraft ausbeuten lassen darf.

Schmidt versucht auch kräftig in diese Kerbe zu hauen. "Reden bleibt, weil die deutsche Steinkohle bleibt." Doch Schmidt hat sich mit seinen flotten Reden verrechnet, denn mit noch so schönen Worten kann auch er nicht die wirkliche Lage der Belegschaft einfach zerreden. Mehrere Zwischenrufe aus der Belegschaft unterbrechen seine starken Worte: "Do lo hann ich mei Lohnzettel. Holle Se ne met und weise Se ne ihrer Frau!" Mit diesen Worten weist vor allem Bernhard Motschenbacher, einer der Streikführer Ende Oktober 1973 als es um eine Teuerungszulage von 300 DM ging, auf den ständigen Lohnabbau hin. Gerade auf der Grube Reden, wo Schmidt sich in Positur werfen will, sind die Tage des Streiks noch nicht vergessen. Gerade hier fand der Streik seinen Ausgangspunkt, als die Kohlewäscher als erste die Brocken hinwarfen und auch auf der Grube Reden wurde die Arbeit als letztes wieder aufgenommen.



Schmidt, nun auf Rückzug, weiß sich nicht anders zu helfen, als daß er dem Sprecher seine vermeintliche DKP-Mitgliedschaft vorwirft: "Wenn Erich Honecker (SED-Chef Honecker wurde im Saarland geboren) mal nach Hause käme, würde er sehen, um wieviel besser es dem deutschen Arbeiter heute geht."

Doch auch dies verfängt nicht mehr, weiß doch jeder der Belegschaft, daß man sich auf Leute wie Bernhard Motschenbacher verlassen kann, wenn es um die Interessen der Bergleute geht. Und diese Interessen muß man, will man nicht den Lohnabbau weiter akzeptieren, gegen die sozialdemokratische Führung der IGBergbau, der Bundesregierung und der Landesregierung durchsetzen.

—hhz, Saarbrücken—

Bremer Vulkan Werft:

Die Lage der Arbeiter und die Betriebsratswahlen

Die Ausbeutung steigt ständig - Die Einheit der Kollegen auf dem Boden eines Kampfprogramms herstellen!

Die Werftarbeit selber ist ein hartes Brot, und der Bremer Vulkan trägt den treffenden Namen "Knochenmühle".

Arbeit in schwindelnder Höhe auf wackligen Gerüstbohlen, schwebende Lasten über einem; in verqualmten Doppelböden und Tanks im Schiff; Schweißkabel, Gas- und Sauerstoffschläuche kreuz und quer, überall Dreck, Wasser, Qualm, die Funkenregen des Brenners, der Gestank frischer Farbe, das Geheule der Lüfter und das Dröhnen der Preßluftmeißel und -hämmer – unter solchen Bedingungen arbeiten die Kollegen im Schiffbau, angetrieben durch das Akkordsystem und gezwungen zur Überstundenarbeit, um halbwegs mit dem Lohn hinzukommen.

Pro Schiff ein Toter, so wird gerechnet; manchmal sind es aber auch mehr (auf der Nedloyyd Dejima verbrannten drei Kollegen). Wer das Rentenalter erreicht, der hat mehrere Arbeitsunfälle hinter sich, ist ausgepumpt und kaputt. Schlecht ist die Lage der Arbeiter (daran ändert ein kleines Eigenheim, an dem jahrzehntelang abgetragen wird, nicht die Bohne), glänzend die der Werftherren. 35 % Dividende erhielten die Aktionäre 1973. Doch damit nicht genug, seit eh und je, vor allem seit den letzten Monaten, drehen die Werftherren an allen Schrauben, um noch mehr Arbeit aus uns herauszupressen, um noch mehr von unserer Hände Arbeit zu profitieren.

Die Rationalisierungen werden weiter vorangetrieben

Mitte 74 wird eine Paneelstraße errichtet, die es ermöglicht, mit wenigen Kollegen schnell riesige Platten zu verstreben oder zu verschweißen. Hallenkräne werden mehr und mehr im Maschinenbau auf Flur(Hand-)betrieb umgestellt, bei 15Tonnen, schlechterer Geschwindigkeitsabstufung und vergurkten Kranbahnen, mehr Schiffschaukel als Krantransport. Der Sektions-Transport wird modernisiert und neu strukturiert. All dies läßt weniger Arbeiter mehr schaffen, wenn auch größere Entlassungen ausbleiben, da insgesamt die Produktion ausgedehnt wurde: 1970 wurden mit 5 665 Arbeitern 231 307 tdw abgeliefert; 1973 mit 5 517 Arbeitern ein Tonnagehöchstwert von 305 836 tdw (etwa 30 % Steigerung) erzielt.

Die Intensivierung der Arbeit

Die Intensivierung der Arbeit

Die Erhöhung der Produktivität durch Maschinen usw., mit denen die Arbeiter arbeiten, ist die eine, die Intensivierung der Arbeit der Arbeiter selbst ist eine zweite Sache. Haupthebel dafür bleibt nach wie vor die Peitsche des Akkordsystems: Die Tonnage ist gestiegen, die Zahl der Fertigungsstunden jedoch von 6 549 000 1972 auf 6 240 000 1973 zurückgegangen. Weniger Arbeiter haben in geringerer Zeit mehr Werte geschaffen.

Der Akkord ist keineswegs gestiegen, im Gegenteil, er wird beständig gekürzt. Im Schiffbau ist die Arbeit schlecht meßbar, es ist Montagearbeit, viel muß dabei geflickt und improvisiert werden. Bei den Schweißern gibt es zum Beispiel Nähte, bei denen es unmöglich ist, mit der Zeit nicht zu versacken. Andere, bei denen man einen hohen Akkord herausholen kann, und das ändert sich mit jedem Schiff, sei es auch des gleichen Typs. Die Akkorde sind so Erfahrungswerte, zwar festgemacht an den Einzelarbeiten, realistisch aber erst in der Gesamtheit aller Arbeiten einer Kolonne. Es findet in einer Kolonne also ein Ausgleich statt. Reicht der Akkord insgesamt, so reicht er auch in der Verteilung auf die einzelnen Kollegen. Wird er aber gedrückt, dann führt das schnell dazu, daß der Akkordschreiber der Kolonne nach seinen Kriterien die Stunden, die er insgesamt erhält, vergibt, weil es genaue Kriterien für ihn nicht gibt. Also etwa: Der ist schon 10 Jahre in der Kolonne, der erhält 38 %; und der ist erst einige Monate dabei, der erhält nur 28 %; oder der hat drei Kinder und erhält 38 %; der ist ledig, da reichen 28 % usw. usf.. Genaue Kriterien gäbe es erst, wenn hinter jedem Kollegen ein Schreiber stünde und die Zeiten genau festhielte. Das aber ist schlicht unmöglich.

Waren die Lohndifferenzen und damit die Spaltung der Kolonnen lange fest an Alt und Jung, Deutscher und Ausländer, so reißt jetzt in den letzten Monaten dies sogar ein, zum Beispiel innerhalb der Kolonnen von ausschießlich qualifizierten Einseiten- und Maschinenschweißern. Scheint den Kollegen unmittelbar der Akkordschreiber der Schuldige für ihren schlechten Akkord zu sein, so trügt der Schein, da insgesamt für die Kolonnen die Zeiten von der Geschäftsleitung gekürzt sind. Dadurch entstehen erst die Differenzen in der Akkordverteilung innerhalb der Kolonnen.

Man sieht, welche gefährliche Waffe das Akkordsystem in der Hand der Kapitalisten gegen die Arbeiter ist. Nicht sie erscheinen als Akkordkürzer und damit verbunden als Antreiber, sondern die Kollegen in der Kolonne, die den Akkord schreiben. Man bekommt sich miteinander in die Wolle, und die Kapitalisten sind fein raus. Die Kapitalisten können frohlocken. Daß es auch Schweine als Akkordschreiber gibt, die in ihre eigene Tasche wirtschaften, bleibt dabei unbenommen, aber das ist nicht das Hauptsächliche. Und sowas wird man untereinander schon regeln, wie der Aufstand der Former gegen ihren Schindermeister zeigte, der jetzt weg vom Fenster ist.

Weiter versuchen die Kapitalisten, die Arbeitszeit der Arbeiter vollständig auszuschöpfen

Versuche der Kapitalisten, die effektiven Pausenzeiten zu kürzen, sind bisher aber gescheitert. (Vgl. KVZ Nr. 19/74) Trotzdem lassen die Kapitalisten nicht nach: Als nach den Weihnachtsfeiertagen eine Gruppe von Schweißern von einem Betriebsingenieur angemacht wurde, weil sie eine halbe Stunde vor Mittag das Schiff verließen, erzählten sie ihm erst mal laut ihre Meinung und ließen sich dann geschlossen Ausgangsscheine für den Nachmittag geben. Ist das auch generell kein Ausweg, so hat doch immerhin der Ingenieur schnell seinen Schwanz eingezogen und sich verdrückt.

Verlängerung der Arbeitszeit

Sie ist der dritte Hebel der Kapitalisten, um mehr aus den Arbeitern herauszupressen. Zwei Schichten gibt es auf dem Vulkan. Würde der Achtstundentag eingehalten, würden die Produktionsanlagen acht Stunden täglich brachliegen. Die Schichten haben aber eine Länge von neuneinhalb Stunden (bis auf freitags), so daß nur
an fünf Stunden täglich die Arbeit
an fünf Stunden täglich die Arbeit auf der Werft ruht. Das bringt für die Kapitalisten den Vorteil, erstens einer größeren Auslastung der Anlagen, zweitens einer größeren Masse von produzierten Werten bei jeweils gleichbleibender Anzahl von Arbeitern.

Für die Kapitalisten rentiert es sich, für die Arbeiter nicht. Der Verschleiß unserer Gesundheit wird wesentlich eher eintreten. Nun sind die Überstunden ja freiwillig und werden sogar noch mit Aufschlägen honoriert. Aber ohne die Überstunden und die Überstundenaufschläge könnte kein Kollege eine Familie ernähren.

So entspringt also der Zwang zu Überstundenarbeit dem kärglichen Lohn, den die Kapitalisten den Arbeitern zahlen, und dient ihnen, ihre Arbeiter noch länger auszubeuten, aus ihnen mehr Gewinn herauszupressen. Die Werftindustrie ist die Branche mit der höchsten Wochenstundenarbeitszeit.

Nach "Der Gewerkschafter 1/75" betrug sie 1973 46,5 Stunden, in der Elektroindustrie zum Vergleich 41,5 Stunden und in der gesamten Industrie 43 Stunden.

Sind 173 Stunden im Monat normal bei der 40-Stunden-Woche, so benötigen die meisten Kollegen auf dem Vulkan über 200 Stunden, um von ihrer Arbeit leben zu können. 250 Stunden im Monat sind nichts außergewöhnliches, und einzelne haben in einzelnen Monaten schon über 300 Stunden gearbeitet! Wo das hinführt ist klar, das Familienleben und die Gesundheit gehen auf die Dauer kaputt.

Der Raubbau mit der Gesundheit der Arbeiter

Mit der Intensivierung der Arbeit und der Verlängerung der Arbeitszeit, das heißt der steigenden Verausgabung von unseren Kräften, steigt logisch der Krankenstand der Belegschaft: Waren 1972 täglich 20,4 % der Arbeiter abwesend, waren es 1973 schon 25,4 %! So ungeheuerlich diese Zahlen schon sind und welche Unmenschlichkeit der kapitalistischen Produktion sie dokumentieren, so unterlassen die Kapitalisten nichts, um die kranken Kollegen zur Arbeit zu schleppen. Immer brutaler werden sie mit dem Aufkommen eines größeren Arbeitslosenheeres. Seit Sommer 1974 werden monatlich knapp 50 Kollegen entlassen, sogenannte "Bummelanten", und neue Arbeiter dafür eingestellt. Kollegen wurden in Drohbriefen ihre "maßlosen" Krankenzeiten vorgehalten und zum Personalchef zitiert zwecks Aussprache darüber, ob eine Weiterbeschäftigung möglich ist. Der seit dem Sommer vorhandene Werksarzt erhielt den Auftrag, die Krankenunterlagen der Kollegen bei den Ärzten zu untersuchen um herauszufinden, wer nicht mehr gesundheitlich tragbar ist für die Werftarbeit. Dies konnte durch den Betriebsrat verhindert werden. (Wer denkt, Donnerwetter, wie human, die stellen einen Werksarzt ein, muß wissen, daß dieser an nur vier Tagen und nur vormittags auf der Werft ist. Nachmittags, nachts und am Wochenende darf kein Kollege einen Unfall haben, sonst sieht es schlecht um ihn aus!)

Zu all diesen Maßnahmen der Kapitalisten zur Erhöhung ihrer Profite durch stärkere Ausbeutung kamen noch diverse Kosteneinsparungen, die zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen beitragen:

Nie gab es auf der Werft ausreichend Lüfter. Die Gerüste sind großteils uralt, Stangen werden wieder geradegebogen, verzogene Bohlen – besser Propeller – weiter benutzt. Die Stemmerarbeit mit ihrem höllischen gesundheitsschädigenden Lärm wird beibehalten, da ihre Ersetzung durch das Schleifen größere Kosten verursachen würde. Nicht einmal eine Betriebskantine gibt es auf der Werft.

Auf der Betriebsversammlung im Dezember schafften sich die Kollegen Luft: bessere Bekleidung, mehr Werksrente und Jubiläumsgeld, Abschaffung der Stemmerarbeit, besserer Unfallschutz, endlich eine Kantine auf dem Vulkan, Schluß mit dem Akkordbeschiß und mehr Lohn – das waren die Forderungen der Kollegen.

Entscheidend wird sein, um im Kampf gegen die Verschlechterung unserer Lage erfolgreich zu sein und um die Bedingung zur Beseitigung des gesamten kapitalistischen Profitsystems zu schaffen, daß die Belegschaft selbständig aufgrund ihrer Interessen als Arbeiter ihre aktuellen Forderungen aufstellt, sich darunter zusammenschließt und den Kampf gegen die Kapitalisten geschlossen aufnimmt.

Die Betriebsratswahlen nutzen, um die Belegschaft zusammenzuschließen

Auf der Betriebsversammlung im Dezember stimmt die Belegschaft einstimmig für eine einheitliche Liste und Persönlichkeitswahl. Statt Spaltung wollte man einen einheitlichen Betriebsrat.

Uns ist klar, daß dieses wichtige Ziel nicht einfach durch die Festlegung der **Form** erreicht wird. Die Inhalte sind das Entscheidende. Der Betriebsrat muß festgelegt werden als Speer-Spitze der Belegschaft, gemeinsam mit ihr unter klar bestimmten Forderungen zur Verbesserung der Lage der Kollegen in den Kampf gegen die Kapitalisten zu treten.



Vulkan-Werft: Ein 15 000 tdw-Frachter auf den Helgen.

Vulkan-Werft: Ein 15 000 tdw-Frachter auf den Helgen.

Die Belegschaft auf einem Kampfprogramm einen

Die Entwicklung und Verankerung eines Kampfprogramms gegen die Vulkan-Kapitalisten ist also unser Hauptziel. Nur so wird die Belegschaft zusammengeschlossen und vorankommen, und nur darüber erhält sie einen nützlichen, ihren Kampf mit anführenden Betriebsrat. Um die einigenden, von allen Kollegen als dringlichste Forderungen herauszufinden, war die Betriebsversammlung von großem Nutzen. Wir traten gegen den Akkordbeschiß und gegen die Akkordarbeit auf und stellten als ersten Schritt auf dem Wege zur Abschaffung der Akkordarbeit die Forderung nach einem Mindestakkord von 35 % für alle und die Angleichung für Zeitlöhner daran auf. Viele Kollegen unterstützten dies und entlarvten in Redebeiträgen die üblen Wirkungen des Akkordsystems an Beispielen. Als zweiten wesentlichen Punkt traten wir für die Abschaffung der Stemmerarbeiten ein, wie es auf einigen ausländischen Werften schon üblich ist. Bei Stemmerarbeiten wird mit Preßluftwerkzeugen die Schweißnaht abgeschlagen. Zustimmung dazu gab es bis weit in den Betriebsrat hinein.

Dies waren unsere Hauptpunkte neben dem Lohnkampf auf der Betriebsversammlung. In Debatten mit den Kollegen in den einzelnen Branchen stellten wir fest, daß diese Forderungen goldrichtig sind. Weiter fanden wir heraus, daß der 13. Monatslohn eine wichtige Forderung ist. Seit Jahren führt die Belegschaft darum eine Auseinandersetzung. Dennoch werden nur die tariflichen 40 % bezahlt.

Auch die Frage der Betriebsverpflegung ist eine heiße Sache. Bis jetzt gibt es nur ein Alu-Pack-Dampfessen und keine Kantine, diese ist aber unbedingt nötig und wird auch von den Kollegen gefordert.

Weiter griffen wir die Regelung des Werksarztes auf und gewannen viele Kollegen für die Forderung nach einem zweiten Werksarzt, damit die gesamte Zeit ein Arzt auf der Werft ist, sowie nach der Rechenschaftspflicht der Ärzte gegenüber dem Betriebsrat und der Belegschaft.

Zur weiteren Aufhebung der Spaltung zwischen deutschen und ausländischen Kollegen tut ein Sprachunterricht während der Arbeitszeit, bezahlt von den Kapitalisten, not. Viele Kollegen sehen dies auch, dennoch gestaltet es sich schwierig, dies zum jetzigen Zeitpunkt zu einer der Hauptforderungen der Belegschaft zu machen.

Diese Forderungen wurden von uns als die Forderungen erachtet, unter denen sich die Arbeiter gegen die Kapitalisten vereinigen können und die deshalb auch noch weit über die Betriebsratswahlen hinausreichen.

Die Forderungen verankern

Im weiteren versuchten wir, möglichst viele Vertrauensleute und Betriebsräte von unseren Vorstellungen zu überzeugen. Wir bemerkten, daß noch viele dieser Kollegen einen völlig falschen Standpunkt zu den Betriebsratswahlen hatten. Selbst unter den als fortschrittlich bekannten Kollegen stellten wir fest, daß sie der Meinung waren, daß in erster Linie die Kandidaten das Entscheidende seien. Kaum einer machte sich Gedanken, nach welchen Kriterien ein Betriebsrat gewählt werden soll, und viele gingen der Illusion nach, daß die Abstimmung der Belegschaft die Einheitsliste abgesichert hat und es vollkommen gleich ist, auf welchem Platz man steht, die Kollegen würden schon die Besten wählen.

Auch unter der breiten Schicht der Belegschaft war und ist diese Stimmung verbreitet. So wurden auf den Branchenversammlungen der Schiffbauer, Schweißer, Elektriker, Maschinenschlosser und Rohrbauer keine Forderungen aufgestellt. Das ist eine schlechte Sache trotz personeller Konsequenzen, die einigen altgedienten Interessenzertretern das Genick brach.

Bei den Kranführern, den Schlossern und Werkzeugmachern wurden Forderungen aufgestellt, die im wesentlichen unsere Vorschläge eingearbeitet haben, obwohl wir in zwei dieser Branchen keine Genossen haben.

Positiv sind die Forderungen im gesamten Betrieb aufgenommen worden.

Die Einheit der Arbeiter ist das Ziel

Das Ziel ist es also, die wesentlichen Forderungen herauszuarbeiten und zu verankern, um die Vulkan-Arbeiter gegen die Kapitalisten zu vereinigen. Das Kampfprogramm muß die vier oder fünf hauptsächlichen, gewichtigsten und dringendsten Forderungen entwickeln, darum alle Kollegen zusammenschließen und darunter in den Kampf gegen die Kapitalisten führen.

Es geht nicht darum, einen Forderungskatalog aufzustellen, der zwar viele Forderungen enthält, die aber mehr den Charakter von Wahlversprechungen haben als die Grundlage zu sein, auf der die Belegschaft den Kampf gegen die Kapitalisten an den betrieblichen Hauptreibungspunkten organisieren kann.

Die Einheit der Vulkan-Arbeiter ist das Ziel und nicht das Durchboxen von Kandidaten.

Um die Belegschaft zu vereinigen, ist es richtig, die Forderungen auf die hauptsächlichen, gewichtigsten und drängendsten vier bis fünf Forderungen zu beschränken.

Dabei muß es um die Forderungen gehen, die zur Einheit der Belegschaft gegen die Kapitalisten führen. Die Akkordarbeit als Mittel zur verschärften Ausbeutung muß abgeschafft werden. Wie können wir auf dem Wege dazu vorankommen? Gegen die Aufspaltung der Kollegen müssen wir fordern: Ein fester Mindestakkord muß her! Garantierte Mindestakkordvergütung von 35 % für alle Akkordlöhner! Angleichung der Zeitlöhner an die Akkordlöhner! Diese Forderungen als erster Schritt in Richtung: Abschaffung des Akkordsystems dienen dazu, die Einheit der Kollegen herzustellen, um besser jeglicher weiteren verschärften Ausbeutung entgegenzutreten.

Fortsetzung nächste Seite oben

Bremer Vulkan-Werft:

Forts. Betriebsratswahlen

Das ist eine der Forderungen, für die der Kampf der Belegschaft in nächster Zeit geführt werden muß.

Die Sozialdemokraten versuchen die Einheit der Belegschaft auf dem Boden eines Kampfprogramms zu hintertreiben

Die Sozialdemokraten halten unseren Forderungsvorschlägen entgegen, daß wenn der neue Betriebsrat erst einmal gewählt sei, man doch sowieso jegliche Forderung an ihn herantragen könne und er sich dafür dann einsetzen würde.

Sie wollen die Einheit der Belegschaft im Kampf gegen die Kapitalisten nicht.

Sie versuchten mit allen Mitteln die vom Ausschluß bedrohten Kollegen von der Liste wegzubekommen.

Zuerst setzten sie alles daran, eine IG-Metall-Liste zu bekommen, so daß die Kollegen von vornherein ausgeschlossen gewesen wären. Damit konnten sie sich aber nicht durchsetzen, weil die Betriebsversammlung eine Einheitsliste gefordert hatte. Dann sollten sie hinter die ersten dreißig auf die Liste, wobei insgesamt 29 in den Betriebsrat gewählt werden. Zum dritten drohten sie, daß eine zweite Liste lanciert werden sollte, so daß nur die ersten 29 hineinkommen können, weil es dann keine Persönlichkeitswahl, sondern nach der Reihenfolge auf der Liste die Betriebsräte bestimmt werden.

Gegen diese Tricks hilft nur eins: Der Vertrauenskörper muß die Listenplätze festsetzen. Der Maßstab für ihn muß dabei sein: Wie stehen die Kandidaten zu den Forderungen der Branchen und der Belegschaft, denn diese müssen zum Programm der Einheitsliste werden. So wird man vom Maßstab IG-Metaller oder Ausgeschlossene zum Maßstab aktiver Kämpfer für die festgelegten Forderungen der Belegschaft oder nicht kommen. Das allein ist auch sinnvoll. Und jede zweite Liste müßte gegen die beschlossenen Forderungen der Belegschaft antreten.

Dreh- und Angelpunkt wird also sein müssen, die Forderungen weiter als Kampfprogramm in der Belegschaft zu verankern und darüber die Einheitsliste zur Betriebsratswahl im Vertrauensleutekörper darauf festzulegen. Das wird die nächsten Wochen unsere Arbeit bestimmen.

Die Kandidatur der Kommunisten wird sich gerade über die Herstellung der Einheit unter richtigen Forderungen durchsetzen und schon sind darüber Genossen von ihrer Branche aufgestellt worden. Schlagen wir diesen Weg weiter ein und halten unnachgiebig an ihm fest, werden wir vorankommen in der Herstellung der Arbeitereinheit auf der Grundlage des Klassenkampfes gegen die Kapitalisten. Dem dienen unsere Anstrengungen und selbst wenn wir uns zur Betriebsratswahl damit noch nicht durchsetzen könnten, werden wir dennoch schon mehr erreicht haben als wenn wir – vielleicht gar noch auf eigener Liste – uns einige Betriebsratsposten erobert hätten.

H./P., Bremer Vulkan, 2.2.1975
(von der Red. gekürzt)



Mehrere hundert Arbeiter des Eisenwerks Wülfel in Hannover streikten und demonstrierten gegen die Stillegung. Am 20. Januar war bekannt geworden, daß das Eisenwerk Wülfel, das Antriebselemente, Rundschleifmaschinen und Gießereianlagen produziert, zum 30. Juni 1975 stillgelegt werden soll. 1 100 Arbeiter und Angestellte sollen auf die Straße geworfen werden.

Entlassung verhindert

Mannheim. Die Belegschaft der "Mannheimer Morgen"-Großdruckerei – ein führender Zeitungs- und Buchdruckverlag – hat am 31.1.1975 innerhalb von zweieinhalb Stunden die Entlassung eines Kollegen verhindert.

Vormittags zwischen 11 und 12 Uhr erfuhr der Lehrling und Jugendvertreter Volker Köhler von der Geschäftsleitung, daß er am kommenden Dienstag, dem Tag nach der Prüfung, nicht mehr zu erscheinen brauche, er werde nicht in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen. Köhler erzählte das sofort einigen Kollegen, die darüber in ihren Abteilungen diskutierten. Die Kollegen berieten, was man sofort gegen die drohende Entlassung machen könne. Es fiel der Vorschlag einer Unterschriftensammlung; er wurde akzeptiert und man beschloß, sich mittags noch mit einigen anderen Kollegen in der Kantine zu treffen. Dort wurde dann mit zirka 20 Kollegen der Inhalt der Erklärung diskutiert und die Listen verteilt. Innerhalb von zwei Stunden wurden über 100 Unterschriften, darunter auch von Angestellten, gesammelt. Und das, obwohl die Belegschaft in der Tagschicht nur rund 300 Leute zählt.

Mitten in eine Besprechung der Geschäftsleitung hinein legten die Kollegen die Unterschriften auf den Tisch der Geschäftsleitung und verwiesen auf den Inhalt der Erklärung. Das war um 14.30 Uhr. Auch danach wurden noch Unterschriften in der Nachtschicht gesammelt, die um diese Zeit beginnt. Um 15.45 Uhr rief die Geschäftsleitung beim Betriebsrat an: Köhler wird in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen.

–Zelle Mannheimer Morgen Großdruckerei–

Drucker müssen Lohnrunde vorbereiten!

Gegen verschärfte Ausbeutung - Für klare Mark- und Pfennig-Forderungen !

1974 ist die Entwicklung in der Druckindustrie durch zwei Elemente bestimmt worden: auf der einen Seite eine starke Zentralisierungsbewegung des Kapitals, einhergehend mit der Vernichtung von Arbeitsplätzen und Rationalisierungen, auf der anderen Seite Entfaltung des Widerstandes der Druckarbeiter gegen Rationalisierung und Stillegungen, der in mehreren großen Demonstrationen bewußt organisiert worden ist.

Zu Jahresbeginn 1974 gab es im Druckbereich rund 10 000 Betriebe mit insgesamt 250 000 Beschäftigten. Die meisten dieser Betriebe sind kleine Druckereien mit um die 30 Beschäftigten. Heute haben 9 000 Drucker ihren Arbeitsplatz verloren, viele kleine und mittlere Betriebe sind dichtgemacht worden. Die gesamte Druckbranche ist durch die kapitalistische Krise stark betroffen: ist doch die Existenz der bürgerlichen Zeitungen vom Anzeigenteil abhängig und die anderen Druckerzeugnisse hängen stark vom jeweiligen Stand der Geschäfte der anderen Kapitalisten ab. Das Anzeigengeschäft ging um mehr als 20 % zurück. Die Werbeetats der kapitalistischen Unternehmungen gingen zurück, Werbematerial wurde eingespart. Gleichzeitig haben die Kapitalisten der Papierindustrie kräftig zugelangt und ihren Geschäftspartnern gegenüber Preissteigerungen um 80 % durchgesetzt. Diese Entwicklung hat viele kleine Druckkapitalisten in den raschen Tod getrieben; insgesamt hat sie zu einer Senkung des Umsatzes um real 4 % unter den des Vorjahres geführt. Vor allem aber hat sie die Zentralisation des Kapitals bei den Zeitungsdruckereien- und verlagen durchgesetzt, die 35,7 % an der Druck-Gesamtproduktion ausmachen. Die großen Druckkapitalisten und Konzerne haben die kleinen geschluckt, viele kleine und mittlere Kapitale haben sich in wenig große verwandelt in der gnadenlosen Jagd nach Profit und Marktanteilen, die für das Anzeigengeschäft entscheidend sind.

Im Raum Stuttgart, im Raum Hannover und im Raum Bremen ist das Pressewesen in einer Hand vereinigt. Die großen Druckkonzerne beherrschen zunehmend den Markt: *"Die 28 auflagenstärksten Verlagsbetriebe, die nur 6,4 % aller Tageszeitungsverlage stellen, stellen rund 55 % aller Tageszeitungsexemplare her."* (Druck und Papier, 5.8.74)

Für 1975 wird vorausgesagt und ist absehbar: weitere Schließungen von Betrieben, Einsparung von Kapazitäten, Fortsetzung der Zentralisation – mehr Drucker arbeitslos; d.h. entweder arbeitslos bleiben oder in andere Branchen abwandern müssen.

Die Drucker wehren sich gegen den verschärften Druck

Hand in Hand mit dieser Zentralisation des Kapitals geht die Verschärfung der Arbeitshetze, die Verlängerung des Arbeitstages, die verbesserte Kapazitätsnutzung und -ausweitung durch Einführung rationellerer Druckmethoden und -maschinen. Nichts haben die bedrängten Druckkapitalisten unversucht gelassen, um für sich Vorteile herauszuschlagen und ihr Kommando über die Druckarbeiter zu verschärfen.

Schon kurz nach dem letzten Abschluß haben sie beispielsweise bei Rautter-Reutlingen die Anrechnung des Abschlusses auf die übertariflichen Zulagen durchzusetzen versucht, die Antwort war 14 Tage Streik. Sie haben versucht, Mehrarbeit durchzusetzen wie im Münchner Zeitungsverlag, wo daraufhin die Kollegen einem Aufruf des Vertrauensleutekörpers folgten, nicht im Tarifvertrag vorgesehene Überstunden zu verweigern und das Arbeitstempo zu erhöhen oder gar wie in der Mannheimer Großdruckerei, wo in der Offset-Abteilung Ende letzten Jahres mehrere Wochen lang 12-Stunden-Schicht eingeführt wurde und die Kollegen deren Rücknahme erreichten. Im Oktober war der Unmut dieser Belegschaft über die Halbierung des Weihnachtsgeldes durch die Geschäftsleitung groß; in der Maschinensetzerei, in der Akzidenz und bei den Buchbinderinnen wurde die Arbeit niedergelegt. Druck erzeugt Gegendruck, zahllose einzelne Widerstandsaktionen in den Betrieben haben stattgefunden.

Demonstrationen gegen Stillegungen

Daß also Schindluder getrieben wird mit ihrer Arbeitskraft, das haben die Druckarbeiter zu spüren bekommen und sich gegen diese Entwicklung frühzeitig erhoben. Bewußten und organisierten Ausdruck hat dies das Jahr hindurch in mehreren Demonstrationen an verschiedenen Orten gefunden, und im Verlauf dieses Kampfes haben die Druckarbeiter auch zunehmend Klarheit über ihre Ziele und Forderungen gewonnen. Am 18.Mai hat in Stuttgart eine regionale Demonstration gegen die Gefährdung der Arbeitsplätze mit 1 200 Teilnehmern stattgefunden; am 25.10. haben 2 000 demonstriert gegen die geplante Stillegung des technischen Betriebes bei DVA, gleichzeitig fanden damals in zehn Betrieben kurze Solidaritätsstreiks statt. In Hannover haben am 14.12. 800 gegen Überstunden und die geplanten Entlassungen bei der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung und bei der Neuen Hannoverschen Presse demonstriert. Am 31.Januar haben 1 000 Kollegen in Hamburg auf Beschluß der Jahresdelegiertenversammlung der IG Druck und Papier demonstriert; diese hatte auch beschlossen, auf dieser Demonstration für den 7-Stunden-Tag einzutreten.

In all diesen Aktionen haben sie um die Nutzung der Gewerkschaft gekämpft: zu vielen dieser Aktionen ist die IG Druck und Papier durch die Mitgliedschaft verpflichtet worden.

Forderungen zur Tarifrunde
Mitgliederversammlung des Ortsvereins Speyer/Germersheim am 10. Januar: 1,25 DM.
Ortsverein Neu-Isenburg, Langen, Sprendlingen: 1,25 DM.
Bezirkskonferenz Rheinland-Pfalz: 1 DM.
Mitgliederversammlung der Verwaltungsstelle Darmstadt: 50 DM pro Woche.
Frankfurt: Die gewerkschaftlichen Betriebsausschüsse der IG Druck des Bezirksverbandes Frankfurt beschlossen als Empfehlung an die Mitgliederversammlung am 15. 2. eine Mark-und-Pfennig-Forderung.

Die IG Druck und Papier hat so zu den Demonstrationen aufgerufen oder sie zumindest nachträglich unterstützt. Und verschiedentlich aufgetretene Spaltungen innerhalb der Belegschaften, auf die die Kapitalisten und ihre Freunde in der Gewerkschaft setzten, Spaltungen zwischen Druckern, Maschinenarbeitern, Maschinensetzern und Korrektoren sind an verschiedenen Stellen überwunden worden.

Für einheitliche Lohnforderung

Diese Errungenschaften und Erfahrungen müssen jetzt auch für die kommende Lohnrunde und ihre Vorbereitung gelten: weder kann man sich der verschärften Ausbeutung, der Gefährdung der Arbeitsplätze beugen, noch kann man sich mit Lohnhappen abspeisen lassen. An beiden Fronten muß man unnachgiebig sein. Die Druckkapitalisten sind es eh – und wenn sie an der einen Front Erfolge erzielen, fassen sie Mut und wollen die andere auch schwächen. Umgekehrt gilt für die Druckarbeiter, daß sie entschlossen an beiden Fronten kämpfen müssen, nur so können sie Erfolge gegen die Kapitalisten erzielen. Ein Nachgeben an der einen Front schwächt den Aufbau und die Festigung der anderen.

Zurückrufen muß man sich die Erfahrungen aus der letzten Tarifrunde, wo an verschiedenen Stellen der Nacht- und Nebel-Abschluß von 11,3 % verurteilt worden ist und Lehren gezogen worden sind für die nächste Lohnrunde: Die Aufsplitterung der Drucker muß überwunden werden, deshalb müssen endlich die unteren Lohngruppen weg; sichergestellt werden muß die ständige Information der Mitglieder in jeder Phase der Tarifauseinandersetzung und die Entscheidung muß in den Händen der Mitglieder liegen, vor allem aber brauchen die Druckarbeiter eine einheitliche Forderung, unter der sie geschlossen gegen die Druckkapitalisten vorgehen können. Überall muß für eine einheitliche Forderung eingetreten werden, für einen Betrag in Mark und Pfennig, unter dem kein Kollege aus der Tarifrunde herauskommen darf.

–HJH–

TNO macht Aktionäre froh

Oberhausen. In der letzten Nummer der Kommunistischen Volkszeitung hatten wir darauf hingewiesen, daß nun auch die Stahlindustrie von der Krise ergriffen wird. Hier bei Thyssen-Niederrhein AG in Oberhausen wird zwar nicht, wie ursprünglich geplant, das Siemens-Martin-Werk heruntergefahren, dafür aber der Hochofen 3 und in einigen anderen Bereichen werden, so die Unternehmensleitung, "Anpassungsmaßnahmen" vorgenommen. Böse Zungen reden ganz unverblümt von Zwangsurlaub.

Was ist geschehen? Solange der Stahl gut abgesetzt werden konnte, durften wir TNO-Arbeiter Tonnen machen, bis daß uns die Knochen krachten. Wir durften auch Überstunden machen. Diese Überstunden haben wir nicht aus Spaß an der Sache gemacht, sondern weil wir das Geld nötig haben. An 7 Tagen Nachtschicht, 5 Frühschichten und 6 Mittagsschichten konnten wir mal voll zeigen, was so in uns steckt. Auch an unsere Gesundheit wurde gedacht. Wenn es im Winter mal kalt war, kann man sich die Freude der Arbeiter vorstellen, die Reparaturen an Warmteilen durchführen mußten. Ich habe zum Beispiel mal bei 10 Grad Außentemperatur mitgeholfen, das Luftrad eines Krans auszuwechseln bei ungefähr 70 Grad Hitze. Da konnte ich die Leistungskraft meines Kreislaufs ausprobieren.

Mit der selben Belegschaft wurde die Produktion um ein Drittel gesteigert. Was bekamen wir dafür außer der sogenannten Teuerungszulage? Nichts!

Kapitalisten brauchen nicht Zwangsurlaub zu nehmen, da sie sich das ganze Jahr hindurch im Urlaub befinden. Ebenfalls brauchen sie bei Krisen nicht um ihren Arbeitsplatz zu zittern. Zittern müßten sie allenfalls, wenn die Arbeiterklasse ihnen die Fabriken wegnehmen würde. Da wären sie dann überflüssig und könnten den Arbeitern die Toiletten reinhalten.

Aber zurück zum Zwangsurlaub

Die Betriebsräte müssen sich nach dem Betriebsverfassungsgesetz an die Schweigepflicht halten, und da meine ich, daß unser Betriebsrat hier auf der Hütte die Schweigepflicht gar nicht so ungern sieht, denn so haben sie immer eine schöne Entschuldigung auf Lager. Auch sticht bei den Herrn ins Auge, daß sie sehr praktische Lösungen anbieten: nämlich keine. Nach dem Betriebsverfassungsgesetz dürfen sie das auch nicht, denn sie müssen zum Wohle des Betriebes arbeiten, und ein Streik versetzt den Kapitalisten in Unwohlsein, und das heißt, daß er für ihn nicht gut ist. Aber was für den Kapitalisten schlecht ist, braucht ja für die Arbeiter nicht auch schlecht zu sein. Was den Betriebsrat betrifft, so sage ich: die einen bestimmen und die anderen machen mit (Mitbestimmung).

Was sollen die Arbeiter bei der Hütte gegen drohende Stillegung und Zwangsurlaub tun? Wir dürfen uns vor allem nicht zersplittern lassen wie 1973, als es auf der 550er Straße hieß, man hätte mit dem Streik auf der Drahtstraße nichts zu tun. So können wir nachher leicht gegeneinander ausgespielt werden. Es müssen Forderungen erhoben werden, die der Einheit der TNO-Arbeiter dienlich sind. Zum Beispiel:

Keine Entlassungen bei TNO!

Bei Kurzarbeit voller Lohnausgleich!

Betriebsaufbauzelle
Thyssen-Niederrhein
Oberhausen (TNO)



Autohalde bei Audi-NSU Heilbronn

Audi-Schließung geplant

Staatssekretär gibt Stillegungspläne bekannt

In einem Gespräch mit Journalisten hat der Sekretär im Wirtschaftsministerium Otto Schlecht am 6. Februar erklärt, der neue Vorstandsvorsitzende Schmücker werde mit einem Sanierungsprogramm antreten. Vorgesehen ist unter anderem die Schließung eines Werkes, nämlich Audi NSU Heilbronn.

Damit sind 10 200 Arbeiter und Angestellte von der Entlassung direkt bedroht. Die Kapitalistenknechte sprechen mit Recht von "unpopulären Maßnahmen".
Sofort kamen dann auch die Vernebelungsmaschinen der Bourgeoisie auf Touren. Der Staatssekretär ließ erklären, kein Wort sei wahr. Die CDU-Regierung in Baden-Württemberg sagte, das könne alles nicht sein. Denn die Konzernspitze wollte sich erst mit der Landesregierung absprechen, bevor Entscheidungen fielen.
Der Bundesvorstand der IG Metall erklärte: "Wir kennen diese Meldungen nicht." IG-Metall-Bezirksvorsitzender Steinkühler beschimpfte den Staatssekretär als "Anfänger". Der Betriebsratsvorsitzende soll laut Bild-Zeitung gesagt haben, daß er davon wissen müsse, wenn solche Entscheidungen getroffen seien. Er wisse aber nichts. Die Kapitalisten planen die Schließung. Sie sind aber nicht sicher, wie sie die Tausende Arbeiter und Angestellte auf die Straße setzen können, ohne daß es zu großen Unruhen kommt. Deutlich wurde das an dem, was der Sprecher der VW-Zentrale sagte: *"Was das Werk Neckarsulm angeht, so wird alles daran gesetzt, den "weichsten" Weg zu gehen."*
Am 25. April soll der VW-Aufsichtsrat über die Sanierungspläne entscheiden. Bis dahin sollen die Kollegen ruhig "abwarten". Das jedenfalls propagierte die "Heilbronner Stimme". Aber die Maßnahmen der Kapitalisten sind keine Schicksalsschläge, denen die Arbeiterklasse hilflos gegenüberstehen muß. Es geht um die Existenzgrundlage von Tausenden von Arbeitern und Angestellten. Stillhalten nützt nur den Kapitalisten. g.b.

ÖTV-Vorsitzender sprach vor 1 200 Mitgliedern in Rheinland-Pfalz:

Nicht zu Kampfmaßnahmen bereit

Am 3. Februar fand in Mainz eine zentrale Veranstaltung der ÖTV-Bezirksverwaltung Rheinland-Pfalz statt. Es sprachen der ÖTV-Vorsitzende Heinz Kluncker zum Thema "Die Tarifsituation im Öffentlichen Dienst" und Bundesminister Walter Arendt (SPD) zum Thema "Den sozialen Rechtsstaat verwirklichen". Zu dieser Veranstaltung kamen etwa 1 200 Kollegen aus ganz Rheinland-Pfalz.

In seinem Beitrag versuchte Heinz Kluncker den Kollegen klarzumachen, daß die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst im Gegensatz zu 1974 diesmal keinen "Nachholbedarf" an Lohnforderungen anzumelden haben, sondern daß es in dieser Tarifrunde nur darum gehe, das bisher Erreichte abzusichern und einen angemessenen Ausgleich für die zu erwartenden Preissteigerungen zu fordern. Von daher ausgehend habe die Große Tarifkommission die Forderungen nach einem Sockelbetrag von 50 DM, 6 % und einem einheitlichen Urlaubsgeld von 300 DM plus 50 DM für jedes Kind beschlossen.
Kluncker stellte diese drei Forderungen als untrennbare Einheit dar. Anschließend hielt er eine flammende Rede für die Notwendigkeit von Festgeldforderungen. Er verschwieg aber, warum die ÖTV-Führung entgegen dieser richtigen Einsicht und entgegen den Festgeldforderungen vieler unterer ÖTV-Gremien an einem prozentualen Anteil bei den Forderungen festgehalten hatte.

Eingruppierungstarifverträge gegen Lohnerhöhung

Dann berichtete Kluncker, daß in der dritten Verhandlungsrunde am 28. Januar die Arbeitgeber nicht nur an ihrem miesen 5 %-Angebot festgehalten hatten, sondern sogar den Versuch unternommen hatten, die neuen Eingruppierungstarifverträge vom November 1974 gegen die jetzt laufende Lohntarifrunde auszuspielen. Unter dem Beifall der Kollegen kündigte er den scharfen Protest und den energischen Widerstand der ÖTV gegen diesen unverschämten Angriff der öffentlichen Arbeitgeber an. Wieder aber verschwieg er, daß gerade die ÖTV-Führung durch ihre Verhandlungstaktik dazu beigetragen hatte, daß der Termin für das Inkrafttreten der neuen Eingruppierungstarifverträge in den November-Verhandlungen offen gelassen worden war. Dadurch erhielten die Arbeitgeber erst die Möglichkeit, die schon ausgehandelten Verträge in der laufenden Tarifrunde nochmal aufzugreifen, um nachträglich Verschlechterungen daran anzubringen.

Kluncker: "Wir müssen alle Opfer bringen"

Großen Beifall erhielt Kluncker, als er bestätigte, daß das Ergebnis der 74-er Tarifrunde nur durch die entschlossenen Streikmaßnahmen der Kollegen erreicht werden konnte, und feststellte, daß dieser Streik richtig war.
Er versuchte die Kollegen zu beschwichtigen und ihnen klarzumachen, daß dieses Jahr eine völlig andere Situation sei. Es sei diesmal kein "Jahr der Arbeitnehmer"; jetzt gehe es darum, die krisenhafte Wirtschaftslage in der Bundesrepublik durch gemeinsame Anstrengungen zu meistern. Dabei müssen wir alle Opfer bringen. Die Bundesregierung tue alles und werde weiterhin alles tun, um die Preise stabil zu halten und die Arbeitsplätze zu sichern. Deshalb gebe es keinen Zielkonflikt zwischen der Regierung und den Arbeitnehmern des Öffentlichen Dienstes. Im übrigen gehe es in einer Tarifauseinandersetzung nicht darum, den Arbeitgeber zu unterwerfen, sondern den erreichten sozialen Stand für die Arbeitnehmer abzusichern.
Arbeitskampfmaßnahmen seien daher nur dann richtig, wenn die Tarifautonomie durch ein drohendes Lohndiktat gefährdet sei. Dann allerdings, so Kluncker mit einer Anspielung auf die bisherigen Pläne für ein einheitliches Dienstrecht, das die Verbeamtung aller Beschäftigten ins Auge faßt, werden die Arbeitnehmer geschlossen den Kampf für die Erhaltung der Tarifautonomie und damit, man höre und staune, den Kampf für die Erhaltung der "freiheitlich-demokratischen Grundordnung" führen.
Unmittelbar anschließend an diese markigen Worte lobte Kluncker das frisch ausgehandelte Schlichtungsverfahren. Der Beifall hierbei war dünn. Das läßt erkennen, daß viele Kollegen spürten, daß mit diesem Schlichtungsabkommen die ÖTV-Führung selbst einen Beitrag zum Abbau der Tarifautonomie geleistet hat.
Der Rest der Rede war voll mit Appellen an die öffentlichen Arbeitgeber, die Tarifverhandlungen nicht platzen zu lassen und alles dazu beizutragen, daß in dieser Tarifrunde ein "vernünftiger" Kompromiß gefunden werden kann. Danach warb er wortgewaltig um das Vertrauen der Kollegen in ihre ÖTV-Führung, die ja, wie der Streik 1974 gezeigt habe, alles für die Kollegen im öffentlichen Dienst tun werde.
Anschließend pries er Walter Arendt als alten Kampfgefährten und Freund der Arbeitnehmer an, um im Hinblick auf die bevorstehenden Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz die Stimmung im Saal ganz offen für die SPD zu gewinnen.
Der so mit den beschwörenden Worten Klunckers eingeführte Bundesminister Walter Arendt verbreitete sich in eine Lobhudelei auf die "großen Reformen" der sozial-liberalen Regierung und schaffte es in kurzer Zeit, viele Kollegen zum Verlassen des Saales anzuregen.
Zusammenfassend ist festzustellen, daß Kluncker es in geschickter Weise verstanden hat, sich mit radikalen Worten in Übereinstimmung zu bringen mit den richtigen Ansichten der Kollegen und ihren Beifall zu entfachen. Zugleich aber täuschte er die Kollegen über seine wahre Absicht, den Kampf der Arbeiter und Angestellten zu bremsen und seinen bürgerlichen Politikerfreunden in die Tasche zu arbeiten.
Die Kollegen werden aber Klunckers Worte mit seinen Taten vergleichen und aus den Täuschungsmanövern der Gewerkschaftsspitze lernen, daß sie die Gewerkschaften in ihre eigenen Hände nehmen und auf der Linie des Klassenkampfes zu einer starken Interessenvertretung machen müssen.

P.R.S., Sympathisantengruppe Mainz des KBW

dem Beifall der Kollegen kündigte er den scharfen Protest und den energischen Widerstand der ÖTV gegen die-
schlossen den Kampf für die Erhaltung der Tarifautonomie und damit, man höre und staune, den Kampf für
des Klassenkampfes zu einer starken Interessenvertretung machen müssen.
P.R.S., Sympathisantengruppe Mainz des KBW

Massenentlassungen

Freudenberg Weinheim will 650 Kollegen entlassen

Massenentlassungen
Freudenberg Weinheim will 650 Kollegen entlassen

Beim zuständigen Landesarbeitsamt hat die Geschäftsleitung der Firma Carl Freudenberg in Weinheim Massenentlassungen beantragt. 500 Arbeiter und 150 Angestellte, hauptsächlich aus dem Simrit-Bereich, sollen auf die Straße gesetzt werden. Das sind 6,5 % der in Weinheim beschäftigten 10 000 Kollegen.

Der Simrit-Bereich umfaßt die Herstellung von Präzisionsdichtungen und Gummiteilen. Geliefert wird vor allem an die Autoindustrie und in immer stärkerem Maße an die Maschinenbauindustrie. Mit einem starken Auftragsrückgang aus diesem Bereich werden die Entlassungen begründet. Neben dem Simrit-Bereich produziert Carl Freudenberg noch Vliesstoffe, Helia, im Kunststoffwerk unter anderem Armaturenbretter für BMW, Mercedes, Stoßdämpfer. Die Ausgangsproduktion Schuhe und Ledermaterialien ist auf zirka 5 % des Umsatzes zurückgegangen; trotzdem wird die Zugehörigkeit zum Lederbereich aus "Traditionsgründen" beibehalten.

Nicht der Auftragsrückgang, sondern die Verschärfung der Ausbeutung ist der Hauptgrund für die Entlassungen

Im letzten Jahr hat sich die Firma bemüht, neue Märkte für die Simrit-Produktion zu finden. Trotz eines starken Rückgangs der Autoproduktion (minus 30 %) wurde eine Umsatzsteigerung von 20 % im Simrit-Bereich erzielt. Das vor allem durch neue Aufträge aus der Maschinenbauindustrie. Einen weiteren Rückgang in der Kraftfahrzeugindustrie hat es nicht gegeben, und die Lage in der Maschinenbauindustrie scheint relativ gesichert. Daß die Freudenberg-Kapitalisten höchstens mit einer kurzfristigen Auftragsflaute rechnen, kommt auch aus den von ihnen befehligten Presseveröffentlichungen hervor:
"Selbst wenn sich eine Verbesserung der konjunkturellen Lage ergeben sollte, könne das Unternehmen auch angesichts der Produktivitätssteigerung mit einer verminderten Belegschaft auskommen."
Hier kommt deutlich zum Ausdruck, was das Ziel Carl Freudenbergs ist: Verschärfung der Ausbeutung. Schon im Jahresabschlußbericht wurde dieses Ziel genannt, jetzt soll es mit einer Roßkur erreicht werden.

Produktionsverlagerung nach Brasilien?

Freudenberg hat neben seinen Werken in der BRD viele Niederlassungen im Ausland. So zum Beispiel in Spanien, Mexiko, Südafrika, Japan, Australien und anderswo. Besonders aber in Brasilien dehnt er sich aus. Jetzt hält sich in einigen Simrit-Abteilungen hartnäckig das Gerücht, Freudenberg wolle zumindest Teile der Simritproduktion nach Brasilien verlagern, weil dort die Löhne viel billiger sind und die politischen Verhältnisse unter den Faschisten gut für ihn sind. Nur Verkaufsorganisation und Arbeitsvorbereitung sollen in Weinheim bleiben.

Es ist sicher kein Zufall, daß der Antrag auf Massenentlassungen gerade in die Zeit fällt, in der die Verhandlung des neuen Haustarifs zwischen der Gewerkschaft Leder und Carl Freudenberg ansteht. Dieser Haustarif liegt weit unter dem, was in vergleichbaren Großbetrieben in der Region gezahlt wird. Die Freudenberg-Kapitalisten wollen erreichen, daß die Kollegen einen weiteren Lohnabbau hinnehmen, wenn sie dafür die Zahl der Entlassungen herabsetzen. Die Aufgabe unserer Betriebszelle ist es jetzt, die Kollegen bei der Durchkreuzung dieses großangelegten Manövers zu unterstützen und vor allem den Kampf gegen die geplanten Rationalisierungsmaßnahmen aufzunehmen.

—Aufbauzelle Freudenberg der Ortsaufbaugruppe Weinheim—

Beschluß des ÖTV-Vertrauensleutekörpers der Bremer Finanzverwaltung
Das Ergebnis der Verhandlungen am 14. Februar abzuwarten und im Falle einer Schlichtung eine Protestresolution an die Große Tarifkommission zu senden, mit dem Inhalt: Gegen das 5-Prozent-Angebot der Regierung, für 11 %, mindestens 180 DM.

Hamburg. Am 28.1.1975 hat die Fachgruppe Maurer der IG Bau, Steine, Erden in Hamburg den Tarifabschluß von 6,6 % abgelehnt. Die 70 anwesenden Kollegen haben auch das Vorgehen der Großen Tarifkommission kritisiert.

Für die Einheitsgewerkschaft

IGM-Jugend Lüneburg lehnt Angriff auf den KBW ab

Lüneburg. Am Mittwoch, den 15.1.75, fand in Lüneburg eine Ortsjugenddelegiertenkonferenz der IG-Metall statt, auf der der Spaltungspolitik der bürgerlichen Gewerkschaftsführung eine Absage erteilt wurde.

Die örtliche Gewerkschaftsführung versuchte bei dieser Gelegenheit, einen erneuten Angriff gegen die Einheitsgewerkschaft zu starten. Man legte den Delegierten einen "Beschluß über die Abgrenzung gegenüber politischen Extremisten" vor. Das Besondere daran war diesmal, daß hier im Gegensatz zu anderen Beschlüssen sehr massiv ausschließlich der KBW angegriffen wurde. Wörtlich heißt es in dem Antrag u. a.: "Die Delegierten sind der Auffassung, daß z. B. der Kommunistische Bund Westdeutschland politische Positionen vertritt, die der Gewerkschaftsbewegung schaden und in der Tendenz auf eine Spaltung hinauslaufen."

Um diesen Angriff gegen die Einheitsgewerkschaft auf dem Boden des Klassenkampfes auch erfolgreich durchführen zu können – noch dazu im Namen der Demokratie – holte sich die Orsverwaltung Lüneburg eigens einen Gewerkschaftsführer von der Bezirksleitung Hannover zu Hilfe. Dieser versuchte nun, auf die Kollegen einzureden. Er vertrat folgende Meinung: Es ginge ihm nicht darum, die Kritik in der Gewerkschaft zu unterbinden, es geht auch nicht gegen die Kommunisten allgemein, denn die DKP sei ja nicht betroffen – es gehe nur gegen Extremisten, die die Organisation spalten. Dann machte er einen interessanten Unterschied: "Es geht hier ganz gezielt gegen den KBW, der KBW ist in der Gewerkschaft in Niedersachsen im Gegensatz zu anderen Kommunistischen Gruppen stark vertreten und ist der größte Feind, den es gilt zu bekämpfen."

In der Diskussion zeigte sich jedoch, daß die anwesenden Kollegen sich von diesem Geschwätz nicht beeindrucken ließen. Die Ortsverwaltung hoffte, daß die Kollegen, die mit dem KBW sympathisieren, sich in der Diskussion isolieren würden, um sie dann um so leichter aus der IG-Metall ausschließen zu können.
Doch das Gegenteil geschah. Am Schluß der Diskussion setzten sich gerade die Positionen und Auffassungen dieser Kollegen durch. Bei der anschließenden Abstimmung lehnte die Konferenz den Antrag schließlich ab und zwar mit 19 gegen 14 Stimmen. Das war eine klare Absage an alle Spaltungsversuche duch die SPD-Gewerkschaftsführung und gegen jeden Versuch, die Gewerkschaften statt zu Schulen des Klassenkampfes zu SPD-Richtungsgewerkschaften zu machen. In Lüneburg blieben die Kollegen wachsam!

—Kommunistische Gruppe Lüneburg (Sympathisantengruppe des KBW)

DGB und Verfassungsschutz

Lüneburg. Auf derselben Ortsjugendkonferenz zitierte die Gewerkschaftsführung aus Flugblättern des KBW, z. B.:
"Die Gewerkschaftsführer arbeiten mit den Kapitalisten und dem Verfassungsschutz zusammen."
Dieses Zitat wirkte sich für die Gewerkschaftsführung dann sehr "peinlich" aus. Der Kollege Wieck erklärte dazu:
"Man kann den Kollegen in der Ortsverwaltung zwar nicht gerade im einzelnen nachweisen, daß sie mit den Kapitalisten zusammenarbeiten würden, aber daß mit dem Verfassungsschutz zusammengearbeitet wird, kann niemand leugnen." Die angesprochenen Kollegen waren entsetzt und forderten Beweise. Und die bekamen sie: der Kollege führte weiter aus, daß der "Kollege" Wackermann eine höher Funktion beim Verfassungsschutz hier hat und gleichzeitig im Vorstand der ÖTV ist. Nach dieser Enthüllung waren die Kollegen der Ortsverwaltung schlagartig verstummt. Sie hatten dem Angriff nichts mehr entgegenzusetzen.

Brief zur Tarifrunde

Einige Kollegen des Bundesbahn-Ausbesserungswerks in Opladen schickten einen Brief an die Presse, unter anderem auch an die Kommunistische Volkszeitung.

Tarifrunde bei der Bahn

Sehr geehrte Redaktion!
auch bei uns Eisenbahnern laufen zur Zeit langwierige Tarifverhandlungen. Die Regierung und die DB-Hauptverwaltung haben bisher an zwei Verhandlungstagen nur 5 % Lohnerhöhung angeboten. Vom Urlaubsgeld (300 DM), welches die Gewerkschaft der Eisenbahner schon seit 2 Jahren fordert, wurde überhaupt nicht geredet.
Bei einer Inflationsrate von gegenwärtig 7 % sind aber mindestens 200 DM notwendig. Und zwar für alle gleich. (Die Teuerungsrate beträgt in Mark und Pfennig ca. 100 DM netto allein für das Jahr 1974: Dasselbe wird für 1975 erwartet).
Und außerdem ist es doch so, daß vor und nach der Tarifrunde die Preise anziehen, während der Lohn in dieser Zeit unverändert bleibt.
Es sind also nicht wir Arbeiter bei der Bundesbahn oder den Privatbetrieben, die die Preise in die Höhe treiben, sondern die miteinander konkurrierenden Unternehmer, die in ihrer Jagd nach immer höheren Profiten den Preisauftrieb zu verantworten haben.
Deshalb meinen wir, darf die Gewerkschaft dem Druck, den die Unternehmer, Regierung und auch die DB-Verwaltung auf uns ausüben, nicht nachgeben.
Ansonsten könnten sich die Kollegen bei der Bahn – ebenso wie bei Metall – gezwungen sehen, selbständig ihre Sache in die Hand zu nehmen.
Wir bitten, diesen Brief in Ihrer Zeitung abzudrucken. Er gibt die Meinung einiger Kollegen des Ausbesserungswerkes wieder.

Opladen, den 1.2.1975
R.i.A. einiger Kollegen des Ausbesserungswerkes

Antwort auf Kritiken zu "Die Emanzipation der Frau ist eine Klassenfrage", KVZ Nr. 2/75

Gegen die rückständigen Ideen

Zu dem Artikel "Die Emanzipation der Frau ist eine Klassenfrage" in der KVZ-Nr.2/75, sind mehrere Kritiken bei der Redaktion eingegangen. In fast allen Briefen wird die Hauptthese des Artikels bekräftigt. Der Weg der Emanzipation führt über den politischen Kampf um die politische Macht der Arbeiterklasse. Erst die politische Macht der Arbeiterklasse schafft Bedingungen, daß die Frauen "planmäßig in die gesellschaftliche Produktion sich eingliedern und in ihr all ihre Fähigkeiten entfalten können" (KVZ Nr.2/75). Erst dann kann auch der "Übergang vom vereinzelten Kleinhaushalt zum vergesellschafteten Großhaushalt zur gesellschaftlichen Versorgung und Erziehung der Kinder" vollzogen werden (ebenda).
Kritisiert wird in mehreren der Briefe, daß der Artikel nicht eingeht auf die Frage: "Wie können die Frauen diesen Weg massenhaft beschreiten?" (Brief der Westberliner Gruppe "Frauen für den Kommunismus"). "Der Arbeiterin" schreiben die Genossen, "wird es durch die Hausarbeit erschwert, sich politisch, z. B. in den Gewerkschaften zu betätigen. Sie fühlt sich berechtigterweise verantwortlich für das Wohlergehen der Kinder und des Mannes, weil sie weiß, daß sich niemand um diese kümmert, wenn sie es nicht tut."
Eine andere Genossin schreibt: "Wie kann eine Frau zu einer politischen Versammlung gehen oder den Marxismus-Leninismus studieren, wenn ihr Mann sich weigert, auf die Kinder aufzupassen?" (I.D. aus Bonn) Aus einem Heidelberger KVZ-Lesekreis kommt die Frage, "ob es nun richtig ist, die private Emanzipation erst nach der proletarischen Revolution anzusetzen, ob ein Kampf im privaten Bereich die gesamte Bewegung schwächen würde, oder ob sie sinnvollerweise parallel zu ihr verlaufen müßte."
In dem Artikel in der KVZ Nr.5 zur Bundestagsdebatte zum Jahr der Frau wird eingegangen auf die Bedeutung, die die Arbeiterschutzforderungen und darunter die Mutterschutzforderungen für die Bedingungen haben, unter denen die Frauen an der Produktion und am politischen Kampf teilnehmen. Die Arbeiterklasse muß den Kampf um diese Forderungen führen, "um sich vor geistiger und körperlicher Degradation zu bewahren" und um sich "besser zu befähigen, den Kampf um die sozialistische Revolution zu führen" (Programm des Kommunistischen Bundes Westdeutschland). Es wird jedem Arbeiter, jeder Arbeiterin einleuchten, daß mit der Durchsetzung eines siebenstündigen Arbeitstages die Bedingungen dafür, daß die Arbeiterinnen aktiver Teil der Armee des Proletariats sind, besser geworden sind. Daraus kann man ableiten, welche hervorragende Bedeutung der Kampf für die Arbeiterschutzforderungen hat, ganz besonders für die Frauen.

Darauf, daß die Frauen am politischen Kampf teilnehmen, kann aber nicht gewartet werden, und darauf weisen die Kritiken hin, bis diese Forderungen erfüllt sind, im Gegenteil, sie werden sich gegen die Kapitalistenklasse nur durchsetzen lassen, wenn die Einheit innerhalb der Arbeiterklasse, wenn die Einbeziehung der Frauen aus der Arbeiterklasse schon fortgeschritten ist.

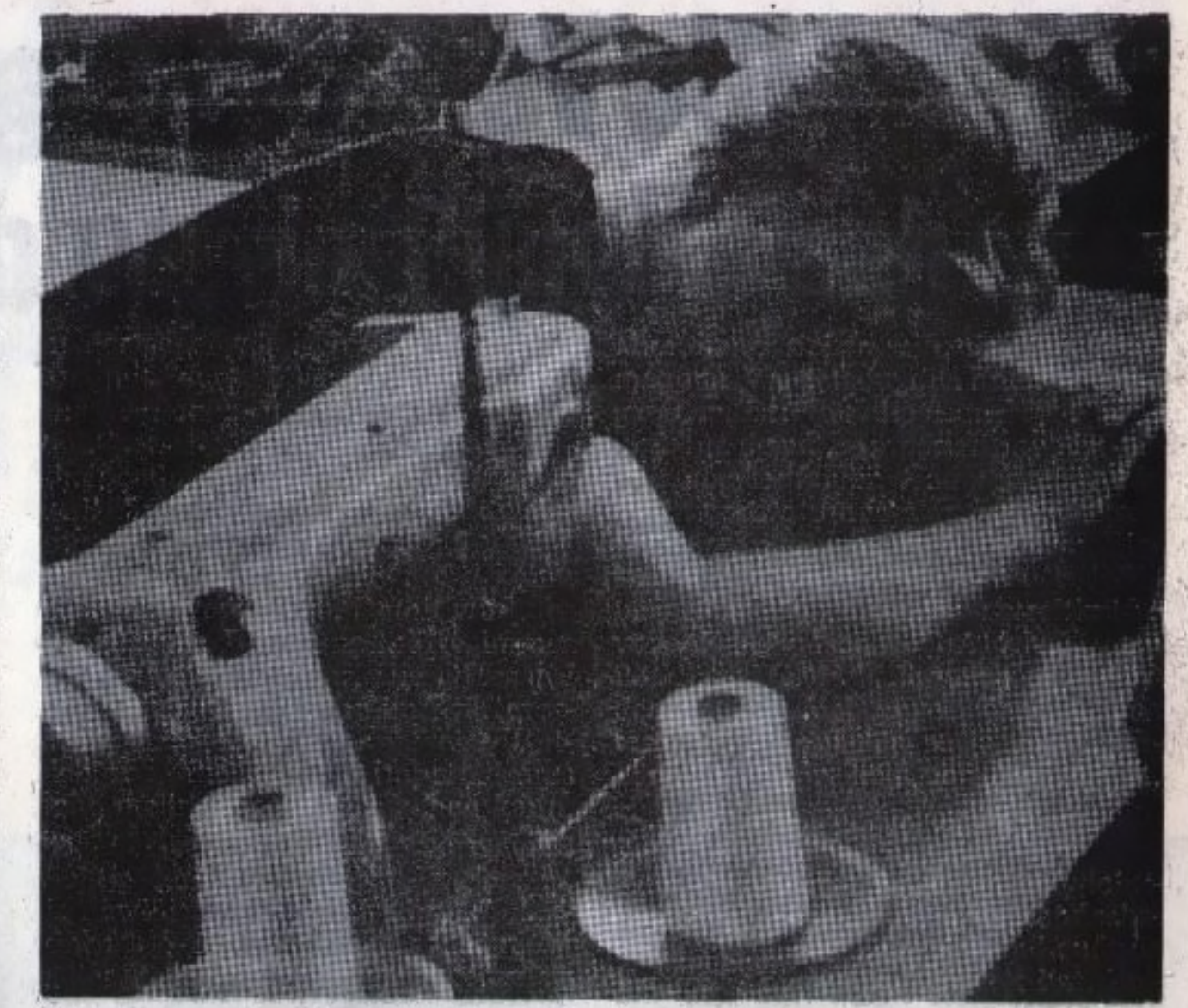
Und genau hier sind die Schwierigkeiten angesiedelt, die die Briefe ansprechen.
Hier stößt die Arbeiterin, die den Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung aufnehmen, die sich gewerkschaftlich und politisch organisieren will, dann häufig mit der Abneigung des Mannes zusammen, der Angst hat, daß der Haushalt vernachlässigt wird, die Kinder verwahrlosen, der sich weigert, von dem Rest an Männerherrschaft Abschied zu nehmen, an dem er hängt. Engels hat in seiner Schrift: "Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates" schon 1884 geschrieben, daß beim Proletariat schon alle **Grundlagen** der bürgerlichen Familie beseitigt sind. "Hier fehlt alles Eigentum, zu dessen Bewahrung und Vererbung ja gerade die Monogamie und die Männerherrschaft geschaffen wurden, und hier fehlt daher auch jeder Antrieb, die Männerherrschaft geltend zu machen ... vollends seitdem die große Industrie die Frau aus dem Hause auf den Arbeitsmarkt und in die Fabrik versetzt hat und sie oft genug zur Ernährerin der Familie macht, ist dem letzten Rest der Männerherrschaft in der Proletarierwohnung aller Boden entzogen – es sei denn etwa noch ein Stück der seit Einführung der Monogamie eingerissenen Brutalität gegen Frauen." (Marx-Engels-Werke, Band 21, S.73)

Es sind die überholten bürgerlichen Ideen und Gewohnheiten, die unter den Arbeitern und Arbeiterinnen noch Einfluß behalten, obwohl die materiellen Bedingungen dafür immer mehr verschwinden, mit denen die Arbeiterin, die nach vorn will, die sich am Klassenkampf beteiligen will, zusammenstößt: es sind dieselben, die viele Frauen aus der Arbeiterklasse in den vom gesellschaftlichen Leben abgetrennten vier Wänden festhalten. Gegen den hemmenden Einfluß dieser Ideen muß die Arbeiterklasse auftreten auch gegenüber ihren einzelnen Mitgliedern.

Wenn die Arbeiterin, die zur politischen Versammlung will, dem Mann widerspricht, der sie daran hindern will, dann kann und muß sie dies tun im Namen der Klasse, sie muß ihn überzeugen, daß sich die Kräfte der Arbeiterklasse verdoppeln, wenn sie beide gemeinsam an den Kämpfen der Klasse teilnehmen. Hier dient der Kampf gegen den rückständigen Mann gerade der Einheit, nützt der Streit und umgekehrt, nützt er auch nur, wenn er mit dem Ziel der Einheit geführt wird. Was dem Klassenkampf dient, ist richtig. Und wenn es notwendig ist, starrsinnigen Männern das verständlich zu machen, kann es auch nützlich sein, wenn Frauen sich verbünden, um den Weg dafür frei zu machen. Hier ist der Streit in der Familie nicht Mittel einer privaten Emanzipation, sondern gerade Notwendigkeit des Klassenkampfes.

Dabei kann es nicht gehen um die kleinliche "Gerechtigkeit", sich unbedingt zu gleichen Teilen mit dem Abwasch und der Kinderversorgung zu befassen, sondern um die begründete Übereinkunft, wie die Bedingungen für beide so geregelt werden können, daß trotz der widrigen Umstände, möglichst viel Energie und Fähigkeiten für den Klassenkampf frei werden.

—hv—


Näherin, von der Akkordarbeit erschöpft

3 Mark brutto in der Stunde

Die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen steigt sprunghaft an. 29 000 waren es nach offiziellen Angaben im Novem-
bekäme. Wenn ich die Fahrtkosten und die anderen Unkosten und die Abzüge abgezogen habe, dann bin ich so auf 1,50 DM netto gekommen. Al-
10 Minuten früher rausgerufen, obwohl man noch Pause hatte. Es war viel Arbeit da, und dann ist es so gewesen, daß die Jugendlichen

3 Mark brutto in der Stunde

Die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen steigt sprunghaft an. 29 000 waren es nach offiziellen Angaben im November 1974, 35 000 im Dezember, bereits 47 000 im Januar 1975. In Wirklichkeit liegen die Zahlen noch weit höher. Die Schulabgänger, die weder Ausbildungsplatz noch irgendeine Arbeit gefunden haben, werden nicht als Arbeitslose anerkannt.
Die Aussichten der arbeitslosen Jugendlichen, einen Ausbildungsplatz zu finden, sind äußerst gering. Schon jetzt fehlen 74 000 Lehrstellen in Nordrhein-Westfalen. Der Mangel an Ausbildungsplätzen wird noch größer, wenn im Sommer Zehntausende von Jungen und Mädchen die Schulen verlassen.
Vor einigen Tagen habe ich mit einem Jugendlichen gesprochen, der mit kurzer Unterbrechung seit dem 1. April 1974 arbeitslos ist. Er bekommt keine Arbeitslosenunterstützung, weil er noch keine 6 Monate gearbeitat hat. Er sucht eine Lehrstelle und hat bisher keine gefunden. In der ganzen Zeit seiner Arbeitslosigkeit hat er vom Arbeitsamt eine einzige Stelle angeboten bekommen, eine Stelle als Hilfsarbeiter in einem Betrieb der Papierverarbeitung. Ich habe ihn gefragt, wie dieses Arbeitsverhältnis ausgesehen hat.

Frage:
Du hast einige Zeit als Hilfsarbeiter in einem Betrieb in Richrath gearbeitet. Wie bist Du in diesen Betrieb gekommen? Was war das für ein Betrieb?
Kollege:
Die Stelle wurde mir durch das Arbeitsamt vermittelt. Das war ein Papierverarbeitungsbetrieb mit 30-40 Kollegen, die in 2 Schichten gearbeitet haben.
In dem Betrieb arbeiten vorwiegend Jugendliche, so bis 18, 20, sogar auch 14- und 15-jährige. In der Spätschicht arbeiteten fast nur Rentner und Hausfrauen. Die Jugendlichen kamen nicht nur aus der direkten Umgebung, manche von weit her, von Leichtlingen z. B.. Woanders hatten sie keine Arbeit gefunden. Die meisten kamen aus kinderreichen Familien und mußten arbeiten, damit sie halt Geld reinbrachten.
Frage:
Du hast nach kurzer Zeit wieder gekündigt, was war der Grund?
Kollege:
In den ersten Tagen wurde mir immer ausgewichen auf die Frage nach dem Lohn. Als ich angefangen habe, wußte ich nicht, wieviel ich verdiene. Auf dem Arbeitsamt hat man mir gesagt, daß ich das Fahrgeld zurückerstattet bekäme. Das war auch nicht der Fall. Nach ein paar Tagen habe ich dann erfahren, daß ich 3 DM Bruttolohn bekäme. Wenn ich die Fahrtkosten und die anderen Unkosten und die Abzüge abgezogen habe, dann bin ich so auf 1,50 DM netto gekommen. Allein das Fahrgeld kam auf 3,80 DM am Tag, und die Arbeitskleidung, die habe ich auch nicht gestellt bekommen. Ich habe dann bald gekündigt, weil es sich kaum gelohnt hat, für 1,50 DM jeden Tag nach Rochrath zu fahren.
Frage:
Welche Arbeiten mußtet Ihr machen im Betrieb?
Kollege:
Teilweise mußte man hinter dem Fließband Papierstreifen zu 100 Stück stapeln und dann packen. Man mußte sich wirklich dranhalten, daß man alles schaffte. So schnell wie man halt konnte, mußte man arbeiten, und das für 3 DM brutto! Es kam auch vor, daß einige das Tempo nicht schafften, dann wurde gesagt, sie sollten schneller arbeiten, wo sie denn vorher gearbeitet hätten.
Ansonsten mußte das Papier geschnitten werden und gestanzt. Das wurde alles von den Jugendlichen gemacht. Es war nur ein älterer da und manchmal hat der Juniorchef mitgearbeitet. Wir waren in 2 Gruppen geteilt, die eine hatte früher Pause, damit die andere Gruppe weiterarbeiten konnte. Die Maschinen sollten immer laufen. Manchmal wurde man auch direkt 10 Minuten früher rausgerufen, obwohl man noch Pause hatte.
Es war viel Arbeit da, und dann ist es so gewesen, daß die Jugendlichen Überstunden machen mußten. Dann kam freitags der Juniorchef an und meinte, Du machst ja morgen Überstunden, ist gut, bis morgen. Er hat einen kaum zu Wort kommen lassen und wenn, dann meinte er nur, wieso nicht, Du hast doch sicher morgen Zeit. Es war sogar so, daß man eine Bescheinigung von den Eltern mitbringen mußte, daß man samstags keine Zeit hat zu arbeiten.
Noch was: In dem Aufenthaltsraum sollte man sich umziehen und es sollte da gegessen werden. Er war nicht gerade sauber. Die Heizung war kaputt und das Fenster konnte man nicht schließen. Das war eine Zumutung, kein Tisch, es war einfach auf der einen Seite eine Holzbank, und auf der anderen Seite die Spinde. Der Raum war für Männer und Frauen.
Frage:
Du hast die Sache nach Deiner Kündigung dem Arbeitsamt gemeldet. Hast Du etwas davon gehört?
Kollege:
Nein, ich wurde hinbestellt. Dann wurde mir gesagt, die Sache würde weitergeleitet. Sie dürften mir keine Auskünfte geben, was da weiter läuft.

—C., Ortsaufbaugruppe Leverkusen—

"Macht Euch nur lächerlich"

Veranstaltung im Jugendzentrum über Jugendarbeitslosigkeit

Heidelberg-Ziegelhausen. Bei einer Lehrlingsveranstaltung zum Thema Jugendarbeitslosigkeit am 26. Januar im Jugendzentrum Ziegelhausen, zu der über 30 Jugendliche gekommen waren, kam es zu heftigen Debatten über die Forderungen, unter denen der Kampf gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit von Jugendlichen geführt werden muß.
Sehr unzufrieden war die große Mehrheit der Jugendlichen mit den Äußerungen der DGB-Jugendsekretärin für Nordbaden, Hildegard Seibert, die sich beharrlich weigerte, zu den von vielen Jugendlichen gestellten Forderungen nach der Anerkennung der Jugendlichen als Arbeitslose, nach der Zahlung von 60 % eines Facharbeiterlohnes, Krankenversicherung, nach dem Recht auf Teilnahme an einer Facharbeiterklasse in der Berufsschule nach eigener Wahl und nach Organisierung der arbeitslosen Jugendlichen in der Gewerkschaft, konkret Stellung zu nehmen. Ganz unverständlich war die Äußerung von Hildegard Seibert vor allem zu der letzten Forderung: "Wir sind", sagte sie, "nicht die Caritas – wir organisieren nur arbeitende Arbeiter." Denn schließlich ist es ja doch gerade der Zweck der Gewerkschaften, die Spaltung der Arbeiter zu überwinden, und keine Spaltung ist gefährlicher als die zwischen arbeitenden und nicht arbeitenden Arbeitslosen, wenn es den Kapitalisten mit Hilfe der Arbeitslosen als industrieller Reservearmee gelingt, noch mehr Druck auf die Arbeiter in der Produktion auszuüben.

Bevor gegen Ende der Veranstaltung die große Mehrheit der Jugendlichen eine Resolution mit den genannten Forderungen verabschiedete, meinte die Jugendsekretärin: "Mit der Resolution macht Ihr Euch nur lächerlich – die Resolution wandert beim DGB ohnehin in den Papierkorb." Die Jugendlichen ließen sich nicht dadurch beeinflussen. Ihre Forderungen sind richtig und müssen breit in der Gewerkschaft diskutiert werden.
Am 28.1. druckte das Heidelberger Tageblatt die Resolution der Versammlung ab. Die von Mitgliedsbeiträgen bezahlten DGB-Funktionäre sollten sich genau überlegen, wem sie zuarbeiten, wenn sie die Forderungen junger Arbeiter unter den Tisch wischen.

—R.B., Heidelberg-Ziegelhausen/Red—

Wenn die Arbeiterin, die zur politischen Versammlung will, dem Mann widerspricht, der sie daran hindern will, dann kann und muß sie dies tun im Namen der Klasse, sie muß ihn überzeugen, daß sich die Kräfte der Arbeiterklasse verdoppeln, wenn sie beide gemeinsam an den Kämpfen der Klasse teilnehmen. Hier dient der Kampf gegen den rückständigen
dingt zu gleichen Teilen mit dem Abwasch und der Kinderversorgung zu befassen, sondern um die begründete Übereinkunft, wie die Bedingungen für beide so geregelt werden können, daß trotz der widrigen Umstände, möglichst viel Energie und Fähigkeiten für den Klassenkampf frei werden.
—hv—

Die Lage der Türken bei Ford

Von der Kurzarbeit am meisten betroffen

Ein türkischer Kollege erzählte mir, wie gerade die ausländischen Kollegen bei Ford unter der Krise leiden. Seit nahezu einem Jahr muß allmonatlich kurzgearbeitet werden. Während ein ganzer Teil deutscher Kollegen in der Zeit arbeiten kann, müssen die hauptsächlich in der Produktion tätigen Türken und Italiener auf jeden Fall eine – manchmal sogar zwei – Wochen pro Monat zu Hause bleiben. Auch jetzt läuft wieder eine Kurzarbeitsrunde in den größten Hallen. (Y-, X-, G-, FK-Halle). Sonst verdient der Kollege 1 400 DM netto. Das ist schon nicht viel. Jetzt sind es aber nur noch 1 000 DM. Wie soll man damit eine Frau und fünf Kinder durchbringen? Für die Kinder, die in der Türkei leben, kriegt man außerdem nicht mal volles Kindergeld.
Bei den Massenentlassungen mit Hilfe der Abfindungsverträge war von den 4 400 Kollegen der größte Teil Türken. Die sitzen jetzt auf der Straße, in Westdeutschland oder in der Türkei. Und die, die bei Ford bleiben, müssen für die anderen mitschuften. Der nächste Schlag ist schon in Vorbereitung. In der Metalltarifrunde soll es nur 6–7 % geben. Bei den Preissteigerungen ist das nicht einmal ein Tropfen auf den heißen Stein. Frau und Kinder in der Türkei werden noch weniger zum Leben haben.
Viele türkische Kollegen sind wütend auf die Kapitalisten, auf die Gewerkschaftsführung, zum Teil aber auch auf die deutschen Kollegen, weil sie sehen, daß die bevorzugt werden. Die Angst vor weiteren Entlassungen lähmt viele und läßt sie noch vor Kampfmaßnahmen zurückschrecken.
Worauf es jetzt ankommt ist, die Lehren aus dem Streik 1973 wieder lebendig werden zu lassen. Die Arbeiter bei Ford können sich gegen die Ausbeutung nur zur Wehr setzen, wenn sie die Spaltung unter sich überwinden und die Einheit der deutschen und ausländischen Kollegen herstellen. Die Politik der Gewerkschaftsführung treibt die ausländischen Kollegen leicht in eine gewerkschaftsfeindliche Haltung, weil sie gerade ihre Aufgabe, der Spaltung entgegenzutreten, nicht wahrnimmt, sondern im Gegenteil die Kollegen gegeneinander ausspielt. Dem muß entgegengetreten werden. Jede Spaltung schwächt die Arbeiter gegenüber den Kapitalisten.

—R.S./Red.—

Behinderte ausgenutzt

Für 75 Pfennig pro Stunde in der Datenverarbeitung

Hannover. Ich bin 1947 als Spastiker geboren worden und habe nach neun Sonderschuljahren den Volksschulabschluß erhalten. Dann machte ich einen Test, wo man mich unterbringen kann.

Nach einem halben Jahr hatte man mich in ein Berufsförderungswerk vermittelt, wo ich in der Datenverarbeitung tätig bin. Der Betrieb hat 700 Mitarbeiter, davon ungefähr 400 körperlich und geistig Behinderte. Neuanfänger kommen in eine Vorbereitungswerkstatt, wo man getestet wird, wie man zu gebrauchen ist. Bei mir dauerte die Vorbereitungszeit drei Jahre. Während dieser Zeit verdiente ich 0,54 DM in der Stunde. Nach dieser Zeit kam ich in den Betrieb und verdiente nun 0,75 DM in der Stunde. Der gezahlte Höchstlohn beträgt bei uns 1,36 DM in der Stunde. Ich habe einen Mindestlohn von ungefähr 90 DM, von dem noch 3 DM für den Betriebsbus abgezogen werden. Davon kann ich natürlich nicht leben. Ich bekomme 150 DM Pflegegeld vom Staat, 100 DM vom Sozialamt und außerdem 150 DM von meinem Vater. Der Unternehmer macht monatlich einen Reingewinn von 500 DM pro Behinderten, den er vom Staat bekommt, weil er uns beschäftigt, und dann natürlich den normalen Profit, den er aus den von uns hergestellten Artikeln erhält. Meine anderen Kollegen machen in anderen Abteilungen: Papierkörbe, Plastikartikel, Bauklötze usw.. Die Arbeitsbedingungen sind bei uns genauso wie in anderen Betrieben, obwohl uns die Arbeit oft sehr anstrengt (1/2 Stunde Mittag; wer fünf Minuten zu spät kommt, dem wird eine Viertelstunde vom Lohn abgezogen). Ich finde, daß in diesem System Behinderte Menschen zweiter Klasse sind. Anstatt ihnen zu helfen, beutet man sie brutal aus, und dadurch resignieren viele behinderte Kollegen, die eigentlich Freude an der Arbeit hätten.

W.S.

Die Verfassung der Volksrepublik China: Eine Verfassung der Diktatur des Proletariats

"Rebellion ist gerechtfertigt", so hat Mao Tse-tung die Quintessenz des Marxismus zusammengefaßt. "Der Marxismus, der Leninismus, die Maotsetung-Ideen sind die theoretische Grundlage, von der unsere Nation ihr Denken leiten läßt", diese Feststellung trifft die neue Verfassung der Volksrepublik China in ihrem Artikel 2.

Die Frage, die die chinesische Arbeiterklasse und das chinesische Volk unter Führung der Kommunistischen Partei lösen mußte, lautete: Wie muß 25 Jahre nach der Eroberung der politischen Macht im ganzen Lande die Staatsverfassung beschaffen sein, die der Quintessenz des Marxismus gerecht wird und auf dem Grundsatz aufbaut, daß Rebellion gerechtfertigt ist?

Die neue Verfassung ist mit den Volksmassen erarbeitet worden. Sie entspricht dem Willen des chinesischen Volkes.

Diese Frage war keineswegs leicht zu lösen. Seit mehr als fünf Jahren wurde in der Volksrepublik China an einer neuen Verfassung gearbeitet. Dschang Tschun-tjiao, der den Entwurf der Verfassung auf der ersten Tagung des IV. Nationalen Volkskongresses der Volksrepublik China vorgelegt hat, erklärte dazu:
"Er ist aus wiederholten Diskussionen unter den Volksmassen aller Nationalitäten des Landes hervorgegangen und ist ein Produkt der Verbindung der Ansichten der leitenden Organe mit denen der Massen".

Zur Vorbereitung des IV. Nationalen Volkskongresses **"waren im ganzen Land nach umfangreichen Beratungen und wiederholten Diskussionen insgesamt 2 885 Abgeordnete gewählt worden ... Die Arbeiter, Bauern und Soldaten stellten 72 % der Abgeordneten"** (Pressekommunique). Aufgrund der vorhergegangenen gründlichen Debatte, der demokratischen Wahl der Abgeordneten, der Tatsache, daß Arbeiter, Bauern und Soldaten die Mehrheit auf dem Kongreß stellten und aufgrund der einstimmigen Annahme durch den Nationalen Volkskongreß kann das Pressekommunique der 1. Tagung des Volkskongresses festhalten: Die Tagung **"widerspiegelt in vollem Maße den gemeinsamen Wunsch der Nationalitäten des Landes, die Revolution unter der Diktatur des Proletariats bis zu ihrer Vollendung weiterzuführen".**

Die Volksrepublik China ist heute das größte und fortgeschrittenste sozialistische Land der Welt. Wenn die Arbeiterklasse und die Volksmassen in China auf der Grundlage ihrer Erfahrungen aus mehreren Revolutionen und geführt von der Kommunistischen Partei eine neue Verfassung beschließen, dann ist das für die ganze internationale Arbeiterbewegung von großer Bedeutung. Es ist notwendig, diese Verfassung gründlich zu studieren.

Die sozialistische Revolution muß weitergeführt werden

Die Verfassung baut auf dem Grundsatz auf, daß die Rebellion der ausgebeuteten und unterdrückten Klassen gegen ihre Ausbeuter gerechtfertigt ist und daß sie auch nach der Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse im Bündnis mit den Bauern fortgesetzt werden muß. Als erstes hält die Verfassung daher fest, wie weit die Revolution in China heute fortgeschritten ist und auf welcher grundlegenden Linie sie weitergeführt werden muß. Die Präambel zur Verfassung beginnt mit den Worten: **"Die Gründung der Volksrepublik China manifestierte den großen Sieg des chinesischen Volkes in der neudemokratischen Revolution."** Gleichzeitig **"kennzeichnete (sie) den Beginn der neuen Geschichtsperiode der sozialistischen Revolution und der Diktatur des Proletariats".**
Im "Bericht über die Abänderung der Verfassung" nennt Dschang Tschun-tjiao als bedeutsamste Voraussetzung der Verfassung, daß die Volksmassen große Siege bei der schrittweisen Festigung und Entwicklung des sozialistischen Systems errungen haben und im Verlauf dieses Kampfes Mao Tsetung **"die grundlegende Linie für die ganze Geschichtsperiode ausgearbeitet"** habe.

Die Verfassung enthält diese grundlegende Linie in derselben Fassung, wie sie auch im Statut der Kommunistischen Partei Chinas aufgeführt ist: **"Die sozialistische Gesellschaft umfaßt eine ziemlich lange geschichtliche Periode. Diese ganze Geschichtsperiode hindurch existieren Klassen, Klassenwidersprüche und Klassenkämpfe, existiert der Kampf zwischen den beiden Wegen, dem des Sozialismus und dem des Kapitalismus, existiert die Gefahr einer Restauration des Kapitalismus, existiert die Bedrohung durch Umsturz und Aggression seitens des Imperialismus und des Sozialimperialismus. Solche Widersprüche können nur durch die Theorie über die Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats und durch die von ihr angeleitete Praxis gelöst werden."**



Anpacken der Revolution und Förderung der Produktion. Die Produktionsbrigade führt den ideologischen Kampf mittels einer Wandzeitung auf der Weizentenne.

Aus: CHINA IM BILD 9/74

Diese Festlegung der grundlegenden politischen Linie hat bisher noch keine Verfassung irgendeines sozialistischen Staates enthalten. Weder in der sowjetischen Verfassung von 1936, noch in der chinesischen Verfassung von 1954 findet sich Vergleichbares. Im Gegenteil, die sowjetische Verfassung von 1936 war auf der Annahme aufgebaut, daß der Klassengegensatz mit der Kollektivierung der Landwirtschaft abstumpfe und verschwinde. Im Rechenschaftsbericht an den XVIII. Parteitag führte Stalin aus: Der Sowjetgesellschaft *"sind Klassenzusammenstöße fremd, sie bietet das Bild freundschaftlicher Zusammenarbeit der Arbeiter, der Bauern und der Intelligenz. Auf der Grundlage dieser Gemeinschaft entwickelten sich solche Triebkräfte wie die moralische und politische Einheit der Sowjetgesellschaft. Auf dieser Grundlage entstand auch die Verfassung der Sowjetunion, die im November 1936 angenommen worden ist."* (Fragen des Leninismus, S.708f.)

Die Festlegung in der neuen chinesischen Verfassung über die Fortexistenz von Klassen und Klassenkampf ist grundlegend für diese Verfassung. Denn nur die Fortexistenz von Klassen, Klassenwidersprüchen und Klassenkämpfen in der ganzen Geschichtsperiode des Sozialismus macht überhaupt erklärbar, warum der Staat im Sozialismus noch fortexistiert, und sie allein erlaubt es, den Zweck des Staates richtig zu bestimmen.

Der proletarische Staat ist das Instrument der Arbeiterklasse, um ihre Gegner niederzuwerfen

In der "Kritik des Gothaer Programms" hatte Karl Marx herausgearbeitet: **"Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt eine Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als die revolutionäre Diktatur des Proletariats".** Vor dieser Periode der revolutionären Umwandlung der kapitalistischen in die kommunistische Gesellschaft handelt die Verfassung der Volksrepublik China. Und sie hält fest, daß es **"eine ziemlich lange geschichtliche Periode"** sein wird.
Solange die Klassen noch existieren, gibt es auch den Zwangsapparat des Staates, vermittelst dessen die herrschende Klasse ihren Willen der beherrschten Klasse aufzwingen kann. Friedrich Engels erklärt deshalb den Staat zu einem Werkzeug, dessen sich die siegreiche Arbeiterklasse bedienen muß: **"Da nun der Staat doch nur eine vorübergehende Einrichtung ist, deren man sich im Kampf, in der Revolution bedient, um seinen Gegner gewaltsam niederzuhalten, so ist es purer Unsinn, vom freien Volksstaat zu sprechen: Solange das Proletariat den Staat noch gebraucht, gebraucht es ihn nicht im Interesse der Freiheit, sondern der Niederhaltung seiner Gegner, und sobald von Freiheit die Rede sein kann, hört der Staat als solcher auf zu bestehen."**

Jede bürgerliche Verfassung hütet sich ängstlich davor, den Zweck des bürgerlichen Staates, nämlich Herrschaftsinstrument der Kapitalisten zu sein, ausdrücklich auszusprechen. Sie schmuggelt ihn ein durch Garantie des Privateigentums. Die Verfassung der Volksrepublik China sagt in ihrem ersten Artikel: **"Die Volksrepublik China ist ein sozialistischer Staat der Diktatur des Proletariats, der von der Arbeiterklasse geführt wird und auf dem Bündnis der Arbeiter und Bauern beruht."**

Grundlegend ist für diese Verfassung, daß es Klassen gibt, die miteinander im Kampf stehen. Daß die Arbeiterklasse im Kampf gegen die Kapitalisten und alle anderen Ausbeuterklassen führende Klasse ist und ihr Ziel, das sie gegenüber den Ausbeuterklassen durchsetzen muß, der Aufbau des Sozialismus ist. Die Volksrepublik China wird deshalb im ersten Artikel der Verfassung als Werkzeug der Arbeiterklasse zur Verfolgung ihrer Ziele bezeichnet, als Diktatur des Proletariats, die sich auf das Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern stützen kann. Die Verfassung behandelt den chinesischen Staat als Hebel, vermittels dessen die Arbeiterklasse ihre Revolution gegen alle Widerstände vorantreibt.

In der Verfassung erkennt das chinesische Volk die Führung durch die Kommunistische Partei an

Die Arbeiterklasse kann aber ihre Revolution nur machen, wenn sie einen einheitlichen Willen ausbildet und organisiert ist durch eine eigene Partei. Der Artikel 2 enthält deshalb die Bestimmung:
"Die Kommunistische Partei Chinas ist der führende Kern des ganzen chinesischen Volkes. Die Arbeiterklasse führt den Staat durch ihre Vorhut, die Kommunistische Partei Chinas."
In die Verfassung konnte eine solche Bestimmung nur aufgenommen werden, weil sie ebenso wie die Bestimmung, der **"Marxismus, der Leninismus, die Mao-Tse-tung-Ideen sind die theoretische Grundlage, von der unsere Nation ihr Denken leiten läßt"** (Artikel 2), eine der **"Schlußfolgerungen ist, die unser Volk aus den historischen Erfahrungen von über hundert Jahren gezogen hat"** (Bericht über die Abänderung der Verfassung). Es ist das erste Mal, daß in der Verfassung eines sozialistischen Staates in dieser Weise die Führung durch die Kommunistische Partei festgelegt ist. Bürgerliche Verfassungstheoretiker behaupten, das würde hinauslaufen auf eine Einparteiendiktatur. Sie haben damit völlig Recht. Tatsächlich teilt die Partei der Arbeiterklasse ihre Macht nicht mit einer anderen Partei, wenn die Arbeiterklasse herrschende Klasse geworden ist. Sollte sie etwa die Macht mit einer bürgerlichen Partei teilen? Dann könnte man auf keinen Fall mehr von einer Diktatur des Proletariats sprechen. Oder sollte sie die Macht eventuell teilen mit anderen Arbeiterparteien?
Mao Tsetung hat darauf die Antwort gegeben: **"Innerhalb der Arbeiterklasse gibt es keine grundsätzlichen Interessenkonflikte. Unter der Diktatur des Proletariats gibt es umso weniger Grund für eine Spaltung der Arbeiterklasse in zwei große Organisationen, die einander unversöhnlich gegenüberstehen."**
Die Arbeiterklasse hat also keinerlei Interesse daran, in verschiedene Parteien zersplittert zu sein, sondern benötigt nur eine, innerhalb dieser einen Partei muß freilich der Kampf der zwei Linien und der zwei Wege ausgefochten werden.
Und in der Kulturrevolution hat die chinesische Arbeiterklasse gelernt, daß sie den Kampf nicht nur führen muß gegen bürgerliche Machthaber im proletarischen Staatsapparat, sondern daß sie ihn auch führen muß um ihre Partei. Im Bericht über die Änderung des Parteistatuts, der auf dem 10. Parteitag erstattet wurde, hat Wang Hung-Wen ausgeführt: **"Die große proletarische Kulturrevolution ist eine große politische Revolution gegen die Bourgeoisie und alle anderen Ausbeuterklassen unter den Bedingungen des Sozialismus und zugleich eine tiefgreifende Bewegung zur Konsolidierung der Partei."** Und weiter: **"Der Kampf zweier Klassen und zweier Wege in der Gesellschaft im Lande widerspiegelt sich unweigerlich in der Partei."**
Das ist die prinzipielle Erkenntnis.
Daß jedoch tatsächlich das ganze chinesische Volk in seiner Verfassung die Führung durch diese eine revolutionäre Partei der Arbeiterklasse anerkennt, das ist Ergebnis jahrzehntelanger Kämpfe und Erfahrungen mit dieser Partei, wodurch sich diese einheitliche Auffassung in der Arbeiterklasse und im Volk überhaupt herausbilden konnte.
Parteien sind Organisationen gesellschaftlicher Klassen im Kampf um die Macht im Staat. Nach bürgerlichem Verständnis ist der Staat den Parteien übergeordnet. Der Marxismus-Leninismus lebt davon, daß nach der Eroberung der politischen Macht und mit der Überwindung der Klassenspaltung auch der Staat als eine besondere Entwicklung, die der Gesellschaft gegenübersteht, abstirbt.
In der chinesischen Verfassung wird dahin der erste Schritt getan durch Unterordnung des Staates unter die politischen Organisationen der fortschrittlichen gesellschaftlichen Klasse.

Die Interessen der sozialistischen Revolution stehen über allen Staatsgesetzen

Mit der Voranstellung der Artikel 1 und 2 über die Diktatur des Proletariats und die Führung durch die Partei ist in der Verfassung als oberster Grundsatz verankert, daß die Revolution weitergeführt werden soll, gemäß den Zielen des Proletariats, wie sie festgelegt sind im Statut der Kommunistischen Partei Chinas, bis zur Erreichung des Kommunismus, und daß der Staat dem dienen soll. Dieser Grundsatz der Fortführung der proletarischen Revolution wird damit höher gestellt als jedes einzelne Staatsgesetz. Das entspricht einer wichtigen Erfahrung in der Kulturrevolution, wo die Vertreter der bürgerlichen Linie den revolutionären Massen häufig entgegengehalten hatten, sie gingen ungesetzliche Wege.
Ihren Hauptfeind hat die marxistisch-leninistische Theorie von der Fortführung des Klassenkampfes im Sozialismus und von der Weitertreibung der sozialistischen Revolution in den Revisionisten. Die Prawda, das Zentralorgan der KPdSU, hat sich in einem halboffiziellen Artikel zur neuen chinesischen Verfassung geäußert. Die Süddeutsche Zeitung zitiert daraus: *"Der Anspruch der Chinesen in ihrem Lande, unter dem Sozialismus den Klassenkampf fortzusetzen, wird von Moskau als Rechtfertigungstheorie für 'Terror und Unterdrückung von Andersdenkenden' qualifiziert."* (SZ, 6.2.75) So haben noch immer bürgerliche Kreise über die Revolution gesprochen.

Die Macht gehört dem Volk

Der Artikel 3 der Verfassung enthält den demokratischen Grundsatz der Volkssouveränität. Im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wird dieser Grundsatz in folgender Weise formuliert:
"Alle Staatsgewalt geht vom Volkes aus."
In der chinesischen Verfassung heißt es:
"Alle Macht in der Volksrepublik China gehört dem Volk."
Der Unterschied ist groß. Die Verfassung der Bundesrepublik verfolgt den Gesichtspunkt, wie dem Volk die von ihm ausgehende Staatsgewalt am besten abgenommen werden kann. Die Verfassung der Volksrepublik China verfolgt das Ziel, die Macht beim Volk zu belassen und es zur Ausübung der Macht unmittelbar heranzuziehen. Während das Grundgesetz der Bundesrepublik die vom Volk ausgehende Macht an drei verschiedene Gewalten delegiert, die allesamt vor der Einflußnahme des Volkes abgesichert werden: an die Abgeordneten, die nur ihrem Gewissen verantwortlich sind, an die Richter, die lebenslänglich eingesetzt und unabhängig sind vom Willen des Volkes und an die Regierung, die wiederum den Abgeordneten verantwortlich ist, sagt die Verfassung der Volksrepublik: **"Die Organe, durch die das Volk seine Macht ausübt, sind die Volkskongresse aller Ebenen".** Und sie legt weiter fest, daß sich die Volkskongresse aller Ebenen **"zu ihrem Hauptteil aus Abgeordneten der Arbeiter, Bauern und Soldaten zusammensetzen."** Weiter sieht die Verfassung keine parlamentarischen Wahlen der Abgeordneten vor, sondern Wahlen in Versammlungen, wo die Wähler beraten und die Kandidaten befragen und überprüfen können. Das ist zugleich die Voraussetzung dafür, daß die Verfassung gegenüber der Verfassung von 1954 neu einführen kann: **"Die Wahleinheiten und Wähler haben das Recht, jeden von ihnen gewählten Abgeordneten zu kontrollieren und ihn jederzeit gemäß den gesetzlichen Bestimmungen abzuberufen und durch einen neuen zu er-**

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung:

EINE VERFASSUNG DER DIKTATUR DES PROLETARIATS

setzen." Und die Gerichte sind keineswegs unabhängig, sondern: **"Die Volksgerichte aller Ebenen sind den Volkskongressen der entsprechenden Ebenen und deren ständigen Organen verantwortlich und rechenschaftspflichtig."**

Der Zweck des proletarischen Staates ist die Umwälzung der Eigentumsverhältnisse

Der bürgerliche Staat ist Instrument zum Schutz des bürgerlichen Eigentums. Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland legt fest: *"Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet."*

Die Verfassung der Volksrepublik China erklärt den Staat zum Instrument für den Schutz und die Förderung sozialistischen Eigentums: **"Im gegenwärtigen Stadium bestehen in der Volksrepublik China hauptsächlich zwei Formen des Eigentums an Produktionsmitteln: das sozialistische Volkseigentum und das sozialistische Kollektiveigentum der werktätigen Massen."** (Artikel 5) **"Das sozialistische öffentliche Eigentum ist unantastbar. Der Staat sichert die Konsolidierung und Entwicklung der sozialistischen Wirtschaft und verbietet jedem, mit irgendwelchen Mitteln die sozialistische Wirtschaft und die Gemeininteressen zu untergraben."** (Artikel 8) Damit geht die neue Verfassung erheblich über die Verfassung von 1954 hinaus, die zusätzlich noch *"Eigentum der individuell produzierenden Werktätigen"* und *"Eigentum der Kapitalisten"* kannte. Sie kann darüber hinausgehen, weil die sozialistische Revolution inzwischen darüber hinausgegangen ist:

"Die in der Verfassung von 1954 gestellte Aufgabe der sozialistischen Umgestaltung des Eigentums an den Produktionsmitteln ist im wesentlichen erfüllt worden", heißt es im "Bericht über die Änderung der Verfassung". Das bedeutet, daß jetzt im Artikel 9 verkündet werden kann: **"Der Staat verwirklicht das sozialistische Prinzip: 'Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen' und 'Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung'."** Die Verwandlung der ganzen Gesellschaft in arbeitendes Volk hat ihren Anfang genommen und das Schmarotzertum wird beseitigt.

Dennoch ist die Umwälzung der Eigentumsverhältnisse keineswegs abgeschlossen. In der Landwirtschaft, aber auch unter den Werktätigen der Stadt gibt es immer noch nicht vergesellschaftete Arbeit. Die Verfassung erkennt das an, indem sie den Bauern Parzellen zur privaten Nutzung überläßt und den städtischen Einzel-Werktätigen erlaubt, **"im Rahmen der Gesetze, ohne andere auszubeuten, individuell zu arbeiten"**. Mehr noch: Die sozialistische Eigentumsordnung ist auch in den Fabriken noch keineswegs voll verwirklicht: **"Im staatlichen Sektor der Wirtschaft zum Beispiel sind in manchen Betrieben die Eigentumsverhältnisse der Form nach sozialistisch, die reale Führung dort aber liegt nicht in den Händen der Marxisten und der breiten Massen der Arbeiter. Viele Stellen werden, wenn sie das Proletariat nicht erobert, von der Bourgeoisie erobert werden"**, stellt Dschang Tschun-tjiao in seinem Bericht fest. Der Klassenkampf geht also nach wie vor um die Umwälzung der bürgerlichen Eigentumsverhältnisse, und diesem Zweck soll der Staat dienen.

Ohne Demokratie für die Volksmassen gibt es keine Fortführung der Revolution

Er kann diesem Zweck nicht dienen, wenn die Arbeiterklasse nicht gleichzeitig mit allen von der bürgerlichen Klasse und vorbürgerlichen Klassen überlieferten Ideen radikal bricht. Artikel 12 stellt deshalb fest: **"Das Proletariat muß im Bereich des Überbaus einschließlich aller Sektoren der Kultur eine allseitige Diktatur über die Bourgeoisie ausüben."**

Das kann die Arbeiterklasse nur, wenn sie aktiv gegen jede Erscheinungsform der bürgerlichen Vergangenheit vorgehen kann. Darin besteht eine der wichtigen Erfahrungen der Kulturrevolution. Artikel 13 hält sie fest: **"Freie Äußerung von Ansichten, offene Aussprache, große Debatten und Dazibaos* sind eine neue Form, geschaffen von den Volksmassen für die Durchführung der sozialistischen Revolution. Der Staat garantiert den Volksmassen das Recht, diese Form anzuwenden zur Schaffung einer politischen Situation, in der sowohl Zentralismus als auch Demokratie, sowohl Disziplin als auch Freiheit, sowohl der einheitliche Wille als auch das persönliche Wohlbehagen und die lebendige Aktivität des Einzelnen vereint sind, was dazu beitragen soll, die Führung des Staates durch die Kommunistische Partei Chinas und die Diktatur des Proletariats zu festigen."**

All diese demokratischen Formen der Massenaktivität werden in der chinesischen Verfassung von Staats wegen garantiert und gefordert, damit die Arbeiterklasse und die Volksmassen ihre Revolution fortsetzen können unter Führung der Kommunistischen Partei. Die Kommunistische Partei, deren Zentralkomitee den Verfassungsentwurf vorgelegt hatte, verpflichtet sich dadurch gleichzeitig bei der Weiterführung der Revolution demokratische Methoden der Führung der Massen anzuwenden. Denn diese sind die einzigen, die geeignet sind.

Die Arbeiterklasse und die Kommunistische Partei müssen die Führung über die Armee haben

Diese demokratischen Methoden gelten nicht für die Angehörigen der Ausbeuterklassen und aktive Gegner des sozialistischen Systems: **"Der Staat entzieht, dem Gesetz entsprechend, den Grundherren, Großbauern, reaktionären Kapitalisten und anderen üblen Elementen für eine bestimmte Zeit die politischen Rechte und ermöglicht ihnen zugleich die weitere Existenz, damit sie durch Arbeit zu Bürgern umerzogen werden, die die Gesetze einhalten und von ihrer Hände Arbeit leben."** (Artikel 14)

Am deutlichsten wird die Festlegung, daß der Staat Instrument der Arbeiterklasse zur Ausübung ihrer Herrschaft ist, in dem neugefaßten Artikel 15. Dort heißt es:

"Die Chinesische Volksbefreiungsarmee und die Volksmiliz sind die von der Kommunistischen Partei Chinas geführten Streitkräfte der Arbeiter und Bauern, sind die bewaffneten Kräfte der Volksmassen aller Nationalitäten. Der Vorsitzende des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas befehligt die bewaffneten Kräfte des ganzen Landes."

Diese Verfassungsbestimmung ist ganz und gar neu und ohne Vorbild. Die Armee und die bewaffneten Formationen sind der eigentliche Kern des Staates. Das Kommando über sie wird aber nicht an ein staatliches Organ gegeben, sondern liegt beim Vorsitzenden der Kommunistischen Partei. Die Armee bzw. die bewaffneten Formationen werden gebildet aus dem ganzen Volk: **"Es ist die erhabene Pflicht eines jeden Bürgers, das Vaterland zu schützen und jeder Aggression Widerstand zu leisten. Es ist die Ehrenpflicht der Bürger, entsprechend dem Gesetz Militärdienst zu leisten."** (Artikel 26).

Aber diese aus dem ganzen Volk gebildeten Streitkräfte stehen unter dem Kommando der Partei der Arbeiterklasse. Das ist der zugespitzteste Ausdruck, den die Diktatur des Proletariats in der Verfassung annimmt.

Die Zentralisierung der Staatsgewalt in den Händen der Arbeiterklasse und



Die Förderungsarbeiter des Ölfelds Dagang kritisieren die parteifeindliche Linie der Lin-Biao-Clique, die die Große Proletarische Kulturrevolution zunichte machen wollte. Aus: CHINA IM BILD 10/74

ihrer Partei und die Nutzung des Staates als ein Instrument der Revolution gegen die Ausbeuterklassen ist indes nur die eine Seite, die in dieser Verfassung zum Ausdruck kommt.

Die Herrschaft der Mehrheit über die Minderheit läßt den Staatsapparat schrumpfen

Gleichzeitig trifft auf die Verfassung der Volksrepublik China die folgende Charakterisierung Lenins zu: **"Die mit der denkbar größten Vollständigkeit und Folgerichtigkeit durchgeführte Demokratie verwandelt sich aus der bürgerlichen Demokratie in die proletarische, aus dem Staat (= einer besonderen Gewalt zur Unterdrückung einer bestimmten Klasse) in etwas, was eigentlich kein Staat mehr ist. Es ist immer noch notwendig, die Bourgeoisie und ihren Widerstand niederzuhalten ... Aber das unterdrückende Organ ist hier schon die Mehrheit und nicht, wie bisher immer, wie es unter der Sklaverei, der Leibeigenschaft oder der Lohnsklaverei der Fall war, die Minderheit der Bevölkerung. Wenn aber die Mehrheit des Volkes selbst ihre Bedrücker unterdrückt, so ist eine 'besondere Repressionsgewalt' schon nicht mehr nötig! In diesem Sinn beginnt der Staat abzusterben."** (Lenin, Staat und Revolution, Bd.25, S.432)

In der Wählbarkeit und jederzeitigen Absetzbarkeit der Volksvertreter hatten wir schon eine der Bestimmungen, die auf die Überwindung der "besonderen Repressionsgewalt" abzielen, untersucht. In der Wählbarkeit der Volksgerichte durch die Volkskongresse eine zweite, wodurch die beamtete Richterschar abgeschafft wird. Den Mitarbeitern des Staates wird die Verpflichtung auferlegt, **"den Marxismus, den Leninismus, die Mao-Tse-tung-Ideen gewissenhaft (zu) studieren, sich konsequent von der proletarischen Politik leiten (zu) lassen, den Bürokratismus (zu) bekämpfen, sich eng mit den Massen (zu) verbinden und ganz dem Volk (zu) dienen."** Und dann die entscheidende Maßregel: **"Die Funktionäre aller Ebenen müssen an der kollektiven Produktionsarbeit teilnehmen."** (Artikel 11) Und bezüglich der Armee wird geregelt, daß die Volksmiliz unmittelbar neben der Volksbefreiungsarmee aufgeführt wird als Teil der Streitkräfte der Arbeiter und Bauern. Für die Volksbefreiungsarmee selber, die ja noch kaserniertes Heer ist, wird festgelegt: **"Die chinesische Volksbefreiungsarmee wird stets eine Kampftruppe sein, die gleichzeitig eine Arbeitstruppe und eine Produktionstruppe ist."**

Rechte der Bürger gegenüber dem Staat

Diese Bestimmungen ändern natürlich nichts daran, daß der Staat als eine "besondere Repressionsgewalt" erst **beginnt** unnötig zu werden und abzusterben. Es ist also weiterhin nötig, nicht nur die Pflichten der Bürger beim Aufbau und der Verteidigung des Sozialismus in die Verfassung aufzunehmen, sondern auch ihre Rechte gegenüber dem Staat.

"Die Bürger haben das Recht auf Arbeit und das Recht auf Bildung. Die Werktätigen haben das Recht auf Erholung und das Recht auf materielle Unterstützung im Alter und im Fall von Krankheit oder Arbeitsunfähigkeit."

Kein bürgerlicher Staat kann diese Rechte garantieren, ebensowenig wie er garantieren kann: **"Den Frauen stehen in allen Bereichen die gleichen Rechte wie den Männern zu."**

Aber die Verfassung gewährt nicht nur soziale Rechte. Sie bestätigt den Bürgern ebenfalls uneingeschränkte politische Rechte: **"Die Bürger haben das Recht, vor jedem Staatsorgan beliebiger Ebene gegen jeden Mitarbeiter der Staatsorgane, der das Recht gebrochen oder seine Pflicht verletzt hat, schriftlich oder mündlich Klage zu führen. Niemand darf ihnen dabei Schwierigkeiten bereiten, sie daran hindern oder dafür Vergeltung üben."** (Artikel 27)

Und im Artikel 28 heißt es: **"Die Bürger haben das Recht auf die Freiheit der Rede, der Korrespondenz, der Presse, der Versammlung, der Koalition, von Straßenumzügen, von Protestdemonstrationen und des Streiks, sie haben Religionsfreiheit sowie die Freiheit, sich zu keinem religiösen Glauben zu bekennen und den Atheismus zu propagieren."** Gegenüber der Verfassung von 1954 ist hinzugekommen, daß das Recht besteht auf Protestdemonstrationen und auf Streik.

Besonders diese Bestimmungen haben die Prawda, das Zentralorgan der revisionistischen KPdSU, zum Aufheulen gebracht: *"Um den Methoden der Kulturrevolution eine legale Grundlage zu geben, sehe die (chinesische) Verfassung das Recht zu Diskussionen und Streiks, zum Aufruhr und zum 'Feuer gegen die Stäbe' vor, mit dem die 'Rotgardisten' seinerzeit die Kommunistische Partei Chinas und die Organe der Volksdemokratie zerschlagen hätten. 'Das sind keine Rechte für Werktätige, sondern gegen sie'"*, so zitiert die 'Frankfurter Allgemeine Zeitung' die Prawda. (6.2.1975)

Mit solchen Geschichten mag die Prawda eine Weile durchkommen gegenüber den sowjetischen Werktätigen, die keine Möglichkeit haben, die neue Verfassung der Volksrepublik China zu studieren. Sie wird damit nicht durchkommen gegenüber den Arbeitern und Werktätigen in anderen Ländern der Welt. Die Verfassung der Volksrepublik China liegt schwarz auf weiß vor. Jedermann kann sie studieren und untersuchen. Und es ist von großem Nutzen, das zu tun.

Mit der bürgerlichen Staatsgläubigkeit brechen!

Die bürgerliche Klasse in Westdeutschland nimmt jede Gelegenheit wahr, um die Arbeiterklasse und die Volksmassen ideologisch auf ihre politische Ordnung zu verpflichten. Ihre Gedanken sind auch in Verfassungsfragen die herrschenden Gedanken. Nach bürgerlicher Auffassung ist die staatliche Ordnung ein Mittel, um die Beziehungen zwischen den einzelnen Bürgern und den verschiedenen sozialen Klassen zu regeln. Die Bourgeoisie erklärt ihren Staat zum Allgemeinen gegenüber den "Sonderinteressen" der Arbeiter. Um diesen falschen Schein aufrecht zu erhalten, ist sie zu den kompliziertesten verfassungsmäßigen Regelungen gezwungen. Die revolutionäre Auffassung der Arbeiterklasse, so wie sie in der chinesischen Verfassung Gestalt angenommen hat, besteht darin, daß der Staat immer nur das Instrument einer Klasse im Kampf gegen die andere ist.

Das ist ein einfacher Gedanke, der jedoch unter vielen bürgerlichen Ideologen verborgen ist. Weil sie auf dieser richtigen Erkenntnis der Arbeiterklasse aufbaut, kann die Verfassung der Volksrepublik China sehr einfach sein und sich mit 30 Artikeln begnügen. Die chinesische Verfassung ist eine revolutionäre Verfassung. Sie hat mit aller Staatsgläubigkeit gebrochen, wie sie für bürgerliche Strömungen in der Arbeiterbewegung immer kennzeichnend war. Der Kern dieser Staatsgläubigkeit besteht darin, im Staat den Garanten der jeweils bestehenden Ordnung zu nehmen und ihn nicht dem Willen der Arbeiterklasse zur Fortführung der Revolution als Mittel unterzuordnen. Damit bricht die Verfassung der Volksrepublik China.

Nicht der Staat ist in ihr das Grundlegende, sondern der Klassenkampf des Proletariats und die Aktivitäten der Massen in der sozialistischen Revolution. Es ist die erste Staatsverfassung überhaupt, die ganz und gar auf dem Grundsatz aufbaut, daß Rebellion gerechtfertigt ist und alles der Politik der Arbeiterklasse untergeordnet werden muß.

–W.M.–

* Dazibaos: Wandzeitungen

"Ich unterrichtete zwei Stunden an der Universität"

Die Arbeiterklasse muß um ihre Bündnispartner kämpfen

Im Rahmen der Soziologie-Veranstaltung "Sozialstruktur der BRD" an der Kieler Christian-Albrecht-Universität traten einige fortschrittliche Studenten mit folgender Bitte an mich heran. Sie berichteten, daß ein gewisser "Professor" Ziegler ihnen laufend mittels manipulierter Statistiken nachzuweisen versucht, daß sich die Lage der "arbeitenden Bevölkerung" ständig verbessert. Es wäre deshalb sehr gut für die Kommilitonen, wenn ein Kollege aus einem Kieler Großbetrieb einmal selbst eine Vorlesung über die Lage der Arbeiter abhalten würde.

Sie machten deshalb Herrn Ziegler einen dementsprechenden Vorschlag und selbiger willigte ein. Die Wahl der Kommilitonen, wen sie nun aus einem Kieler Betrieb einladen sollten, fiel dann auf mich. Ich selbst arbeite seit über 8 Jahren (einschließlich Lehr- und Wehrdienstzeit) in Großbetrieben und traute mir deshalb zu, die Behauptungen Herrn Ziegler zu widerlegen. Gesagt, getan – letzte Woche war es dann soweit, ich unterrichtete zwei Stunden an der Universität. Herr Ziegler (ich nenne ihn absichtlich nicht Professor, weil seine Behauptungen mit Wissenschaft nichts zu tun haben) stellte sich die Sache wohl so vor: Der Kollege berichtet über die miserable Lage im Betrieb und dann kann ich den Ablauf der Vorlesung durch mein "Wissen" in die richtigen Bahnen lenken, indem ich beweise, daß all das, was er erzählte, nur Randerscheinungen dieser Wirtschaftsweise sind.

Das dachte er sich – aber da hat er falsch gedacht. Natürlich habe ich über die Lage im Betrieb berichtet, aber ich bin weiter gegangen, nämlich soweit, daß ich nachwies, woran diese Situation liegt, und noch weiter, **wie sie zu beseitigen ist**. Dies tat ich, indem ich den Nachweis dafür lieferte, daß das System der Warenproduktion zum Zweck des Austausches zwischen den privaten Warenbesitzern die Schuld an der Lage der Arbeiter trägt. Weiterhin zeigte ich auf, daß zwischen den Warenbesitzern eine ständige Konkurrenz besteht, welche sie dazu zwingt, die Lohnarbeiter mehr und mehr auszubeuten und daß diese Konkurrenz letztendlich **unausweichlich** zu kriegerischen Auseinandersetzungen führt. Nur die Aufhebung der Warenproduktion, so bewies ich weiter, ermöglicht es den Menschen, Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg abzuschaffen.

Womit wollte anfänglich Herr Ziegler diese Thesen widerlegen? Er versuchte dies, indem er behauptete, daß die "Kostenumverteilung" die Möglichkeiten zur weiteren Erhöhung des Lebensstandards biete. Diese Behauptung stand keine 5 Minuten. Denn wenn die Kapitalisten einen größeren "Kostenanteil" tragen müßten, wären sie ihrer Konkurrenz nicht mehr gewachsen, was sie dazu zwänge, ihren Laden dicht zu machen oder zumindest noch mehr Kollegen auf die Straße zu werfen und noch mehr die Arbeitshetze zu verschärfen.

Aus diesem Argumentations-Dilemma kam er nicht mehr heraus, und siehe da: er ging auf die Notwendigkeit der Aufhebung der privaten Warenproduktion ein und konnte nur noch Zweifel über die Durchführbarkeit anmelden, "weil ja die Bedürfnisse der Menschen so verschieden sind". Ich glaube, daß in diesem Hin und Her die meisten der anwesenden Studenten gemerkt haben, wer hier wirklich wissenschaftlich vorgeht: nicht der "hochgebildete" Professor, sondern der einfache Facharbeiter aus dem Betrieb.

Natürlich ist es nicht gelungen, während der 2 Stunden Herrn Ziegler ins Wanken zu bringen, aber das war ja auch nicht der Zweck der Sache. Die Studenten haben jedenfalls gemerkt, von welchem Schlage er ist: er ist ein mit Tabus vollgestopfter Dogmatiker.

Abschließend habe ich noch zu einer Spendensammlung für einige Kollegen aus meinem Betrieb aufgerufen, welche seitens der Geschäftsleitung, des IG Metall Ortsvorstandes und der Betriebsratsführung wegen ihrer politischen Meinung diszipliniert werden. Dabei habe ich ausdrücklich Herrn Ziegler dazu aufgerufen, **mehr** zu spenden als die Studenten, weil er schließlich nicht vom BAFÖG (Bundesausbildungsförderungsgesetz) leben muß. Alle Anwesenden sahen ihn an, woraufhin er tatsächlich 10 DM spendete. Es kamen insgesamt 45 DM zusammen.

Ich meine, daß dieser Bericht zeigt, daß es nicht nur möglich ist, daß die Arbeiterklasse direkt an der Universität um Bündnispartner für ihre Sache kämpft, sondern daß dies unumgänglich **nötig** ist, will man den Polarisierungsprozess der Studenten so vorantreiben, daß sich die Mehrheit auf unsere Seite stellt.

Die Studentenorganisationen (und speziell die Zellen des KBW in ihnen) sollten dafür eintreten, daß derartige Sachen an den Universitäten Regel werden. Die Zelle der Kieler Studentenorganisation des KBW (Rote Zellen Kiel) im Soziologie-Bereich ist jedenfalls der Meinung, daß es ein voller Erfolg für sie war.

–H., Kiel–

Kiel. Bei den Wahlen zum Studentenparlament der Universität Kiel gewann die Rote Liste mit 12 Sitzen die Mehrheit der 21 Sitze des Studentenparlaments. Auf der Roten Liste kandidierten die Mitglieder der Roten Zellen Kiel, der Studentenorganisation des KBW. Noch kurz vor den Wahlen hatte das Rektorat den Studenten eine neue Satzung und die generelle Briefwahl vorgesetzt. Die Antwort der Studenten auf die verordnete Briefwahl war: Wahlunterlagen selbst abholen. In vier Tagen holten 3 700 Studenten ihre Wahlunterlagen selbst ab und erteilten damit der vom Rektorat aufgezwungenen Briefwahl eine Absage.

Im neuen Parlament haben die CDU-Studenten des RCDS keinen Sitz mehr, eine rechte Studentengruppe erhielt 5, die Jungsozialisten 4 Sitze. Außerdem stieg bei diesen Wahlen die Wahlbeteiligung auf 53,8 %, d.h. um 6 % gegenüber dem Vorjahr.



Braunschweig. Nachdem sich Professor Henne nicht bereit erklärt hatte, zu der Forderung der Studenten nach Einstellung von Tutoren Stellung zu beziehen, wurde die Vorlesung von den meisten Studenten verlassen, um über weitere Kampfmaßnahmen zu beraten. Ähnlich wie in Braunschweig ist die Lage an den meisten westdeutschen Universitäten. Unter dem Vorwand, es sei kein Geld da sowie aus politischen Gründen werden keine Tutoren eingestellt, während sich die Studiensituation zunehmend verschlechtert.

Das politische Mandat in Anspruch nehmen

Resolution zur Jugendarbeitslosigkeit\Universitätsvollversammlung

Auf einer Vollversammlung der Frankfurter Studenten, zu der ungefähr 700 Studenten erschienen waren, wurde von den Anwesenden folgende Resolution beschlossen:

"Die Universitätsvollversammlung verurteilt aufs schärfste die Nichteinstellung von 771 ausgebildeten Lehramtskandidaten durch die hessische Landesregierung.

Dies wird die gegenwärtige Verrottung des Volksbildungswesens weiter vorantreiben. Verschlechtert wird vor allem die jetzt bereits skandalöse Lage der Arbeiterjugend. Diese – gespalten in solche, die Arbeit finden, und solche, die auf der Straße liegen – soll in der Schule nochmals gespalten werden.

Die Vollversammlung unterstützt die Forderung nach einer einheitlichen Ausbildung aller bis zum 18. Lebensjahr. Sie unterstützt insbesondere die Forderungen:

- *Anerkennung der arbeitslosen Jugendlichen als Arbeitslose. Arbeitslosengeld für arbeitslose Jugendliche in der Höhe des Lehrlingslohns.*
- *Recht für jugendliche Arbeitslose und Hilfsarbeiter auf Teilnahme an einer Facharbeiterklasse ihrer Wahl in der Berufsschule. Recht auf Unterricht in einem solchen Umfange, daß sie die Facharbeiterprüfung ablegen können.*
- *Sofortige Einstellung aller Referendaranwärter in den Schuldienst. Gegen Lehrermangel und staatliches Sparprogramm.*

Die Vollversammlung ruft alle Studenten auf, gemeinsam mit Lehrlingen, Arbeitern, Schülern und Lehrern an der Kundgebung der GEW am 22. Februar teilzunehmen."

Die Studenten legten mit dieser Resolution gleichzeitig die Linie fest, auf der der Allgemeine Studentenausschuß, die Vertretung aller Studenten, arbeiten soll.

Ebenfalls beraten und beschlossen wurde auf der Vollversammlung über die Vereinheitlichung aller westdeutschen Studentenvertretungen in einem gemeinsamen Dachverband. Auch dazu faßte die Vollversammlung einen Beschluß. Darin heißt es:

"Die Frankfurter Studentenschaft wendet sich gegen jegliche Festsetzung der Organe der Verfaßten Studentenschaft auf die Grenzen der "freiheitlich-demokratischen Grundordnung und des Rechtsstaats". Sie sieht im Satzungsvorschlag von MSB/SHB und der Jungsozialisten den Versuch, die Wahrnehmung des politischen Mandats und die politische Betätigung einzuschränken auf die von SPD- und CDU-Regierungen, Kultus-, Justiz- und Polizeibehörden verordneten Grenzen.

Der neue Dachverband soll den Kampf um die Rechte und Forderungen der Studenten organisieren und für die Studentenschaft zu allen gesellschaftlichen Fragen und öffentlichen Angelegenheiten Stellung nehmen. Die Vollversammlung der Universität Frankfurt fordert das Studentenparlament auf, Delegierte für den Gründungskongreß zu wählen, die diese Auffassung auf dem Kongreß vertreten."

Mit diesem Beschluß wandte sich die Vollversammlung auch gegen die Absichten der DKP-Studenten und der Jungsozialisten, die den neuen Studentenverband auf die Rechte und Aufgaben einschränken wollen, die der Regierung angenehn sind. Die Frankfurter Studenten beauftragten ihre Delegierten für den Gründungskongreß, jedem Rückzug vor den Erpressungen und Drohungen der Regierung entgegenzutreten.

Dies ist wichtig, denn in der Satzungskommission, die die Verbandsgründung vorbereitet, vertreten die DKP-Studenten und die Jungsozialisten diese falschen Vorstellungen. Auf Antrag stimmte die Vollversammlung daher auch über die Vorschläge der Jungsozialisten und der DKP ab. Der Vorschlag der Jungsozialisten bekam keine einzige Stimme, auch die Juso-Mitglieder wollten nichts mehr davon wissen. Auch der DKP-Vorschlag, den neuen Verband auf die Verfassung zu verpflichten, bekam noch nicht einmal die Stimmen aller DKP-Studenten und wurde abgelehnt.

T., Frankfurt

Studentenparlamentswahlen

Bremen. Aus den Wahlen zum Studentenparlament der Universität Bremen ging, wie schon im Vorjahr, der Kommunistische Studentenbund KSB/Rote Liste als stärkste Gruppierung hervor. Mit 612 Stimmen (= 38,3 % und damit 9 Sitze) konnte sie sich gegenüber dem Vorjahr um 1,3 % verbessern. Bei der Urabstimmung über die Bildung eines einheitlichen Studentenverbandes stimmten bei gleicher Wahlbeteiligung 98 % aller Studenten mit "ja" für einen einheitlichen Studentenverband. An der Hochschule für Sozialökonomie und Sozialarbeit hatte bereits in der letzten Woche der KSB einen großen Erfolg errungen, indem er sich von 15 % im Vorjahr auf 39,3 % steigerte. An der Hochschule für Technik in Bremen erhielt der KSB 171 Stimmen gegenüber 117 bei den Wahlen zu Beginn des Semesters und konnte so die Zahl seiner Sitze von 2 auf 4 verdoppeln.

Braunschweig. Im letzten Jahr haben mehrere Geographiestudenten mit Ptofessor Beuermann Kommunistische Studentenbund mit 460 gegenüber 399 Stimmen im Vorjahr die stärkste Gruppierung. Der KSB erhielt 9 Mandate im Studentischen Rat gegenüber 8 Sitzen im letzten Semester. Der MSB Spartakus verlor dort, wo er sich eindeutig als DKP-Studenten bzw. als Liste gewerkschaftliche Orientierung zur Wahl stellte, 63 Stimmen. Er erhielt wie im letzten Semester 3 Mandate. Die SHG-Juso erhielt auf ihrer Liste 202 Stimmen, das sind 25 Stimmen mehr als im Vorjahr. Sie bekam 3 Mandate. Die drei rechten Gruppen RCDS, Alu und Luchs erhielten zusammen 7 Mandate gegenüber 5 im letzten Semester. Mit zusammen 304 Stimmen erhielten sie jedoch 18 Stimmen weniger als im letzten Semester. Unorganisierte Studenten erhielten insgesamt 1 032 Stimmen und 15 Mandate.

Der Kommunistische Studentenbund ist nach den inzwischen stattgefundenen Wahlen zum Allgemeinen Studentenausschuß (AStA) nun auch in diesem vertreten.

Göttingen. Trotz Verlustes von 500 Stimmen bekam die Hochschulgruppe der Jungsozialisten mit 2 400 Stimmen bei den Studentenratswahlen an der Göttinger Universität die meisten Stimmen. Der CDU-Studentenverband RCDS bekam 1 700 Stimmen und verlor damit 700. Der Kommunistische Studentenbund (KSB) erhielt 950 Stimmen, 150 mehr als beim letzten Mal. Die FDP-Studenten kamen auf 600 Stimmen. Diese Wahlen waren eine klare Absage der Studenten an die Politik der bürgerlichen Klasse an der Hochschule, die durch die CDU-Studenten repräsentiert wird: Diese hatten vor den Wahlen erklärt, sie wollten die "Grundwerte dieser Gesellschaft verteidigen".

Trier. Bei den Wahlen zur "Versammlung", dem zentralen Gremium an der Universität Trier, beteiligten sich 1 168 Studenten. 597 davon stimmten für die "Unabhängige Mitte", eine der CDU nahestehende Studentengruppe. Der Kommunistische Studentenbund, Studentenorganisation der Sympathisantengruppe des KBW in Trier, erhielt mit 382 der abgegebenen Stimmen 32,7 %, das bedeutet 6 Sitze. Der Kommunistische Studentenverband (KSV(der Gruppe Rote Fahne bekam 89 Stimmen. Ungültig waren 94 abgegebene Stimmen.

Bei den gleichzeitig stattfindenden Wahlen zu den Fachbereichsgremien kandidierte der KSB an drei von vier Fachbereichen und erhielt 219 Stimmen, knapp 50 mehr als bei den vorigen Wahlen.

"Wir halten ihren Protest ... für gerecht"

Breite Unterstützung für den Kampf um die Wiedereinstellung von Wulf Niepold in den Westberliner Schuldienst

Westberlin. Während die Eltern, Schüler und Lehrer der Martin-Buber-Oberschule in Westberlin den Kampf für die Wiedereinstellung des entlassenen Lehrers Wulf Niepold weiterführen, – unter anderem bereiten sie eine öffentliche Diskussionsveranstaltung vor – erhält ihr Koordinationsausschuß laufend Solidaritätsbekundungen aus der ganzen Stadt. **Die GEW-Schulgruppe an der 4. Schule für Lernbehinderte** (Neukölln, Zwickauer Damm) fordert die sofortige Rücknahme der Kündigung. Die **Vollversammlung der Studenten an der Pädagogischen Hochschule** verabschiedete eine Solidaritätsresolution, ebenso einige Seminare an der Pädagogischen Hochschule. Auch an anderen Hochschulen diskutierten eine Reihe von Seminaren über den Kampf an der Martin-Buber-Gesamtschule und verabschiedeten Solidaritätsresolutionen, so in dem **Seminar Familienfürsorge an der Fachhochschule für Sozialarbeit**, wo Dozenten und Studenten einstimmig eine Presseerklärung gegen Niepolds Suspendierung verabschiedeten.

Eltern und Lehrer der Kreuzberger Damaschke-Schule, die dort im letzten Herbst gegen die Strafversetzung von Barbara Saarbach (inzwischen ebenfalls Wahlkandidatin des Kommunistischen Bundes Westdeutschland)gekämpft hatten, schrieben einen Brief nach Spandau, den wir hier abdrucken:

Brief der Eltern und Lehrer der Damaschke-Schule an die Eltern der Martin-Buber-Schule

Berlin 36, den 27.1.75

An die
Eltern der Martin-Buber-Schule
Kerngruppe 7.3.

Liebe Eltern!

Die Eltern-Lehrer-Gruppe der 6. OH, die mit Eltern anderer Kreuzberger Hauptschulen und Grundschulen zusammenarbeitet, protestiert ebenfalls gegen die Suspendierung des Lehrers Wulf Niepold.

Wir halten es wie die Eltern der Martin-Buber-Schule für richtig, daß die Lehrer uns offen ihren politischen Standpunkt mitteilen und so die Befürchtung einseitiger politischer Beeinflussung hinfällig wird.

Es ist keine strafbare Handlung, für eine zur Wahl zugelassenen Partei zu kandidieren. Im übrigen sind wir auch der Meinung, daß wir uns selbständig ein politisches Urteil bilden können. Wir halten ihren Protest gegen die Maßnahmen des Bezirksamtes Spandau für gerecht.

Die Eltern der 6. OH in unserem Ausschuß haben gegen die aus politischen Gründen vorgenommene Versetzung der Lehrerin Barbara Saarbach gekämpft. In diesem Bericht sind noch einmal die Mißstände an den Schulen deutlich geworden.

Unser Eltern-Lehrer-Ausschuß setzt sich inzwischen aus Eltern, Lehrern und Schülern mehrerer Haupt- und Grundschulen zusammen (auch ein Elternteil der Grundschule Heerstraße/Nord ist dabei). Wir planen eine Kampagne gegen die immer deutlicher auftretenden Mißstände an den Schulen (besonders Haupt- und Grundschulen). Dazu wollen wir eine Podiumsdiskussion mit allen an der Wahl beteiligten Parteien machen und sie zur Rechenschaft ziehen, bzw. sie zur Stellungnahme aufzufordern. Außerdem planen wir eine Demonstration, um unsere Forderungen einer breiten Öffentlichkeit zu vergegenwärtigen. Auch ihre Forderungen gehören dazu. Deshalb: Beteiligen Sie sich doch an unserer Kampagne und kommen Sie zu unserem nächsten Termin...

Mit solidarischen Grüßen
Kreuzberger Eltern-Lehrer-Ausschuß

Nur die Abschaffung des Paragrafen 218 kann die Schikanen beenden

Erfahrungsberichte von zwei Abtreibungen: einer von Gutachtern gebilligten legalen Abtreibung und einer Abtreibung in Holland und ihren Folgen

Am 25.2. will das Bundesverfassungsgericht sein Urteil über die Verfassungsmäßigkeit der Fristenlösung verkünden. Wie man inzwischen weiß, wird das darauf hinauslaufen, daß die Fristenlösung für verfassungswidrig erklärt wird. Damit werden diese Richter auch weiterhin all die Schikanen festschreiben, denen heute jede Frau ausgesetzt ist, die eine Abtreibung vornehmen will. Die erste der folgenden Korrespondenzen schildert, wie diese Schikanen aussehen, wenn man eine legale Abtreibung vornimmt.

Die zweite Korrespondenz zeigt die Erfahrungen bei einer Abtreibung im Ausland und die Folgen, die daraus entstehen können. Aus beiden Korrespondenzen wird auch deutlich, daß es mit der Fristenlösung nicht getan ist und daß der Kampf für die völlige Streichung des § 218 geführt werden muß.

Am 2.9.1974 erfuhr ich, daß ich schwanger war. 14 Tage vorher war ich schon bei meinem Frauenarzt, bzw. dessen Urlaubsvertretung, der mir sagte, ich sei auf keinen Fall schwanger.

Da eine Schwangerschaft unmöglich war: Wir haben 2 Kinder im Alter von 4 und 2 3/4 Jahren, keine ganz intakte Ehe, finanzielle und psychische Schwierigkeiten, einen Monatslohn von bisher 1 069 DM netto, da gab es nur eine Möglichkeit, Abtreibung....

Am 3.9. morgens ging ich zu einer mir bekannten Ärztin, die mir den Antrag stellte aufgrund meiner seelischen Depressionen mit Neigung zum Selbstmord. Ich habe auch Schäden an der Wirbelsäule, die von einem Sturz herrühren und ständig Schmerzen deshalb, aber nur aufgrund psychischer Depressionen mit Selbstmordabsichten ist eine legale Abtreibung überhaupt möglich. Am Nachmittag war ich auf dem Gesundheitsamt Waiblingen. Dort bekam ich zwei Schreiben für die Gutachter, die vom Gesundheitsamt bestimmt werden können. Für die Schreiben bezahlte ich 10 DM.

Zu diesem Zeitpunkt war ich bereits restlos fertig, da ich einerseits gerne ein drittes Kind wollte, andererseits aber wußte, daß es unmöglich war und ich deshalb den Eingriff so schnell wie möglich hinter mich bringen wollte.

Wir haben kein Geld um nach Holland, England, Schweiz oder dergleichen zu fahren, außerdem dachte ich, wenn es legal ist, umso besser.

Nach dem Besuch bei der ersten Gutachterin, einer Nervenfachärztin in Schorndorf, Frau Dr. Moser, war ich anderer Meinung. Unter anderem fragte mich diese Ärztin, ob ich denn wirklich Selbstmordabsichten hätte und nahm mir die Antwort vorweg, indem sie sagte: "So sehen Sie nicht aus." Ich wurde die ganze Zeit fixiert, wann den endlich mein Zusammenbruch erfolgen würde. ... Schließlich hatte sie 10-15 Minuten Zeit, über mein Leben, das meiner Kinder und meines Mannes zu entscheiden. Nach diesem Besuch war ich tatsächlich soweit, daß ich Selbstmordgedanken hatte. Zu meiner Überraschung war die zweite Gutachterin unheimlich nett.

Am 5.9. bekam ich telefonisch Bescheid, daß mein Antrag von beiden Gutachterinnen befürwortet war. Ich war selig. Auf telefonische Anfrage im Waiblinger Kreiskrankenhaus, wann ich frühestens aufgenommen werden könne wurde mir gesagt, ich könne erst mit einem schriftlichen Bescheid vom Gesundheitsamt wiederkommen.

Am 6.9. konnte ich die schriftliche Genehmigung auf dem Gesundheitsamt abholen. Damit ging ich wieder ins Waiblinger Kreiskrankenhaus zu Dr. Hartmann, der mir mitteilte, daß er nur im äußersten Falle der Gefahr für Mutter oder Kind einen solchen Eingriff vornimmt. (Für die beiden Untersuchungen bekam ich eine Rechnung von 105 DM.) Ich solle in die Klinik meiner Wahl!

Nach 4 Tagen saß ich nun mit einer Genehmigung da, die mir ohne Krankenhaus nichts nützte. Nun hängte ich mich wieder ans Telefon. Das nächste Krankenhaus war Schorndorf. Am Telefon wurde mir gesagt, prinzipiell würde die Unterbrechung vorgenommen. Ich bekam einen Termin am selben Nachmittag. Nach 2 1/2-stündiger Wartezeit mit meinen Kindern kam ich zu dem Arzt, sicher, daß der Eingriff gemacht werden würde. Der Arzt schiß mich regelrecht zusammen. Nach 5 Minuten war ich wieder draußen.

Nacheinander rief ich ca. 5 verschiedene Krankenhäuser an (sämtlich in Schwäbisch Gmünd). Als ich nur Absagen bekam, rief ich ganz verzweifelt meine Antragstellerin an, die mir eine Privatklinik in Esslingen nannte. Weshalb das ganze Theater mit Gutachten und Gesundheitsamt, wenn es doch niemand macht.

Am Dienstag, den 10.9. kam ich abends ins Krankenhaus. Am Mittwoch wurde ich operiert und am Montag darauf kam ich nach Hause. Die Kosten übernimmt die Krankenkasse. Die Gutachten muß man selber bezahlten.

–Constanze Böhringer, Stetten–

Abtreibung in Holland

Nach dem Eingriff, der übrigens ohne Narkose, aber mit einer starken Beruhigungsspritze vorgenommen wird und der im Schmerz einer starken Wehe gleichkommt (nach Angaben von Müttern die dort waren), konnte ich eine halbe Stunde liegen. Dabei ließen die Schmerzen nach, kamen aber im Gegensatz zu den anderen Frauen schon bald wieder und wurden während der Fahrt schlimm und schlimmer. Ich lag auf dem Rücksitz und wimmerte und heulte immer. Schließlich habe ich eine hohe Dosis des Beruhigungsmittels, das ich von meinem Hausarzt bekommen hatte, genommen und schlief, bis es wieder losging. Dann nahm ich eine neue Dosis usw. Sechs Stunden ging das so.

Am nächsten Tag ging's mir besser, Wir zogen eine vorläufige Bilanz:

Durch die Existenz, die der § 218 in Westdeutschland hat, ist man gezwungen, seine Schwangerschaft im Ausland unterbrechen zu lassen. In Holland kostet das 350 DM. Dafür kriegt man vorgelegt bzw. wird gemacht: Seitenlange Fragebögen über alle möglichen Krankheiten, ob man verheiratet ist, warum man den Eingriff will usw., ein Paket Anti-Baby-Pillen, ein Valium bei Bedarf, den Eingriff samt Beruhigungsspritze, viele freundliche Worte, (ich würde sagen nach dem Motto: Der Kunde ist König) eine Tasse Kaffee, ein Stück Keks und 20 Tabletten Anitbiotika für zu Hause. Dabei dauert der Eingriff selbst 2 Minuten.

Allerdings, solche Schmerzen hinterher sind nicht üblich.

Am nächsten Tag fing ich wieder an zu bluten und bekam erneut Schmerzen. Ich fuhr zum Arzt. Dachte mir nicht viel dabei, weil mir in Amsterdam gesagt worden war, daß das Eintreten könnte.

Beim Arzt kippte ich um. Dann erklärte er mir, was man mir in Amsterdam nicht gesagt hatte: daß jetzt nämlich die Gefahr bestünde, daß durch die starke Blutung die Bauchhöhle verkleistern und dies wiederum eine böse Infektion hervorrufen könnte, weil in der Bauchhöhle dann das Blut gerinnt und so ein idealer Herd für Bakterien vorhanden ist. Von da an fütterte er mich 4 Wochen lang mit Anitbiotika, Hormonpräparaten und anderem Zeugs. Wahrscheinlich hat mir seine wirklich fürsorgliche Behandlung das Leben gerettet. Längst nicht jeder Arzt, so habe ich nämlich in Holland erfahren, übernimmt überhaupt die Nachbehandlung, die bei so einem Eingriff erforderlich ist.

Nach 4 Wochen setzten wieder stärkere Schmerzen ein, was nach der Therapie nich hätte passieren dürfen.

Ich fuhr zum Arzt. Das war Donnerstag abend vor Weihnachten. Er überwies mich sofort ins Krankenhaus. Der Arzt dort ließ mich nicht einmal zum telefonieren mehr aufstehen, sondern rief selbst meinem Freund an und sagte ihm wo ich sei.

Am nächsten Tag wurde ich narkotisiert und ausgeschabt. Gott sei Dank merkte ich nichts davon.

Über Weihnachten mußte ich dableiben. Nach Weihnachten wurde eine Blutsenkung gemacht, von der abhing, ob ich nach Hause durfte oder nicht. Sie fiel fast genauso schlecht aus wie die erste. Bei der nächsten Visite fragte ich den Arzt, warum ich noch solange liegen müßte? Er erklärte mir, daß in der Gebärmutter ein Rest geblieben sei, der schon in der ganzen Blutbahn eine Infektion ausgelöst habe. Davon kann man verrückt werden oder sterben, wie letzteres bei der Freundin meiner Mutter der Fall war.

Daß das bei mir nicht eingetreten war, habe ich meinem Arzt zu verdanken.

Wie lange ich jetzt noch hier liegen muß, weiß ich nicht. Das hängt von meiner Blutsenkung ab.

Eins weiß ich aber ganz genau, wenn es den § 218 nicht gäbe, wäre es mir wohl besser ergangen. Die Methode in Holland ist zwar eine der sichersten, kostet aber Geld. Soviel ich weiß, geht bei 500 Eingriffen einer schief. Das kann natürlich auch hier passieren, aber wenn der § 218 weg ist, sind die Kliniken auf so etwas vorbereitet und ich hätte dann nicht 4 Wochen zwischen Tür und Angel bzw. Tod und Leben gehangen.

–L.J., Hamburg–

Berichtigung

Beim Abdruck des Beschlusses der 1. ordentlichen Delegiertenkonferenz zum Kampf gegen den § 218 und zur Bewegung unter den Frauen ist durch einen Satzfehler im 2. Absatz, und zwar durch Auslassung eines Textstückes, ein völlig unverständlicher Satz entstanden. Der Absatz beginnt richtig mit den Sätzen: "Der § 218 ist ein Unterdrückungsinstrument des bürgerlichen Staates gegen die breiten Volksmassen und unter der Unterdrückung des bürgerlichen Staates mit Hilfe des § 218 leiden alle, unabhängig vom Geschlecht. Es ist falsch, die Unterdrückung durch den bürgerlichen Staat mit Hilfe des § 218 als eine Frage der Gleichberechtigung der Frau bzw. der besonderen Entrechtung der Frau zu behandeln, auch wenn die Abtreibung, wie auch das Verbot der Abtreibung die Frau in besonderer Weise betrifft."

Wie die allgemeine Schulpflicht aussieht
Die Kapitalisten wollen die Berufsausbildung noch kürzer und schlechter machen
Gern rühmt sich die bürgerliche Klasse, daß sie mit dem Volksbildungswe- keit zeigt sich, daß die Misere der Ausbildung der Jugendlichen, und da- dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft nicht gelöst werden kann.

stückes, ein völlig unverständlicher Satz entstanden. Der Absatz beginnt richtig mit den Sätzen: "Der § 218 ist ein Unterdrückungsinstrument des bürgerlichen Staates gegen die breiten Volksmassen und unter der Un- Frau bzw. der besonderen Entrechtung der Frau zu behandeln, auch wenn die Abtreibung, wie auch das Verbot der Abtreibung die Frau in besonderer Weise betrifft."

Wie die allgemeine Schulpflicht aussieht

Die Kapitalisten wollen die Berufsausbildung noch kürzer und schlechter machen

Gern rühmt sich die bürgerliche Klasse, daß sie mit dem Volksbildungswesen Bildung für alle Klassen dieser Gesellschaft, daß sie mit der allgemeinen Schulpflicht die Ausbildung für jedermann gewährt habe. Wie diese Ausbildung und die Zustände in diesem Bereich aussehen, kam in der letzten Zeit deutlich an die Öffentlichkeit. Weniger schon, was es mit dieser allgemeinen Schulpflicht auf sich hat.

Was für die Arbeiterklasse und die Volksmassen die allgemeine Schulpflicht bedeutet, zeigt sich an folgenden Zahlen: Knapp jeder dritte Absolvent der Hauptschule hat keinen Abschluß, also neben einer schlechten Schulausbildung auch nur mehr geringe Möglichkeiten, eine Lehrstelle zu erhalten. Was das heißt, zeigt sich im Moment, wo die Hälfte der arbeitslosen Jugendlichen solche sind, die keinen Hauptschulabschluß haben und die daher auch auf der Berufsschule bestenfalls noch in Arbeitslosenklassen betreut werden. Von Ausbildung ist hier nicht mehr die Rede. Im Kampf um das Schulwesen hat die Arbeiterklasse stets die Grundsätze, nach denen sie das Schulsystem gestalten wird, wenn sie die politische Macht hat, als ihre Forderungen dem bürgerlichen Staat entgegenzuhalten. Neben einer einheitlichen und gleichen Ausbildung für jedermann, die kostenlos und obligatorisch ist, gehört dazu, daß jeder das Recht auf eine solche Ausbildung bis zu seinem 18. Lebensjahr haben muß.

Formal gibt es auch in Westdeutschland mit der Berufsschulpflicht für die Arbeiterjugend ein Recht auf Ausbildung bis zum 18. Lebensjahr. Doch da in der Regel der Berufsschulunterricht nur an einem Tag der Woche stattfindet und da weiterhin 39 % der Berufsschullehrerstellen unbesetzt sind, sieht man, daß es mit diesem Recht nicht weit her ist.

Aber selbst dieses schon so zerfledderte Recht auf Ausbildung will die Bourgeoisie offensichtlich noch weiter einschränken. Die folgenden Korrespondenzen zeigen, welche Überlegungen sie anstellt, um auch das vorhandene klägliche Recht auf Ausbildung noch mehr einzuschränken. Bei der gegenwärtigen Jugendarbeitslosigkeit zeigt sich, daß die Misere der Ausbildung der Jugendlichen, und damit des Volksbildungswesens, auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft nicht gelöst werden kann.

–e.r.–

Ein "Lösungsmodell" wurde vorgeführt

Am 24. Januar brachte die "Hessenschau", die hessischen Regionalnachrichten, einen Bericht über die Jugendarbeitslosigkeit. Interviews mit jugendlichen Arbeitslosen zeigten eindrucksvoll ihre schlechte Lage.

Dann aber kam es dick: Es wurde ein "Lösungsmodell" vorgeführt. Das Fernsehen zeigte eine Metallfirma in Offenbach, deren Lehrwerkstatt seit einiger Zeit leer steht, weil die Kapitalisten die Ausbildung von Lehrlingen in der Krise zu unproduktiv finden. In dieser ehemaligen Lehrwerkstatt hält jetzt das Arbeitsamt einen halbjährigen Kurs für arbeitslose Jugendliche ab, "damit sie von der Straße kommen".

Doch wer gedacht hatte, die Firma würde die ungenutzten Räume kostenlos zur Verfügung stellen, wenn sie schon keine Lehrlinge mehr ausbildet, sollte sich getäuscht haben. Stolz verkündete der Sprecher, daß das Arbeitsamt nicht nur eine bescheidene Unterhaltszahlung für die Jugendlichen und die Gehälter der Ausbilder zahlt, nein: Es zahlt auch Miete für Werkstatt und Maschinen! Die Kapitalisten können sich die Hände reiben: Sie sparen die Ausbildungskosten und bekommen noch Geld vom Arbeitsamt in die Tasche geschoben.

Doch es geht noch weiter: Sind die Jugendlichen nach einem halben Jahr mit dem Kurs fertig, so bekommen sie vom Arbeitsamt eine Bescheinigung, die sie von der Berufsschulpflicht befreit. Offizielle Begründung: Durch den Wegfall des unproduktiven Berufsschultags würden diese Jugendlichen eher eingestellt.

Zum zweiten Mal können sich die Kapitalisten die Hände reiben: Ihnen werden mäßig qualifizierte und billige Arbeitskräfte angeboten, die auch am Berufsschultag arbeiten und sich ausbeuten lassen.

Derzeit gibt es Dutzende solcher "Lösungsmodelle". Eines haben alle davon gemeinsam: Bezahlt werden sie aus Steuergeldern und aus den Arbeitergroschen der Arbeitslosenversicherung, nützen tun sie den arbeitslosen Jugendlichen höchstens zeitweise – ihre Ausbildung wird dadurch noch schlechter und kürzer –, den Kapitalisten aber ständig. H.B., Frankfurt

Vollzeitjahr

Am 30. Januar meldete die Münchner Abendzeitung mit großer Schlagzeile: "Schulschwänzer aus Angst um den Arbeitsplatz". Und weiter: "Jeder zweite Münchner Jungarbeiter geht nicht zur Berufsschule". Ein Jungarbeiter berichtet dann von seinem vergeblichen Bemühen, erst eine Lehrstelle und dann überhaupt eine Arbeit zu finden.

"Etwa 15mal habe ich mich beworben. Aber einen Berufsschüler wollte niemand haben. Viele meiner Freunde sind auf einen Verdienst angewiesen. Sie besorgen sich unter falscher Altersangabe einen Job. In die Schule können sie dann natürlich nicht."

Die Allgemeine Schulpflicht sieht für die Arbeiterjugend so aus, daß sie zum Teil überhaupt nicht zur Berufsschule gehen kann, oder daß der Unterricht ausfällt. Im Unterricht wird ihnen ein Lehrplan vorgesetzt, der voll dem Einfluß der Kapitalisten – über deren Kammern – unterworfen ist. In München gehen die Jungarbeiter etwa 1mal pro Woche zur Berufsschule. Für die Kapitalisten ist das natürlich schon zu viel, einen Arbeiter zu beschäftigen, der 1mal in der Woche fehlt. Aber da weiß man Rat. Vom Berufsschulbeirat liegt ein Antrag beim Bayrischen Kultusministerium vor. Danach soll ein Vollzeitjahr, statt der bisherigen Regelung eingeführt werden. "Wer nach diesem Jahr einen Beruf ergreifen will, könnte von der Schulpflicht entbunden werden. Ein Konflikt zwischen Berufsschülern und Arbeitgebern wäre durch diese Lösung vermieden." Den Kapitalisten ist also selbst ein Tag pro Woche, wo sie die Arbeiter nicht ausbeuten können, noch zu viel. H.F., München

ZEUGNIS

für

(Vor- und Zuname des Schülers)

geboren am

Schuljahr 1974/75 Klasse 9 1 Halbjahr

Leistungen

Pflichtunterricht

Religion	2	Physik	nicht erteilt
Deutsch	3	Chemie	nicht erteilt
Geschichte	3	Biologie	nicht erteilt
Erdkunde	4	Musik	nicht erteilt
Sozialkunde	nicht erteilt	Kunst	2
Englisch (Fachleistgs.-Kurs –)	2	Werken	nicht erteilt
		Textilarbeit	–
Mathematik (Fachleistgs.-Kurs –)	3	Hauswirtschaft	–
		Sport	4

Anmerkung: Im Fachleistungskurs A werden erhöhte Anforderungen gestellt.

So ein Zeugnis brachten viele Uslarer Schüler nach Hause. Von 14 Fächern wurden 6 nicht erteilt. Wenn man die zusätzlich ausfallenden Stunden (durch Krankheit usw.) noch dazu nimmt, erreicht die Zahl der Freistunden bald die der Unterrichtsstunden.

Jugendzeitung beschlagnahmt

Mühlheim/Ruhr. Beschlagnahmt hat die Mühlheimer Polizei zahlreiche Exemplare der Zeitung des Jugendzentrums, "Nashorn", in der die Jugendlichen unter anderem ihre Forderung nach einem festen Etat für das Zentrum dargelegt haben. Unter Androhung einer Geldstrafe von 500 DM verbot sie den weiteren Verkauf in der Stadt.

Schon am Tag davor, am 29.1., war einem Mitglied des Zentrums das Aufhängen eines Plakates unter Androhung einer Geldstrafe von 150 DM verboten worden. Das Plakat rief zu einer Vollversammlung im Jugendzentrum auf.

Die Stadt will offenbar verhindern, daß die Jugendlichen sich so an die Öffentlichkeit wenden und der von der Stadt gegen das Jugendzentrum betriebenen Hetze entgegentreten können.

Auf der Vollversammlung des selbstverwalteten Jugendzentrums wurde dieser Angriff diskutiert und es wurde beschlossen, am Samstag darauf mit möglichst vielen Jugendlichen einen Stand in der Stadt zu machen und dort die Zeitung weiter zu verkaufen. Jetzt griff die Polizei nicht mehr ein. Der Verkauf war gut.

–Th–

„Wer hat Sie eingesetzt?"

Kampf um Diskussionsfreiheit im politischen Unterricht

Langenhagen/Hannover. Im politischen Unterricht der Nachschubkompanie 720 kam es bei der Behandlung der Verfassung der Bundesrepublik zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen den Offizieren der Kompanie und einer Reihe von Soldaten. Die Kompanieführung versuchte, um ihre Auffassung von dem Grundgesetz durchzusetzen, den Soldaten auf dem Wege von Befehl und Gehorsam das Wort zu verbieten. Die Kompanieführung hatte die Kompanie in Gruppen von 20 Mann extra für dieses Thema aufgeteilt. Sie wollte mit diesen überschaubaren Gruppen die Kritik der Soldaten beschränken, weil in einer kleinen Gruppe der Druck auf den einzelnen Soldaten größer ist, als wenn die ganze Kompanie versammelt ist. Dieses Konzept ist aber den Bach runtergegangen. Im folgenden der Bericht von beteiligten Soldaten.



In den ersten Stunden, wo es um die "rein formale" Erklärung der parlamentarischen Demokratie (Wahl, Bundestag usw.) ging, wurde von uns dargestellt, daß ein bürgerliches Parlament die Interessen des Volkes nicht vertritt, sondern zertritt. So scheiterte kläglich jeder Anlauf, den Soldaten eine verteidigungswürdige Gesellschaft schmackhaft zu machen. Das Konzept der Kompanieführung ging nicht auf, und unter den Mannschaften sprach sich schnell herum, wie der Unterricht verlief.

Schon eine Woche später, als die Fähnriche, die den Unterricht leiteten, zur Tür hereinschlichen, um erneut Unterricht in drei Gruppen abzuhalten, wurden sie von den Mannschaften ausgebuht. Diesmal hatte die Kompanieführung bessere Vorbereitungsmaßnahmen getroffen, um den Unterricht "erfolgreich" durchzuführen. "Erfolgreich", das heißt für diese Herren, den Mannschaften glaubhaft zu machen, daß es keine Klassenunterschiede gibt, sondern nur ein Vaterland, welches verteidigt werden muß. So saßen dann in der ersten Gruppe gleich ein Hauptmann, ein Fähnrich und ein Stabsunteroffizier im Hintergrund, die sich Notizen machten. Später im Laufe des Unterrichts kam der Kompaniechef Hauptmann Srock noch dazu. So waren wir reichlich mit Dienstgraden eingedeckt.

Immer legten wir im Unterricht dar, daß die parlamentarische Demokratie den Kapitalisten dient, nicht aber der Arbeiterklasse. Die Diskussion glitt hierbei dem Fähnrich völlig aus der Hand. Die Soldaten diskutierten nämlich heftig untereinander und beachteten den Fähnrich kaum. Als ein Soldat das Märchen von der Meinungs-, Informations- und Pressefreiheit entlarvte, indem er berichtete, wie in seiner Heimatstadt ein Chile-Basar brutal von der Polizei überfallen worden ist, versuchte der Fähnrich die Diskussion wieder an sich zu reißen und schnitt dem Kameraden das Wort ab mit den Worten: "Ich bin hier der Diskussionsleiter".

Daraufhin der Kamerad: "Wer hat Sie überhaupt als Diskussionsleiter eingesetzt?" Der Fähnrich erwiderte verdattert: "Die Kompanieführung", worauf der Kamerad antwortete: "Aber von uns sind Sie nicht eingesetzt", und sich wieder seinen Kameraden zuwendete, um das Beispiel Chile-Basar weiter zu erläutern.

In dieser Situation griff der Kompaniechef, der sich schon langsam nach vorne geschlichen hatte und schon eine ganze Weile vorne an der Tafel nervös auf- und abtänzelte, in die Debatte ein. Frech behauptete er, die Kameraden, die "Kritik" geäußert hätten, seien "Störer", die nur den Unterricht hintertreiben wollten, und drohte ihnen mit einer Disziplinarstrafe, falls sie nicht damit aufhören würden und sich erst äußerten, wenn sie gefragt würden. Wir fühlten uns aber keineswegs als Störer, und so wollten wir wissen, was die anderen Soldaten von der Sache hielten. Wir forderten also unseren Hauptmann auf, die Kameraden zu fragen, ob sie seine Einschätzung teilten. Da fing unser Hauptmann aber an zu toben und brüllte, wir hätten ihm nichts vorzuschreiben, und faselte was von "Mißachtung der Stellung der Vorgesetzten".

Wir ließen uns dadurch nicht einschüchtern, sondern führten, ermuntert durch den in die Defensive gedrängten Hauptmann, unsere Argumentation allen Drohungen zum Trotz fort. Noch den ganzen Tag diskutierten wir über den Sinn der Armee. Es bildeten sich immer wieder neue Diskussionsgruppen unter den Mannschaften. Für uns kommt es jetzt darauf an, den Unterricht wieder zu vereinigen und die Forderung nach freier politischer und gewerkschaftlicher Betätigung weiter zu verankern. Wir glauben, daß dieser Unterricht die Notwendigkeit dieser Forderung anschaulich begründet hat.

Soldaten der Nachschubkompanie 720

Kantinenboykott

Marburg. Vom 27. bis 31. Januar boykottierten viele Soldaten in den Kasernen Marburgs, Stadt Allendorfs, Neustadts, Wetzlars und Rotenburgs ihre Kantinen. In diesen Kasernen sind insgesamt fast 10 000 Soldaten stationiert. Die Initiative war von dem an der DKP orientierten "Arbeitskreis demokratischer Soldaten" ausgegangen. In Flugblättern hatte der Arbeitskreis demokratischer Soldaten die Soldaten aufgefordert, eine Woche lang nicht in die Kantinen zu gehen, um damit gegen die überhöhten Kantinenpreise zu protestieren.

Zwar war die Beteiligung am Boykott nicht in allen Kasernen gleich gut, doch war zum Beispiel in der Marburger Tannenbergkaserne die Kantine tagelang wie leergefegt. Dies zeigt die Kampfbereitschaft der Soldaten.

Ein Preisvergleich zeigt, wie berechtigt die Aktion der Soldaten ist Toilettenartikel sind im Durchschnitt 23 % teurer als im Selbstbedienungsladen, Schreibwaren sind 42 % teurer, Nahrungsmittel 34 %, Spirituosen 27 %. Durchweg gilt in den Kantinen: Wucherpreise bei schlechter Qualität. Und das bei dem lächerlichen Wehrsold, der sich je nach Dienstgrad zwischen 160 und 210 DM bewegt. Demgegenüber werden auch hier die Unteroffiziere und vor allem die Offiziere bevorzugt. Nicht umsonst bringen am Wochenende viele Offiziere ihre Familien mit in die Kasinos. Dort erhalten sie ein Mittagessen, das von der Qualität und vom Preis her nirgends günstiger zu haben ist.

H.H., Marburg (gekürzt)

Der Kommandeur kam nicht

Hessisch Lichtenau/Kassel. Das Soldaten- und Reservistenkomitee (Initiative) hat eine Veranstaltung durchgeführt, um über die Vorgehensweise der Bataillonsführung des Panzeraufklärungsbataillons 2 zu diskutieren. Der Bataillonskommandeur hatte gegen zwei Mitglieder des Soldaten- und Reservistenkomitees ein Verfahren eingeleitet mit dem Ziel, die beiden Soldaten aus der Bundeswehr auszuschließen (siehe KVZ 3/75). Die Veranstaltung fand am 4.Februar statt, 12 Soldaten und 1 Hauptmann waren erschienen. Der Hauptmann war offenbar in Vertretung des Bataillonskommandeurs Brüggemann erschienen. Brüggemann war von dem Komitee mit einem offenen Brief zuvor eingeladen worden, um vor den Soldaten seine Anschuldigungen gegen die zwei Soldaten zu vertreten.

Der Hauptmann gab zu, daß das Informationsrecht gewährleistet werden müsse in der Bundeswehr. Allerdings vertrat er einschränkend die Auffassung, daß nur solche Informationen weitergegeben werden dürften, die nicht im Gegensatz zum Grundgesetz stünden! Seine Stellungnahme lief auf die Befürwortung aller Unterdrückungs- und Verfolgungsmaßnahmen der Bundeswehrführung hinaus.

(nach einer Korrespondenz von V.M., Soldaten- und Reservistenkomitee Kassel/Hessisch Lichtenau)

Luftwaffenbunker Neckarelz

Für gleiche Entschädigungen

Neckarelz. Die Soldaten unserer Kaserne arbeiten bis auf den größten Teil der Sanitätsstaffel und Kraftfahrzeugstaffel fast vollständig im sogenannten Bunker. Dies ist eine knapp 75 km betragende Versorgungsanlage der Luftwaffe. Alles liegt tief in einem Berg eingelassen mit sechs Ein- und Ausgängen, mehreren mit LKW und Eisenbahn befahrbaren Straßen und zahlreichen Querstraßen und Verbindungen sowie mehreren Geheimstollen. Für die Arbeit in diesem Bunker bekamen alle Soldaten gleich pro Tag 5 DM, im Monat aber

heit entlarvte, indem er berichtete, wie in seiner Heimatstadt ein Chile-Basar brutal von der Polizei überfallen worden ist, versuchte der Fähnrich die Diskussion wieder an sich zu reißen und schnitt dem Kameraden das Wort ab mit den Worten: "Ich bin hier der Diskussionsleiter".
Daraufhin der Kamerad: "Wer hat Sie überhaupt als Diskussionsleiter eingesetzt?" Der Fähnrich erwiderte verdattert: "Die Kompanieführung",
zu diskutieren. Der Bataillonskommandeur hatte gegen zwei Mitglieder des Soldaten- und Reservistenkomitees ein Verfahren eingeleitet mit dem Ziel, die beiden Soldaten aus der Bundeswehr auszuschließen (siehe KVZ 3/75). Die Veranstaltung fand am 4.Februar statt, 12 Soldaten und 1 Hauptmann waren erschienen. Der Hauptmann war offenbar in Vertretung des Bataillonskommandeurs Brüggemann erschienen. Brüggemann war von dem Komitee mit einem offenen
formationsrecht gewährleistet werden müsse in der Bundeswehr. Allerdings vertrat er einschränkend die Auffassung, daß nur solche Informationen weitergegeben werden dürften, die nicht im Gegensatz zum Grundgesetz stünden! Seine Stellungnahme lief auf die Befürwortung aller Unterdrückungs- und Verfolgungsmaßnahmen der Bundeswehrführung hinaus.
(nach einer Korrespondenz von V.M., Soldaten- und Reservistenkomitee Kassel/Hessisch Lichtenau)
Luftwaffenbunker Neckarelz
Für gleiche Entschädigungen
Neckarelz. Die Soldaten unserer Kaserne arbeiten bis auf den größten Teil der Sanitätsstaffel und Kraftfahrzeugstaffel fast vollständig im sogenannten Bunker. Dies ist eine knapp 75 km betragende Versorgungsanlage der Luftwaffe. Alles liegt tief in einem Berg eingelassen mit sechs Ein- und Ausgängen, mehreren mit LKW und Eisenbahn befahrbaren Straßen und zahlreichen Querstraßen und Verbindungen sowie mehreren Geheimstollen. Für die Arbeit in diesem Bunker bekamen alle Soldaten gleich pro Tag 5 DM, im Monat aber

höchstens 75 DM, was der größte Teil der Soldaten auch monatlich erreichte. Diese Bunkerzulage wurde jetzt gekürzt anstatt erhöht.

Alle Soldaten, die später als 1. Mai 1974 die Arbeit im Bunker aufgenommen haben und die voraussichtlich den ganzen Monat über unten Dienst tun, bekommen pauschal 45 DM! Diejenigen, die schon vor dem 1. Mai 1974 im Bunker tätig waren, bekommen 80 DM! Die Soldaten der San-Staffel, die im wöchentlichen Wechsel eine Erste-Hilfe-Station im Bunker unterhalten, bekommen anstelle der täglichen 5 DM gar nichts mehr!

Diese unverschämte Kürzung stieß auch auf entsprechende Empörung, vor allem unter den Wehrpflichtigen. Denn diese traf die Maßnahme am härtesten. Mit dem kläglichen Wehrsold kann man sich sowieso keine großen Sprünge leisten und ist zusätzlich noch auf andere Einnahmen angewiesen. Und gerade solchen Soldaten kürzt das Bundesverteidigungsministerium das Einkommen! (Die Kürzung kommt nämlich direkt aus diesem hohen Hause.)

Zudem bedeutet die Regelung des Arbeitsbeginns seit dem 1. Mai und der daraus abgeleiteten unterschiedlichen Bezahlung von 45 und 80 DM eine Spaltung bzw. Privilegierung. Spaltung insoweit, als es auch einige Wehrpflichtige betrifft, die aber größtenteils schon entlassen sind oder bald entlassen werden. Für sie bedeutet die Maßnahme sogar eine Erhöhung von bisher 75 auf 80 DM. Diese Wehrpflichtigen waren und sind demnach schwerer gegen diese Kürzungen zu mobilisieren als die anderen.

Die Privilegierung besteht darin, daß natürlich ein großer Teil der Zeit- und Berufssoldaten, die vor dem 1. Mai 1974 im Bunker arbeiteten, zu ihrem unterschiedlich großen Gehalt noch in den vollen Genuß von 80 DM monatlich gelangen. Und das werden sie wohl auch noch eine Weile bleiben, denn nicht umsonst haben sie sich für lange Zeit beim Bund verpflichtet. Trotzdem arbeiten aber alle Soldaten unter denselben schlechten Bedingungen, was auch von daher eine unterschiedliche Entschädigung eigentlich ausschließt. Die gesundheitliche Lage hat sich im Bunker gar nicht verändert: Wir müssen immer noch die Auspuffabgase, vermischt mit eingeblasener Waldluft, in die Lungen ziehen und arbeiten die ganze Zeit mit Neonlicht. Zudem sind die Druckverhältnisse im Bunker äußerst miserabel und ungleich, so daß man oft Kopfweh, Ohrensausen und sonstige "kleinere" Beschwerden bis hin zum Tiefenkoller hat. Wegen dieser Maßnahmen haben wir ein Flugblatt verfaßt und innerhalb der Kaserne verteilt. Wir legten sie auf Toiletten und schickten sie u.a. auch im Bunker mit der Rohrpost in einige Büroräume. In den Flugblättern forderten wir die Zurücknahme der Senkung und einen einheitlichen Betrag von 80 DM für alle. Wir forderten die Soldaten darin auf, zahlreiche Beschwerden und Versetzungsgesuche zu schreiben sowie eine gezielte Arbeitsverschleppung durchzuführen. Beschwerden sind viele eingegangen, und Lastwagen sowie Eisenbahnwaggons blieben unbearbeitet liegen.

Es ist unwahrscheinlich, daß die bisherigen Proteste ausreichen, damit das Bundesverteidigungsministerium diese Senkung wieder zurücknimmt. Wir haben u.a. auch deshalb beschlossen, unsere Arbeit unter den Soldaten der Kaserne und in der Öffentlichkeit fortzusetzen bzw. einzuleiten.

Weg mit der Senkung der Grubenaufwandsentschädigung! 80 DM monatlich für alle!

M.A., Neckarelz

General a.D. Karst gegen das Grundgesetz

Im Offiziersheim am "Schwanhof" in Marburg hielt General a.D. Karst auf Einladung der "Gesellschaft für Wehrkunde" einen Vortrag zu Erziehungs- und Ausbildungsfragen im Heer.

Nach dem Motto: "Die Armee muß dumm sein, dann ist sie unbesieglich; denn mit der Dummheit kämpfen Götter selbst vergebens" beklagte sich der Exgeneral, daß zuviel von Bildung und Ausbildung gesprochen wird, aber kaum noch von Erziehung. Die Kampfmotivation ist es, auf die es ihm vor allem ankommt.

Recht hat er, der General: Soldaten, die es verstehen zu denken und beginnen, sich politische Klarheit zu verschaffen, lassen sich nicht so leicht zum Kampf motivieren, vor allem nicht zum Kampf gegen ihre eigenen Interessen – und das kann Karst natürlich nicht recht sein.

Wenn er den Soldaten sagt, daß es "durchaus Möglichkeiten" gibt, "bei denen man gegenüber dem Grundgesetz ungehorsam sein kann" (Oberhessische Presse vom 29. Januar), sollten sich die Soldaten nicht über das "Demokratieverständnis" des Generals a.D. empören. Sie sollten ihm dankbar sein über seine Offenheit, die die herrschende Klasse gewöhnlich nicht an den Tag legt, und sollten ihn beim Wort nehmen, aber nicht im Interesse dieses Reaktionärs, sondern im Interesse der Arbeiterklasse und des Volkes.

B.H., Marburg

16 Tage Bau auf Bewährung

Vertrauensmann unmittelbar nach Wahl bestraft

Hildesheim Der Panzerschütze Rust, der kürzlich zum Vertrauensmann in der 4./14 (Gallwitzkaserne) gewählt worden war, hat unmittelbar nach seiner Wahl vom Bataillonskommandeur eine Disziplinarstrafe erhalten: 16 Tage Bau auf 5 Monate zur Bewährung ausgesetzt. Begründet wird diese Strafe mit der Teilnahme des Panzerschützen am Aufbau eines Soldaten- und Reservistenkomitee in Braunschweig und mit Artikeln, in denen er angeblich unwahre Behauptungen über die Bundeswehr aufgestellt haben soll. Der Panzerschütze hat gegen die Bestrafung Beschwerde eingelegt.

In der Begründung für die Beschwerde nimmt er zu den angegriffenen Artikeln, die im Oktober in Braunschweig auf Flugblättern erschienen sind, Stellung. Abgesehen davon, daß der Bataillonskommandeur den Nachweis über den Verfasser der Artikel schuldig bleibt, zeigt der Panzerschütze, daß die in den angeführten Artikeln vertretene Meinung über die Bundeswehr den Tatsachen entspricht. Es ging darum, ob die Bundeswehr ein Instrument der Unterdrückung und Klassenherrschaft ist und ob das MRCA-Flugzeug Ausdruck "der gewachsenen imperialistischen Selbständigkeit Westdeutschlands" ist. Für beide Tatsachen werden in dem Beschwerdebrief viele gute Beispiele genannt.

(nach "Militärzeitung" vom 6.2., Zeitung der Initiative für ein Soldaten- und Reservistenkomitee Hildesheim)

Schikane auf dem Schießplatz

35km–Marsch zur Strafe für "wichtige" Fehler

Hemer/Iserlohn. Am 29. Januar war die 5./120 zum Schießen auf dem etwa 7 km entfernten Schießplatz. Nach dem Hinmarsch stellte der Leitende, Leutnant Hochhausen, fest, daß einige Soldaten ihre gar nicht benötigte Feldflasche nicht dabei hatten. Deswegen mußten diese Soldaten unter Leitung eines Unteroffiziers zurück in die Kaserne marschieren, um die Feldflaschen zu holen. Nachdem sie zurück waren, fiel Leutnant Hochhausen ein neuer "Mangel" auf. Zwei Soldaten hatten anstelle des Bundeswehr-Kochgeschirrs Plastikteller dabei, um davon zu essen. Daraufhin mußten diese Soldaten wieder, einer davon schon zum zweitenmal – er hatte vorher schon seine Feldflasche holen müssen –, zur Kaserne marschieren, um ihr Kochgeschirr zu holen. Auf diese Weise mußte ein Soldat 35 km marschieren, weil er so "wichtige" Fehler gemacht hatte, wie anstelle des Kochgeschirrs einen Plastikteller und keine Feldflasche dabei zu haben. Die Empörung unter den Soldaten wegen dieser Maßnahmen war beträchtlich.

W.F.

Die 3.Welt unterstützt die Öllländer

Die Länder der Dritten Welt lassen sich von den Imperialisten nicht gegen die Ölländer einsetzen

In der senegalesischen Hauptstadt Dakar hat in der vergangenen Woche eine Ministerkonferenz der Staaten der Dritten Welt über Fragen der Rohstoffversorgung stattgefunden. Auf dieser Konferenz haben die Länder der Dritten Welt ihre Haltung diskutiert, die sie gegenüber der von Kissinger und den imperialistischen Staaten vorgeschlagenen Ölkonferenz im April einnehmen wollen. In einer Resolution wurde das Vorgehen der Organisation erdölfördernder Länder (OPEC) gutgeheißen. In dieser Organisation haben sich alle Erdölländer der Welt zusammengeschlossen mit dem Ziel, die Ölförderung und die Preise zu koordinieren zum Schutz der nationalen Wirtschaft und des selbständigen Aufbaus.

In der Resolution, die von den lateinamerikanischen Ölländern und Algerien eingebracht wurde, erklären die Länder der Dritten Welt, daß sie auf der Konferenz mit den imperialistischen Staaten die Rohstofflage insgesamt zur Diskussion stellen werden. Sie stellen fest, daß sie sich nicht vorschreiben lassen wollen, wer von ihnen an dieser Konferenz teilnehmen darf. Sie wollen vielmehr ihre Repräsentanten gemeinsam bestimmen und mit einem festen Verhandlungsauftrag in diese Konferenz schicken, entsprechend den von ihnen festgelegten Kriterien. Damit ist sicher, daß diese Konferenz nicht so zustande kommt, wie die Imperialisten unter Führung der USA das vorgeschlagen haben. Die Imperialisten werden nicht als die Herren auf dieser Konferenz auftreten können. Sie werden nur in Verhandlungen eintreten können auf der Grundlage der Gleichberechtigung aller Länder. Ihr Plan, die Entwicklungsländer gegen die Ölländer auszuspielen, ist gescheitert.

Scharf wenden sich die Länder der Dritten Welt gegen jede wirtschaftliche Aggression, wie sie immer wieder besonders vom US-Imperialismus angedroht wird. In der Resolution heißt es:

"Jede wirtschaftliche oder andere Aggressionshandlung gegen eines oder eine Gruppe von Entwicklungsländern wird die solidarische Gegenwehr aller dieser Länder zur Folge haben."

In dem Text werden dann alle Versuche des Drucks und der Ausübung von wirtschaftlichem Zwang verurteilt, die im amerikanischen Außenhandelsgesetz enthalten sind und dazu bestimmt sind, "die Politik der rohstoffproduzierenden Entwicklungsländer zu Fall zu bringen". Außerdem werden alle Versuche verurteilt, die auf Drohungen hinauslaufen, "gegen die ölexportierenden Länder Gewalt anzuwenden". Die Länder der Dritten Welt sehen darin "eine ernste Gefahr für den Frieden und die internationale Sicherheit".

Am Schluß erklären sich die Minister solidarisch und sprechen ihre Unterstützung aus für alle Länder der Dritten Welt, die "ihre Rechte auf Nationalisierung ihrer Naturreichtümer wahrnehmen" und die die ausländischen Unternehmen, die auf ihrem Gebiet investieren, ihrer Kontrolle unterstellen oder die Preise für die Produkte festsetzen, die von diesen Unternehmen exportiert werden.

Die 'Süddeutsche Zeitung' hat am 10.Februar einen Kommentar zu dieser Konferenz veröffentlicht, worin festgestellt wird, daß andere Rohstoffländer dem Beispiel der ölexportierenden Länder folgen könnten und die Krise der Weltwirtschaft weiter verschärfen würden.

Was drückt die 'Süddeutsche Zeitung' anderes aus als die Befürchtungen der westdeutschen Kapitalisten? Und was zeigt sie anderes mit diesen Befürchtungen, als die Tatsache, daß unter dem Druck der massiven öffentlichen Drohungen der imperialistischen Länder – allen voran der USA – die Einheit unter den Ländern der Dritten Welt noch gestärkt wurde und sich alle Hoffnungen der imperialistischen Länder in Rauch auflösen, Zwietracht und Gegensätze unter den Ländern der Dritten Welt zu säen?

Das einheitliche und solidarische Vorgehen der Länder der Dritten Welt gegen die Ausplünderung und Ausbeutung durch die Imperialisten ist ein ausgezeichnetes Mittel, um die nationale Selbständigkeit und Unabhängigkeit zu erlangen, um die Versorgung der Bevölkerung zu verbessern und sie vor dem drohenden Hungertod zu bewahren. Die internationale Arbeiterklasse hat alle Veranlassung, dieses Vorgehen mit allen Kräften zu unterstützen und gutzuheißen, weil es den gemeinsamen Feind, den Imperialismus, schwächt. –g.j.–



New York. US-Arbeitslose warten auf die Auszahlung der Unterstützung

USA: 300 000 demonstrieren

Washington. Am 5.Februar haben in der amerikanischen Hauptstadt 300 000 Arbeiter gegen die Arbeitslosigkeit demonstriert. Es waren zum größten Teil Automobilarbeiter, die aus der Autostadt Detroit nach Washington gekommen waren.

Die Arbeitslosigkeit ist in den USA von Dezember bis Januar um 1 %, von 7,1 auf 8,2 % gestiegen. Es gibt jetzt 7,5 Millionen Menschen ohne Arbeit in den USA. Die Regierung rechnet damit, daß sich diese Zahl im Laufe des Jahres nicht mehr senkt, denn sie geht von einer durchschnittlichen Arbeitslosigkeit von 8,1 % für das Jahr 1975 aus! Eher wird die Arbeitslosigkeit steigen. Sowieso ist der gegenwärtige Stand schon der höchste seit 1941, wo die Arbeitslosigkeit 9,5 % betrug. Am meisten betroffen sind die Schwarzen, die Frauen und vor allem die Jugendlichen. Unter den schwarzen Arbeitern ist die Arbeitslosigkeit von 12,4 auf 13,4 % gestiegen, bei den weißen Arbeitern hat sie 7,5 % erreicht. Von den Branchen her betrachtet gibt es die meisten Arbeitslosen in der Automobilindustrie, dahinter liegt die Bauindustrie und an dritter Stelle folgt die Textilbranche. –g.j.–



Das Bild zeigt die verbotene Demonstration gegen die NATO

Portugal:

Dänemark:

Arbeiter besetzen Betrieb und organisieren die Produktion

In der kleinen Stadt Glostrup haben die Arbeiter und Angestellten der Druckerei Uniprent A/S den Betrieb besetzt und die Produktion in die eigene Hand genommen. Seit zwei Tagen und Nächten – sie arbeiten in 5 Schichten – zeigen sie ganz Dänemark, daß der Laden auch ohne Kapitalisten und ihre Vertreter läuft.

Die Vorgeschichte ist folgendermaßen:

Vor etwa zwei Wochen wurde den Arbeitern und Angestellten der Uniprent mitgeteilt, daß der Betrieb mit Defizit arbeite und deshalb geschlossen werden müsse. Die Arbeiter legten daraufhin die Arbeit nieder. Wenig später beschlossen sie, den Betrieb zu besetzen. Denn sie durchschauten das Manöver der Kapitali-

Dänemark:

Arbeiter besetzen Betrieb und organisieren die Produktion

In der kleinen Stadt Glostrup haben die Arbeiter und Angestellten der Druckerei Uniprent A/S den Betrieb besetzt und die Produktion in die eigene Hand genommen. Seit zwei Tagen und Nächten – sie arbeiten in 5 Schichten – zeigen sie ganz Dänemark, daß der Laden auch ohne Kapitalisten und ihre Vertreter läuft.

Die Vorgeschichte ist folgendermaßen:

Vor etwa zwei Wochen wurde den Arbeitern und Angestellten der Uniprent mitgeteilt, daß der Betrieb mit Defizit arbeite und deshalb geschlossen werden müsse. Die Arbeiter legten daraufhin die Arbeit nieder. Wenig später beschlossen sie, den Betrieb zu besetzen. Denn sie durchschauten das Manöver der Kapitali-

sten: Der Betrieb hatte gar kein Defizit, er warf nur zu wenig Profit ab. Die Produktion sollte nach Schweden verlagert werden, wo der Rohstoff (Holz) billiger ist.

Am 28.1. wurde der Betrieb liquidiert und damit waren automatisch auch alle 70 Arbeiter und Angestellten entlassen. Statt nach Hause zu gehen, hielten sie den Betrieb jedoch weiter besetzt und nahmen die Produktion wieder auf. Sie haben die 14 Streiktage gut genutzt, um sich mit der Technik der Betriebsführung vertraut zu machen.

(Nach "Information" vom 29.1. und nach dänischen Nachrichten vom 31.1.)

Kissinger ausgeladen

Die Staaten Lateinamerikas wehren sich

Die Staaten Lateinamerikas haben US-Außenminister Kissinger zur nicht erwünschten Person erklärt und seinen geplanten Besuch wieder abgesagt. Kissinger wollte eine Konferenz der Außenminister der lateinamerikanischen Staaten abhalten, auf der das Einverständnis dieser Staaten zum neuen US-amerikanischen Handelsgesetz eingeholt werden sollte.

Dieses Handelsgesetz diskriminiert die lateinamerikanischen Staaten ungemein: Wirtschaftshilfe wird nur noch gezahlt, solange die Staaten Lateinamerikas zum Schutz ihrer Rohstoffe und gegen die imperialistische Ausplünderung sich nicht zusammenschließen. Enteignungen US-imperialistischer Konzerne "ohne angemessene Entschädigung" führen zur Erpressung auf die gleiche Art. Mitgliedschaft in "Zollunionen" wollten die US-Imperialisten nicht dulden: alle Mitglieder von Zollunionen sind der Erpressung ausgesetzt.

An diesen Daumenschrauben, mit denen der US-Imperialismus die Staaten Lateinamerikas an sich ketten will, haben diese kein Interesse. Venezuela und Ecuador sagten ihre Teilnahme ab, weil sie als Mitglieder der OPEC (Organisation erdölfördernder Länder) stark vom neuen Handelsgesetz betroffen sind. Mexiko und Kolumbien machten ihre Teilnahme davon abhängig, daß auch Kuba eingeladen werde, mit dem seit der Revolution die Beziehungen der lateinamerikanischen Staaten auf Druck der USA hin abgebrochen sind. Neuerdings haben aber viele Staaten – u.a. auch die BRD – ihre Beziehungen zu Kuba wieder aufgenommen. Und viele Staaten Lateinamerikas wollen sich der Bevormundung durch die USA in ihrer Außenpolitik nicht mehr unterwerfen. Sie wollen die Beziehungen zu Kuba wieder herstellen. Das gab die Grundlage dafür ab, auf der Argentinien, das die Konferenz ausrichten sollte, sie schließlich absagte. Die Zeiten, in denen der US-Imperialismus in Lateinamerika schalten und walten konnte, wie er wollte, sind vorbei; die Einheit der lateinamerikanischen Staaten im Kampf um ihre Unabhängigkeit ist größer geworden. –pf–

nen geplanten Besuch wieder abgesagt. Kissinger wollte eine Konferenz der Außenminister der lateinamerikanischen Staaten abhalten, auf der das Einverständnis dieser Staaten zum neuen US-amerikanischen Handelsgesetz eingeholt werden sollte.

Dieses Handelsgesetz diskriminiert die lateinamerikanischen Staaten ungemein: Wirtschaftshilfe wird nur noch gezahlt, solange die Staaten Lateinamerikas zum Schutz ihrer Rohstoffe und gegen die imperialistische Ausplünderung sich nicht zusammenschließen. Enteignungen US-imperialistischer Konzerne "ohne angemessene Entschädigung" führen zur Erpressung auf die gleiche Art. Mitgliedschaft in "Zollunionen" wollten die US-Imperialisten nicht dulden: alle Mitglieder von Zollunionen sind der Erpressung ausgesetzt.

An diesen Daumenschrauben, mit denen der US-Imperialismus die Staaten

ab, weil sie als Mitglieder der OPEC (Organisation erdölfördernder Länder) stark vom neuen Handelsgesetz betroffen sind. Mexiko und Kolumbien machten ihre Teilnahme davon abhängig, daß auch Kuba eingeladen werde, mit dem seit der Revolution die Beziehungen der lateinamerikanischen Staaten auf Druck der USA hin abgebrochen sind. Neuerdings haben aber viele Staaten – u.a. auch die BRD – ihre Beziehungen zu Kuba wieder aufgenommen. Und viele Staaten Lateinamerikas wollen sich der Bevormundung durch die USA in ihrer Außenpolitik nicht mehr unterwerfen. Sie wollen die Beziehungen zu Kuba wieder herstellen. Das gab die Grundlage dafür ab, auf der Argentinien, das die Konferenz ausrichten sollte, sie schließlich absagte. Die Zeiten, in denen der US-Imperialismus in Lateinamerika schalten und walten konnte, wie er wollte, sind vorbei; die Einheit der lateinamerikanischen Staaten im Kampf um ihre Unabhängigkeit ist größer geworden. –pf–



Das Bild zeigt die verbotene Demonstration gegen die NATO

Portugal:

20000 gegen die NATO

Am Ende vergangener Wochen haben in Lissabon 20 000 Menschen – vor allem Arbeiter, wie die französische Tageszeitung 'Le Monde' berichtet – gegen die 19 Kriegsschiffe der NATO demonstriert, die im Hafen von Lissabon seit dem 7.Februar vor Anker liegen. Die Parolen der Demonstration waren: "Nieder mit dem Imperialismus!" "Raus mit der NATO!" "Es lebe die Arbeiterklasse!" "Soldaten und Seeleute werden auch ausgebeutet!"

Die portugiesische Regierung und die "Bewegung der Streitkräfte" hatten jede Demonstration während des Aufenthaltes der NATO-Kriegsschiffe im Hafen von Lissabon verboten. Die Revisionisten von der Kommunistischen Partei Portugals, die in der Regierung sitzen, haben sich gegen die Demonstration gestellt. Organisiert wurde diese Demonstration dann von einem Arbeiterausschuß, der auf einer Versammlung der Arbeiterkommissionen von 38 großen Betrieben Lissabons gebildet wurde. Mehrere politisch links von der Kommunistischen Partei Portugals stehende Organisationen haben die Demonstration unterstützt. Die Regierung hat vor allen wichtigen Zentren – besonders vor der amerikanischen Botschaft – Militär aufgefahren. Als die Demonstration sich der Botschaft näherte, haben die Offiziere, die dort die Bewachung leiteten, weit vor der Botschaft in Verhandlungen mit der Demonstrationsleitung eine Umleitung der Demonstration erreicht. Die Demonstration wurde daraufhin so an der Botschaft vorbeigeführt, daß sie nicht mit dem Gebäude in unmittelbaren Kontakt kam. Obwohl von den Offizieren, die im "Rat der 20" sitzen und die oberste Macht in Portugal ausüben, jede Demonstration verboten worden war, gingen sie doch nicht gegen die Demonstranten vor. Warum wird leicht ersichtlich, wenn man bedenkt, daß die Soldaten, die zur Bewachung anderer Regierungsgebäude eingesetzt worden sind, sich mit der Demonstration solidarisierten.

Den Besatzungen der NATO-Kriegsschiffe wurde angesichts der Demonstration für den Landgang verboten, in Uniform zu erscheinen. Nur in Zivil durften sie von Bord.

Kundgebung gegen Arbeitslosigkeit

Die Demonstration hatte neben dem Protest gegen die Anwesenheit von NATO-Kriegsschiffen in Lissabon ein zweites Ziel: Das war die Arbeitslosigkeit, von der große Teile der Arbeiter betroffen sind. Vor dem Arbeitsministerium wurde eine Kundgebung durchgeführt. Auf der Kundgebung wurde auch das Gewerkschaftsgesetz angesprochen (siehe KVZ 4/74). Die Sprecher erklärten, daß dieses Gesetz nicht den Zielen der Arbeiterklasse nütze. Sie wandten sich scharf gegen die Politik der Kommunistischen Partei Portugals, die diese mit dem Gesetz treibt. Sie kritisierten, daß nach dem neuen Gesetz die Delegierten in den Betrieben nicht von den Arbeitern gewählt werden sollen, sondern daß sie von der Direktion der neuen Einheitsgewerkschaft eingesetzt werden. Diese Regelung macht gut deutlich, wie die Revisionisten von der Kommunistischen Partei Portugals die Bestimmungen in diesem Gesetz so gefaßt haben, daß zugleich ihre Macht über die Gewerkschaftsbewegung in Portugal gesichert wird, obwohl eine gesetzliche Regelung über die Einheitsgewerkschaft selber nicht schädlich ist. –g.j.–

Arbeitslosigkeit

Nach "Information" vom 29.1.1975 war die durchschnittliche Arbeitslosigkeit für 1974 5,3 %. Das ist die höchste Rate seit 1959, wo sie 5,9 % betrug.

Die 5,3 % entsprechen einer Arbeitslosenzahl von 44 500. Für 1975 rechnet man mit einer Verdoppelung der Zahlen.

Im Dezember 1974 waren 10,8 % oder 101 500 Menschen arbeitslos (Dezember 1973: 4,7 %)

Hamburg. Vor kurzem sprach ich beim KVZ-Verkauf am Baumwall mit einem Hafenarbeiter. Der Kollege war nach dem Zweiten Weltkrieg Legionär gewesen, von 1952 bis 1954 in Vietnam. Damals war er fest davon überzeugt, daß der Kampf der französischen Imperialisten und ihrer Legionäre gegen die "schlitzäugigen Kulis" gerecht ist.

Heute bereut er sein damaliges Handeln. Er wünscht dem vietnamesischen Volk, daß es die US-Imperialisten endgültig schlägt und Thieu vertreibt, denn "ein Volk braucht seine Freiheit".

A.A., Hamburg

Chile:

Junta meldet Bankrott

Nach Meldungen der Frankfurter Rundschau vom 21.1. rechnet der chilenische Finanzminister Cauas für 1975 mit einem Zahlungsbilanzdefizit von 900 Mio. Dollar. Um, wie Cauas sagte, ein wirtschaftliches Chaos zu vermeiden, fordert die Junta ein Treffen ihrer Kreditgeber in Santiago, um einen Kredit von 300 Mio. Dollar zu erhalten.

Die Mißwirtschaft der Junta und die Ausplünderung des Landes durch die imperialistischen Staaten führen zu einer ständigen Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation in Chile. Dies kann inzwischen selbst nicht mehr von offiziellen Kreisen verheimlicht werden.

Der Terror der Junta wird sich weiter verstärken. Die 'Süddeutsche Zeitung' vom 29.1. berichtet, daß Juntachef Pinochet angekündigt hat, die Strafbestimmungen für Entführungen und für die Verbreitung von politischem Propagandamaterial zu verschärfen.

Südafrika: BRD an 1.Stelle

Import der BRD größer als aus Großbritannien

Nach einer Meldung aus der 'Süddeutschen Zeitung' vom 28.1.75 ist der BRD-Imperialismus im Jahr 1974 erstmalig mit 3,6 Milliarden DM (gegenüber 2,4 Mrd.DM 1973) zum größten Importeur für das rassistische Südafrika geworden. Er hat damit das alte koloniale "Mutterland" Großbritannien und die USA ausgestochen. In Südafrika sind mittlerweile rund 280 westdeutsche Firmen mit Gesamtinvestitionen von etwa 4 Mrd. DM engagiert (Süddeutsche Zeitung vom 17.1.75). Sie erzielen in Südafrika auf der Welt nahezu einmalige imperialistische Extraprofite, vor allem weil der Hungerlohn der schwarzen Arbeiter noch ständig weiter sinkt (nach letzten offiziellen Zahlen von 1958 bis 1970 jährlich um 1,7 %). Daran kann man die freche Behauptung des westdeutschen Botschafters v.Wechmar in der UNO messen, "daß in Südafrika, wie in jedem anderen Land, der Teil der Bevölkerung, der einer Diskriminierung ausgesetzt sei, am meisten von einer durch Handel erzielten Verbesserung des Lebensstandards profitiere" (Frankfurter Rundschau vom 30.10.1974).

Zu den wichtigsten Aufträgen an westdeutsche Firmen gehören solche des Rassistenregimes, die direkt dem Ausbau des Unterdrückungs- und Militärapparates dienen. Das Deutsche Fernsehen und verschiedene Zeitungen berichteten z.B. im November 1974 darüber, daß die Konzerne Telefunken, Siemens und MAN die gesamte elektronische und radartechnische Anlage des südafrikanischen Militärstützpunktes Simonstown am Kap der Guten Hoffnung gebaut haben. Dies ist eine der modernsten Anlagen der Welt, mit der "jede Bewegung im See- und Luftraum zwischen Südamerika und Australien bis hinauf nach Ceylon und Nordafrika kontrolliert werden kann" (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6.12.74). Diese Berichte kamen übrigens wenige Tage, nachdem v.Wechmar in der UNO den "Anti-Rassismus" der Bundesregierung beteuert und alle Angaben über militärische Ausrüstung Südafrikas durch die BRD als "Lüge" bezeichnet hatte. –M.S., Hamburg–

Das äthiopische Militärregime kann die eritreische Revolution nicht unterdrücken

In Asmara, der Hauptstadt Eritreas, ist es in der letzten Woche zu schweren Kämpfen gekommen zwischen den Streitkräften der Eritreischen Befreiungsfront ELF/PLF und äthiopischen Truppen. Der Spielraum der äthiopischen Truppen ist auf Asmara und die Hafenstädte Massawa und Assab am Roten Meer beschränkt. Asmara und Massawa sind die wichtigsten Stützpunkte des US-Imperialismus in dieser Region. Außerdem hat Israel dort auf zwei vorgelagerten Inseln Truppen stationiert seit dem Oktoberkrieg zur Kontrolle der Meerengen. Die Kämpfe in Eritrea werden ausgenutzt von den Supermächten in ihrer Rivalität um die Vorherrschaft im Nahen und Mittleren Osten. Sie werden zur zweiten Front.

Inzwischen haben sich zwei Nachbarstaaten Eritreas in die Kämpfe eingemischt: Der Staatschef des Sudan hat angeboten, zwischen der Befreiungsfront und dem äthiopischen Militärregime zu vermitteln. König Feisal von Saudi-Arabien von der anderen Seite des Roten Meeres hat Unterstützung für die Befreiungsfront angekündigt, ähnlich wie der lybische Staatschef Ghadafi. Die US-Imperialisten haben bisher zu der zugespitzten Lage keine öffentliche Stellungnahme abgegeben. Klar ist, daß der von dem äthiopischen Militärregime angekündigte "Vernichtungsfeldzug" gegen die eritreische Befreiungsfront kläglich gescheitert ist. – Im folgenden ein Artikel, der die Entwicklung in Eritrea seit dem Zweiten Weltkrieg darstellt und die gegenwärtige politische und militärische Lage bestimmt.

Mit den Kämpfen in der eritreischen Hauptstadt Asmara hat auch die bürgerliche Presse in Westdeutschland ihr Schweigen über den 13 Jahre andauernden Freiheitskampf Eritreas brechen müssen. Gleichzeitig jedoch werden viele Lügen verbreitet über die Verhältnisse in Eritrea. Da wird behauptet, es handle sich um Mohammedaner, die vom christlichen Äthiopien abfallen wollten. Das ist falsch. In Eritrea leben zu je etwa 40 % Moslems und Christen, der Rest verteilt sich auf verschiedene Religionsgruppen. Alle diese Gruppen sind auch entsprechend ihrer Stärke in den Befreiungsfronten vertreten.

Auch bei der Behauptung, Eritrea sei eine "Provinz" Äthiopiens und die Befreiungsfronten seien "separatistisch", handelt es sich um Lügen. Dies zeigt die neuere Geschichte Eritreas:

Die Kolonie Eritrea wurde an Äthiopien verschachert!

In 70 Jahren brutaler italienischer Kolonialherrschaft waren die 8 Völker Eritreas zusammengeschweißt worden. Weil Italien die Kolonie als Basis für die Herrschaft über die gesamte Meerenge am Südende des Roten Meeres ansah, wurde das Land relativ gut erschlossen und erhielt breite Ansätze einer kapitalistischen Wirtschaftsstruktur. Deshalb sind heute sowohl die Arbeiterklasse als auch die nationale Bourgeoisie sehr viel stärker in Eritrea als im gesamten feudal-verkommenen Äthiopien.

Mit dem Ende des italienischen Faschismus zerstoben auch dessen Großmachtträume in Ostafrika. Die britischen Imperialisten übernahmen das Land für 10 Jahre. Sie planten zunächst, das Land zu teilen: Der Norden sollte (ihrer damaligen Kolonie) Sudan zufallen, der Süden Äthiopien. Die Pläne scheiterten am Widerstand der Eritreer, die unter Führung der nationalen Bourgeoisie um die Unabhängigkeit zu kämpfen begannen.

Inzwischen hatten sich die US-Imperialisten zu Sprechern der äthiopischen Ansprüche gemacht. Der Grund war ein Geheimabkommen zwischen Haile Selassie und den USA. Die USA begannen mit der Installation militärischer Basen in Eritrea und vertraten die äthiopischen Ansprüche. Am 2. Dezember 1950 gelang es den USA, in der UNO die Resolution 390 A (V) durchzubringen. Diese sah die Bildung einer Föderation aus Äthiopien und Eritrea als zwei gleichberechtigten Bundesstaaten unter der äthiopischen Kaiserkrone vor. Diese Resolution war vor allem von der (damals noch sozialistischen) Sowjetunion bekämpft worden. Der Antrag A/AC 38/L 31 der Sowjetunion, der vorsah, "daß Eritrea sofort die Unabhängigkeit erhält; daß die britischen Besatzungstruppen innerhalb von 3 Monaten abgezogen werden", wurde abgelehnt. Damals allerdings war die UNO Spielball der US-Außenpolitik, wie sich später an der Korea-Frage deutlich zeigen sollte.

Die Bedenken aber, die die sowjetische UNO-Delegation damals vorbrachte, nämlich daß der UNO-Beschluß den Kolonialstatus praktisch aufrechterhalte, haben sich bewahrheitet (alles nach: United Nations Documents on Eritrea, Herausgeber: EPLF, Foreign Mission, 1972).

1952 trat die Föderation in Kraft. 1962, nachdem sie Schritt für Schritt ausgehöhlt worden war, wurde Eritrea zur äthiopischen Provinz erklärt und militärisch besetzt. Im gleichen Jahr begann der bewaffnete Unabhängigkeitskampf, als dessen Ergebnis – wiederum 10 Jahre später – 1972 sämtliche Landgebiete Eritreas befreit waren. Die äthiopische Besatzungsarmee hat bis heute nur die Hauptstadt Asmara und die beiden Häfen Massawa und Assab halten können.

Die beiden Befreiungsfronten

In diesem jetzt knapp 15 Jahre andauernden Befreiungskampf entwickelten sich zwei Fronten – zunächst die Eritreische Befreiungsfront (ELF) als Nachfolgerin der zerschlagenen nationalbürgerlichen Parteien. Das politische Programm war bestimmt von den gerechten Forderungen nach nationaler Unabhängigkeit, Abzug der äthiopischen Truppen und nationaler Integrität. Allerdings gab es in den Reihen der ELF zweifellos moslemisch-chauvinistische Elemente, die zwar die Unterstützung vieler arabischer Staaten gewannen, aber die religiöse Frage in Eritrea zusätzlich verschärften. Die Befreiungsfront geriet in die Krise, zersplitterte sich und drohte unter den Schlägen der äthiopischen Luftwaffe zu erliegen.

Da gelang es allerdings drei Fraktionen der ELF, den Kampf in andere Landesteile zu tragen und die brennenden ideologischen Fragen zu klären. **1970 schlossen sie sich zu den ELF-Volksbefreiungskräften (ELF-PLF) zusammen und beschlossen das "Programm für die national-demokratische Befreiung".** Darin wurde bestimmt:

Der Hauptgegner des eritreischen Volkes ist der äthiopische Kolonialismus, das Werkzeug des internationalen Imperialismus und Zionismus in Eritrea. Da dieser Gegner über eine modern ausgerüstete große Armee verfügt, kann der Kampf nur als langdauernder revolutionärer Volksbefreiungskrieg geführt werden. Die Träger dieses Kampfes sind die eritreischen Arbeiter, Bauern, Hirten und die Intelligenz unter der Führung der ELF/PLF. Der Kampf des eritreischen Volkes befindet sich in der Etappe der national-demokratischen Befreiung, die Aufgabe der ELF/PLF ist es, in dieser Etappe alle anderen Klassen und Schichten des eritreischen Volkes, die in Widerspruch stehen zur Kolonisation und imperialistischer Ausbeutung, um sich zu scharen zum Kampf für die wirkliche nationale Unabhängigkeit und Selbständigkeit des Vaterlandes.

Innerhalb der PLF haben die marxistisch-leninistischen Kräfte die "Avantguard"-Partei gebildet. Beabsichtigt war auch der Zusammenschluß mit der verbliebenen ELF zu einer vereinigten nationalen Front.

dauernden Freiheitskampf Eritreas die UNO Spielball der US-Außenpoli- einer vereinigten nationalen Front.



Eine Gruppe eritreischer Befreiungskämpfer wird für den Einsatz eingewiesen.

Die Antwort der ELF jedoch war die Kriegserklärung an die PLF. Zwei Jahre lang hat die ELF versucht, die PLF militärisch zu liquidieren. Allerdings völlig vergeblich. Aus dieser Auseinandersetzung ging die PLF gestärkt hervor. **Trotz des Volkskrieges gegen Äthiopien und des Bürgerkriegs mit der ELF gelang es, die Landgebiete zu entwickeln. Das Schwergewicht wurde vor allem auf die Sicherstellung der Ernährung, die Alphabetisierung und die Seßhaftmachung der Nomaden gelegt. In den Dörfern wurde die Volksmacht entwickelt, in den Dörfern haben Volksräte die Macht inne.**

Es gab vor allem 1974 zahlreiche Kundgebungen, sowohl in den befreiten als auch in den besetzten Gebieten, auf denen die Volksmassen den Zusammenschluß von ELF und PLF forderten. Dieser Zusammenschluß fand nach Pressemeldungen Ende 1974 statt! Die eritreische Revolution ist also vereinigt. Ihre vereinigten Kräfte sind den in Eritrea stationierten Truppen zahlenmäßig weit überlegen. Vor allem aber ihre Verankerung in den Massen macht die Revolution unbesiegbar.

Demoralisierung und Aufbäumen der äthiopischen Besatzer

Die wachsende Kraft der Befreiungskräfte, die Unmöglichkeit, sie zu schlagen, die eigenen schweren Verluste und die Korruption der kaiserlichen Generäle führten zur Meuterei der äthiopischen Truppen in Asmara im Februar 1974 und zur Bildung des "Militärrats", der nach und nach den Kaiser entmachtete und schließlich absetzte. In diesem "Militärrat" herrschte zunächst eine Strömung vor, die zu Verhandlungen mit Eri-



trea bereit war. **Kurz vor Weihnachten jedoch übernahm der reaktionäre Flügel um Teferi Benti und Mengistu Haile Mariam die Macht. Diese Leute riefen den "Äthiopien-zuerst-Sozialismus" aus und beschlossen die "Vernichtung" der eritreischen Revolution.**

Die Antwort war der für viele überraschend starke und konzentrierte militärische Schlag der vereinigten Befreiungsstreitkräfte in der Hauptstadt Asmara und ihrer Umgebung.

Die militärische Lage

Die entstandene militärische Lage sieht etwa folgendermaßen aus: Durch 2 000 Mann Luftlandetruppen verstärkt, steht jetzt eine Garnison von 19 000 Mann in Asmara (etwa 200 000 Einwohner). Ein äthiopischer Panzerkonvoi hat sich unter großen Schwierigkeiten in die Stadt vorgearbeitet. Bewaffnete Widerstandsgruppen in Asmara konnten jedoch nicht ausgeschaltet werden. Das Hauptkampfgebiet jedoch liegt in der Buschsavanne nördlich von Asmara, wo bei Adinefas stärkere äthiopische Truppen umzingelt sind. Seit letzter Woche sind fünf F-86-Bomber der äthiopischen Luftwaffe abgeschossen worden (nach: International Herald Tribune vom 6. Februar).

Die Luftwaffe intensiviert die Bombardierung eritreischer Dörfer. Zwischenzeitlich werden weitere Verstärkungen nach Eritrea verlegt. Was allerdings zur Folge hat, daß andere Teile Äthiopiens von Truppen entblößt werden, in denen sich ebenfalls Unruhen entwickeln.

US-Imperialismus

Die Benti-Mariam-Clique setzt also gegenwärtig alles auf eine Karte. Sie hofft dabei auf die Waffenhilfe der US-Imperialisten. Kagnew-Station, die fünftgrößte Luftüberwachungsanlage der USA, liegt vor den Toren Asmaras und ist unmittelbar bedroht. Das gleiche gilt für Massawa, das ein ständiger Stützpunkt für die 7. US-Flotte ist. Vor den Küsten Eritreas haben sich israelische Sonderkommandos auf zwei Inselgruppen niedergelassen, die den südlichen Meerzugang zu Israel sichern wollen. **Eritrea ist damit der zentrale Stützpunkt des US-Imperialismus in der gesamten Region und von großer Bedeutung für den Kampf im Nahen Osten.** Daß die US-Imperialisten noch nicht offen eingegriffen haben, liegt daran, daß sie an ihrer vor einigen Jahren eingeschlagenen Politik der **"Äthiopisierung"** der Stützpunkte festhalten, d.h. unter äthiopischen Strohmännern die Stützpunkte im wesentlichen mit CIA-Personal – nicht mit Soldaten – weiterzuführen. Diese Tatsachen beweisen die Analyse der PLF vom US-Imperialismus als Hauptfeind des eritreischen Volkes und der äthiopischen Regimes – ob Kaiser oder Armee – als dessen Statthalter.

Das Militärregime hat an dem Bündnis mit den USA nicht das geringste geändert. Im Gegenteil: Der äthiopische Botschafter in Washington wurde zum Außenminister ernannt und hält sich seit Dezember in den USA auf!

Die Entwicklung der politischen Situation in Eritrea

Viel rascher noch als die militärische Lage entwickelt sich die politische Situation in Eritrea.

In letzter Zeit sind massenhaft eritreische Beamte zu den Befreiungsfronten übergelaufen. Der gesamte Verwaltungsapparat befindet sich in rascher Auflösung. Selbst Kirchenoberhäupter nehmen gegen das Militärregime Stellung.

"In den letzten Wochen sind Teile der Marine, der Armee und paramilitärische Verbände zur Befreiungsfront übergelaufen." (Frankfurter Rundschau vom 6. Februar) "Der Polizeichef, Brigadegeneral Goitom Gebre-Ezghi, ... hat sich nach einem längeren Treffen mit ELF-Führern letzte Woche nahe Asmara der ELF angeschlossen." (International Herald Tribune vom 15. Januar)

Wesentliche Teile der äthiopische Armee, vor allem der Luftwaffe und der Marine, bestanden bisher aus eritreischen Söldnern. Diese desertieren jetzt, wie es heißt, "zu Hunderten" mit Waffen und Gerät. Die eritreischen Piloten wurden festgesetzt.

Meuternde eritreische Besatzungen äthiopischer Kriegsschiffe haben nach unbestätigten Berichten regierungstreue Schiffe im Hafen von Massawa blockiert." (Frankfurter Rundschau vom 4. Februar) Eritreische Polizisten weigern sich, Haussuchungen in Asmara vorzunehmen, und desertieren ebenfalls in großer Zahl.

Hier bahnt sich die entscheidende Schwächung der äthiopischen Besatzungsmacht an, die zu einer erneuten raschen Wende führen kann. Der "Vernichtungsfeldzug" des Militärregimes gegen die Eritreische Revolution entwickelt sich zusehends zu einer Katastrophe für das Regime. Die eritreische Revolution wird Tag für Tag stärker!

H.B., Hamburg

Studenten aufs Land

In der ZDF-Sendung "Auslandskorrespondenten berichten" vom 24. Januar wurde sehr deutlich, daß es nicht weit her ist mit der "revolutionären" Verschickung von Studenten in die Dörfer. Es wurden immer 10 Studenten unter Bewachung durch einen Soldaten losgeschickt.

Mutig antworteten Studenten auf Fragen des ZDF-Korrespondenten. Einer sagte: "Wir sollen den Bauern erzählen, daß sie sich mit Seife waschen sollen. Aber was nützt es, wenn die Bauern sich keine Seife kaufen können? Erst muß der Feudalismus beseitigt werden, dann gehen wir gerne aufs Land." Die Militärs jedoch erklärten die Verträge zwischen Grundbesitzern und Pächtern für weiterhin gültig und verboten "eigenmächtige" Landnahmen der Bauern.

Verfolgung von PLO-Mitgliedern

Jordanien hält sich nicht an die Beschlüsse von Rabat

Die jordanischen Behörden gehen mit allen Mitteln der Unterdrückung gegen Vertreter des palästinensischen Befreiungskampfes in Jordanien vor. Das ist einem Kommunique zu entnehmen, das von der "Demokratischen Front zur Befreiung Palästinas" (FDLP) veröffentlicht wurde.

Die FDLP ist von den Verhaftungen direkt betroffen. In dem Kommunique heißt es:

"Das jordanische Regime bereitet sich vor, demnächst die verhafteten Kämpfer und Genossen vor Gericht zu stellen. Die Anklage wird mit der Teilnahme an der palästinensischen Revolution und der Mitgliedschaft in den in der Palästinensischen Befreiungsfront (PLO) zusammengefaßten Organisationen begründet. Die Strafen, die dafür gefordert werden, können bis zu 15 Jahre Gefängnis betragen. (...)

So betrachtet es dieses Regime, das vorgibt, sich an die Entscheidungen von Rabat zu halten, immer noch als eine ungesetzliche Handlung, an der palästinensischen Revolution teilzunehmen."

Es folgen in dem Kommunique dann die Aufzählung der Festgenommenen. Bei den Personen handelt es sich in den meisten Fällen um Angehörige der FDLP.

Alle demokratischen und fortschrittlichen Kräfte in den arabischen Staaten und der Welt werden aufgefordert, die Forderung nach sofortiger Freilassung zu unterstützen. Die arabischen Staaten werden aufgefordert, in dieser kritischen Phase gegenüber dem Hussein-Regime den Beschlüssen von Rabat Geltung zu verschaffen. In Rabat hatten sich die Nahost-Staaten auf einer Konferenz darauf geeinigt, die Palästinensische Befreiungsfront (PLO) als einzige legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes anzuerkennen und ihre Forderungen zu unterstützen. Sie bereiteten damit die Anerkennung der Palästinensischen Befreiungsfront (PLO) durch die UNO vor.

Eine revolutionäre Situation reift heran in Phnom Penh

Der Mekong ist fast völlig unterbrochen. Pochentong, der Flughafen von Phnom Penh, liegt unter ständigem Beschuß. Die befreiten Gebiete bilden einen geschlossenen Block, in den die noch umkämpften Gebiete wie Enklaven eingeschlossen sind. Aus diesem Grunde können diese Gebiete fast nur noch mit Hilfe von Fallschirmen versorgt werden Lon Nol's "Elitetruppen" werden mit Hubschraubern von einer Enklave zur anderen geflogen. Zwischen den einzelnen Gebieten bestehen keine Verbindungen auf dem Land- oder Wasserweg mehr. Die Söldnertruppen haben in letzter Zeit hohe Verluste erlitten und ihre Moral ist völlig am Boden. In den wenigen Städten und Ortschaften, die noch unter vorläufiger Kontrolle des Feindes, der Verräterclique um Lon Nol, stehen, reift überall eine revolutionäre Situation heran. Besonders in der kambodschanischen Hauptstadt Phnom Penh steht der Aufstand offenbar direkt bevor. Die Bevölkerung in den noch unter vorläufiger Kontrolle des Feindes stehenden Ortschaften bleibt nur noch eine einzige Wahl: Teilnahme am Kampf gegen die Lon Nol-Clique, die die Statthalterschaft des US-Imperialismus wahrnimmt, oder Tod. Im folgenden ein Bericht über die explosive Lage in Phnom Penh, der auf Berichten der Königlichen Regierung der Nationalen Einheit von Kambodscha (GRUNK) beruht.

Zerstörung der feindlichen Kräfte – Organisierung des Widerstandes

Das Ostufer gegenüber dem Stadtzentrum Phnom Penhs ist weitgehend befreit. Die Entfernung von dort zur Stadtmitte beträgt noch etwa 2,5 km. An der Nationalstraße 5 im Norden sind die Befreiungskräfte bis auf 10 km an das Zentrum Phnom Penhs herangerückt. Das Wesentliche ist jedoch nicht die Eroberung der Gebiete, sondern die Zerstörung der Kräfte des Feindes und die Organisierung des Widerstands der Bevölkerung.

In Phnom Penh selbst hat der Widerstand der Bevölkerung das Stadium einer revolutionären Situation erreicht. Durch mangelnde Nahrungsmittelversorgung und durch Zwangsrekrutierung bleibt der Bevölkerung nur die Wahl zwischen Kampf oder Tod. Wer nicht teilnimmt am Kampf um die von der Lon Nol-Clique gehorteten Reisvorräte, wer sich nicht der Zwangsrekrutierung durch die Schergen Lon Nols widersetzt, der verhungert oder verreckt an der Front als billiges Kanonenfutter.

Außerdem steigert sich die Unruhe der Bevölkerung und der Soldaten der Lon Nol-Armee täglich mehr an dem totalen Ausfall der medizinischen Versorgung. Medikamente sind kaum noch zu haben in Phnom Penh und die Seuchen verbreiten sich. Die Richtung des Kampfes hat der Präsident des Komitees der Nationalen Einheitsfront von Kambodscha (FUNK) in Phnom Penh angegeben. Chey Chum hat am 31.Januar die Bevölkerung der Stadt aufgerufen:
"Reiht euch ein in die Kampffront des übrigen kambodschanischen Volkes! Unterstützt die Volksbefreiungskräfte von Kambodscha (FAPLNK)! Bewaffnet euch, organisiert den Widerstand zum Sturz des Verräterregimes!"

Der Kampf gegen den Hunger: Kampf um Reis

Reis ist in Kambodscha das Grundnahrungsmittel, wie Brot bei uns in Europa. Die Lon Nol-Clique hortet den Reis und verschachert ihn zu unerschwinglichen Preisen auf dem Schwarzmarkt.
Die Presseagentur der Königlichen Regierung der Nationalen Einheit von Kambodscha (GRUNK) (AKI) berichtet, daß täglich die Volksmassen sich neuer Reislager in der Stadt bemächtigen. Sie stöbern die letzten Verstecke auf. Sie erklären sich zu den Herren der Reislager und sie organisieren die Verteilung. So besonders am 5.Januar im Hafen von Phnom Penh, am 6.Januar in Pochentong, dem Flughafen der Stadt, und am 20.Januar in Chak Angre Loeu.

Der Kampf für die Freiheit: Kampf gegen Zwangsrekrutierungen

Niemand ist mehr bereit, sich für die elenden und korrupten Handlanger des US-Imperialismus zu opfern. Die Menschen widersetzen sich immer mutiger der Zwangsrekrutierung: Eltern verhindern die Einberufung ihrer Kinder, Jugendliche folgen ihren Gestellungsbefehlen nicht. Die Söldnerarmee Lon Nols verzeichnet umso mehr Verluste, als selbst hier die Zuweisung von Sold, Nahrungsmitteln und Medikamenten ausbleibt und so die Zahl der Toten und Deserteure endlos steigt. Mit Zwangsrekrutierungsaktionen brutalsten Ausmaßes soll die Truppenstärke aufgebessert werden, dies nach dem Motto: Waffen schicken die USA, für die Menschen, die sie anwenden, muß die Lon Nol-Clique selber sorgen.
Täglich finden Demonstrationen gegen die Rekrutierung statt, "Staats"-angestellte verweigern die Einrichtung von Rekrutierungsbüros, am 29.12.74 wurden in Khleaing Rumsev sogar 6 Zwangsrekrutierte wieder von der Bevölkerung befreit. Die Bevölkerung der Stadtteile Pet Chen und Tunup Thmei haben Anfang Januar den Widerstand beschlossen.

Die folgende Information zeigt, daß die Arbeiterklasse in Phnom Penh besonders an dieser Front des Kampfes die Führung innehat: Gegen die Rekrutierungen streiken die Fabriken Sin Heng, Denis Freres, CPS und Komin Khmer. Den bewaffneten Widerstand haben beschlossen die Arbeiter von Pepsi Cola, Dana Food, Seven Up, Vita, Komin Tech, eine Eis-, eine Limonaden- und eine Juteverarbeitungsfabrik. Seit dem 16.12.74 ist die Textilfabrik Chip Tong, seit dem 5.Januar sind 7 Fabriken des Seng Thai Konzerns besetzt und werden mit Waffengewalt gegen die Lon Nol-Söldner verteidigt. Die Produkte werden von den Arbeitern selbst verkauft und an die notleidende Bevölkerung verteilt. Die Arbeiter gehen voran und fordern:
Weg mit der Zwangsrekrutierung!
Weg mit dem erdrückenden Wirtschafts- und Finanzplan!
Weg mit der unfähigen Verwaltung!
Weg mit den korrupten Elementen, die das Volk nur aussaugen und unterdrücken!
Ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Reis!
Kämpfen heißt leben, nicht kämpfen heißt sterben!

Diese Informationen begeistern alle, die solidarisch sind mit dem Kampf des kambodschanischen Volkes gegen die Lon Nol-Clique, die Statthalter des US-Imperialismus, für Freiheit und Unabhängigkeit. Auf der anderen Seite steigern diese Informationen die Angst und die Unruhe bei den Feinden des kambodschanischen Volkes, besonders bei den US-Imperialisten, die rasend sind vor Wut und doch nicht wissen, wie sie der Revolution in Kambodscha noch Einhalt gebieten können. Werden sie Truppen nach Kambodscha schicken?

Die Rolle des Welt-Gendarm ist ausgespielt

Aufgrund der internationalen und innenpolitischen Schwierigkeiten der US-Imperialisten ist ein direktes Eingreifen gegenwärtig unwahrscheinlich und würde sie auch teuer zu stehen kommen.
Die US-Imperialisten sind nicht mehr in der Lage, die Rolle des Welt-Gendarms zu spielen. Dennoch versuchen sie mit allen Mitteln, die unvermeidliche Niederlage aufzuhalten. So haben sie seit einer Woche in Kambodscha erstmals eine Bombe im Einsatz, die besonders zur Bekämpfung von Menschenansammlungen, d. h. gegen die aufständische Bevölkerung, entwickelt wurde. Sie entzieht der Luft im Umkreis von etwa 30 Metern jeglichen Sauerstoff.

Die Entscheidung fällt in den kommenden Monaten

Die Bedingungen für einen Sieg und die endgültige Vertreibung der Lon Nol-Clique und des US-Imperialismus aus Kambodscha sind noch nie so günstig gewesen wie heute. Die Schlinge um Phnom Penh ist zugezogen. Im Norden der Stadt sind die Befreiungsstreitkräfte bis auf 10 km an das Zentrum herangerückt. Am 2.Februar wurden Tuol Kork, Anlorng Ka-ngan, Khmuonh, Samrong und Tuol Sampeou eingenommen. Im Osten kontrollieren sie das Mekong-Ufer gegenüber dem Regierungspalast. Die Stellung der Lon Nol-Clique in der Pagode Phoum Thom wurde besetzt. Im Westen sind die Ortschaften Prey Tuol und Preck Phneou befreit. Im Süden ist der Mekong von der vietnamesischen Grenze bis vor die Stadt zu beiden Ufern von den Volksbefreiungsstreitkräften von Kambodscha (FAPLNK) besetzt. Die Versorgung der Lon Nol-Clique kann nur noch durch die Luftbrücke von Thailand aus mühsam von den USA aufrecht erhalten werden. Der Flughafen Phnom Penhs steht unter Beschuß, allein am 31.Januar sind 13 Flugzeuge, darunter Transportmaschinen und Spezialmaschinen zum Abwurf der CBU 55-Bomben zerstört worden.

Die Trockenzeit

Die Trockenzeit hat vor einem Monat angefangen und wird etwa sechs Monate andauern. Bereits im ersten Monat der gegenwärtigen Offensive wurden mit der völligen Abschnürung Phnom Penhs und der Zerreibung wichtiger Kräfte des Feindes entscheidende Erfolge erzielt. Bis Mitte April sinkt der Wasserstand des Mekong noch weiter ab. Die Breite wird sich von 800 Meter auf kaum 100 Meter verringern. Damit wird der Fluß für die Befreiungskräfte immer leichter kontrollierbar. Die Offensive hat eine neue Situation im Kräfteverhältnis geschaffen, dies ist eine Entwicklung, die der US-Imperialismus nicht mehr rückgängig machen kann.
Die Perspektive ist hervorragend. Wichtig für das Lon Nol-Regime ist die Bewilligung von weiteren 200 Millionen US-Dollars, da es sonst nicht in der Lage ist, den Krieg weiter zu führen. Aber selbst wenn die Bewilligung dieser Gelder gegen den Widerstand des amerikanischen Kongresses durchgesetzt werden sollte, besteht immer noch das Problem, diese 'Hilfe' auch nach Phnom Penh zu bringen. Bisher wurde täglich etwa Munition im Wert von 1,3 Millionen Dollar benötigt. Dies wird jedoch bei der Zuspitzung der Kämpfe nicht ausreichen, und gleichzeitig wird es immer schwieriger, Nachschub in die umkämpften Gebiete zu bringen. Ein guter Ausdruck der kommenden Niederlage ist die Vorbereitung des Abzugs der französischen Diplomaten aus Phnom Penh.
Man kann sicher sein, daß im kommenden Vierteljahr die Entscheidung gefallen ist: Für die Lon Nol-Clique und für den US-Imperialismus ist die Uhr abgelaufen in Kambodscha. Ein wichtiges Datum ist der fünfte Jahrestag der Gründung der Nationalen Einheitsfront von Kambodscha (FUNK) und der Volksbefreiungsstreitkräfte von Kambodscha (FAPLNK) am 23.März. Der Fall Phnom Penhs wird der Sieg des Volkes von Kambodscha sein im Kampf für nationale Unabhängigkeit, Freiheit und Neutralität.

Der 5.Jahrestag der FUNK

Zum 5.Jahrestag fallen sicher wichtige Entscheidungen. Das kambodschanische Volk zählt auf uns und auf alle Freunde, die es in der Welt hat. Zeigen wir breit unsere Solidarität. Zeigen wir unsere Unterstützung, denn die letzte Phase des Kampfes ist die schwierigste. Es ist die Phase, in der die Lon Nol-Clique und der US-Imperialismus nicht mehr ein noch aus wissen und zu allem fähig sind. Wie die Fernseh-Berichte ja zeigen, schrecken sie auch davor nicht zurück, die gesamte Bevölkerung bewußt zu opfern und als Schutzwall, als eine letzte Bastion aus Menschenleibern, einzusetzen, um den eigenen Kopf aus der Schlinge heraus zu bekommen.
(von der Redaktion zusammengestellt nach verschiedenen Artikeln von Mitgliedern des Indochina-Komitees Heidelberg)



Angehörige der Volksbefreiungsstreitkräfte von Kambodscha (FAPLNK) mit 10,5-Zentimeter-Haubitzen (US-Modell), die sie kürzlich den Lon-Nol-Söldnern abgenommen haben.

Um Krieg zu führen, braucht man Reis...

Die Produktion in den befreiten Gebieten richtet sich gegenwärtig noch nach den Bedürfnissen des Befreiungskrieges aus. Gleichzeitig werden die Grundlagen für die wirtschaftliche Entwicklung nach dem Sieg gelegt. Der Kampf an der Produktionsfront ist so wichtig wie der an der militärischen Front. Die US-Imperialisten haben unter Einsatz ihres gewaltigen Militärapparates versucht, die Lebensgrundlagen der Bevölkerung zu zerstören. So wurden Flächenbombardements durchgeführt und chemische und biologische Kampfmittel eingesetzt. Dennoch ist es dem kambodschanischen Volk gelungen, zum ersten Mal in der Geschichte zwei Reisernten im Jahr einzubringen und seine Produktion dadurch mehr als zu verdoppeln. Ein teilweise schon verwirklichtes Ziel ist es, drei Reisernten im Jahr einzubringen und auch die Anbauflächen weiter auszuweiten. Bereits jetzt können 50 000 Tonnen Reis in die befreiten Gebiete Südvietnams exportiert werden. Dies gelang dem kambodschanischen Volk trotz des Arbeitskräfteproblems, da ein Großteil der produzierenden Bevölkerung an der Front kämpfen mußte. Dieser Sieg an der Produktionsfront war nur möglich durch die Bildung von "Gruppen für gegenseitige Hilfe" im Land. Um Krieg zu führen, braucht man Reis, um Reis anzubauen, braucht man Wasser. Deshalb wurden große Anstrengungen unternommen, Wasserreservoire und Bewässerungssysteme anzulegen. Zur Steigerung der Produktion und der ausreichenden Versorgung der Bevölkerung wurde ein zentraler Produktionsplan entworfen. Durch die künstliche Bewässerung mußte die Monate andauernde Trockenheit überbrückt werden.
Der Krieg hat das Volk geeinigt und das Bewußtsein verändert, dadurch wurde die Schöpfungskraft der Massen geweckt, sowie die Fähigkeit, Schwierigkeiten und Opfer auf sich zu nehmen. Das ist die Grundlage für den bevorstehenden Sieg des kambodschanischen Volkes über den US-Imperialismus.

Die Front für den Sturz Thieus verbreitert sich

Thieu soll bereits seinen Rücktritt vorbereiten

Am 3.Februar verbot Thieu 5 oppositionelle Zeitungen und ließ 19 Journalisten verhaften. Es handele sich um "kommunistische Eindringlinge" mit Sabotageabsichten. Schon zwei Tage später mußte das Regime von "Mißverständnissen" reden und war zur Freilassung der meisten Festgenommenen gezwungen. Der Grund dafür waren breite Proteste in Südvietnam, sowie z. B. von oppositionellen Abgeordneten des US-Kongresses und des internationalen Journalisten-Verbandes. Diese Auseinandersetzung brachte einen weiteren Fortschritt im Kampf der Bevölkerung Südvietnams für den Sturz Thieus.

Zuvor hatte Thieu versucht – vor allem in Hinblick auf die bevorstehende Entscheidung des US-Kongresses über die Bewilligung weiterer Hilfsgelder –, gegenüber der oppositionellen Presse einen Schein von "Demokratie" zu wahren. Die Berichterstattung einzelner Korruptionsfälle wurde vorübergehend gestattet. Andererseits wurde weiter versucht, jegliche Agitation gegen die Fortsetzung der US-Einmischung, gegen die Zusatzgelder und für den Sturz Thieus zu verhindern.

Die Saigoner Zeitung Dai Dan Toc vom 18.Januar verurteilte z. B. offen, daß die US-Regierung weiterhin mit allen Mitteln versucht, sich in Vietnam militärisch und durch Gelder an die Saigoner Verwaltung einzumischen. Am 22.Januar berichteten Saigoner Zeitungen vom Kongreß der oppositionellen "Volksfront gegen den Hunger", bei dem die ständigen Versuche der Saigoner Verwaltung, ihre Aktivitäten zu unterbinden, verurteilt wurden. Der Kongreß hob hervor, daß die unter der Kontrolle der Saigoner Verwaltung stehende Bevölkerung größtes Elend erleidet aufgrund von Arbeitslosigkeit und das Einsperren der Bevölkerung in Konzentrationslager.
Gegen die ständige Beschlagnahme von Zeitungen mit derartigen Berichten erschien ebenfalls am 22.Januar in allen Saigoner Tageszeitungen eine Protesterklärung des Zeitungsherausgeber-Verbandes, in der die Entschlossenheit zur Fortsetzung des Kampfes für die Pressefreiheit bekräftigt wird.
Am 5.Februar stellte die gesamte Saigoner Oppositionspresse ihr Erscheinen vorübergehend ein, um gegen die Beschlagnahmungen und Verhaftungen der 19 Journalisten zu protestieren. Auch solche Leute wie General "Big Minh", der früher selbst direkt als US-Marionette diente, haben den erneuten Schlag Thieus gegen die Presse verurteilt und sprechen jetzt davon, daß das Volk gegen Thieu mobilisiert werden müsse – wenn nicht über die Presse, dann auf direktem Weg. Er rief alle Oppositionsgruppen auf, sich trotz ihrer Differenzen im Kampf gegen Thieu zusammenzuschließen.
Die Basis des Thieu-Regimes wird zusehends schmäler. Gemeldet wird, daß Thieu die Vorkehrungen für seinen Rücktritt bereits getroffen hat. Sein Sturz wird ein weiteres großes Loch in die "Vietnamisierungs"-Strategie der US-Imperialisten reißen.

–M.L., Heidelberg–

Gegen Sport für Kapitalistenziele - Für die Arbeitersportbewegung

Ich habe mich eigentlich schon immer etwas geärgert, daß in der KVZ so selten sportpolitische Artikel stehen. Das Bedürfnis nach kollektiver sportlicher Betätigung ist ein elementares Bedürfnis der Menschen. Ihm werden wir in der sozialistischen Gesellschaft für die allseitige Entwicklung des Menschen große Bedeutung beimessen.

In der Bundesrepublik gibt es 13 Millionen, die im Deutschen Sportbund organisiert sind sowie ca. 12 bis 15 Millionen Menschen, die unorganisiert Sport treiben. Und das trotz der enormen Verschleißerscheinungen durch die kapitalistische Produktion und trotz der total unzureichenden und teuren Sportmöglichkeiten. Diese Menschen wehren sich gegen den immer stärker werdenden körperlichen Verfall, den die kapitalistische Wirtschaft nach sich zieht und gegen die Entfremdung ihres Lebens, indem sie die "Geselligkeit" im Sportverein suchen.

Die bürgerliche Klasse nutzt das Bedürfnis und die Faszination des Sports in vielfältiger Weise aus. Die Trimm-Dich-Kampagne, über deren Ursachen und Entwicklung ich im folgenden schreibe, ist nur eine Form. Weitere wichtige Formen sind der Sportchauvinismus und die darin enthaltene "Wir sitzen alle in einem Boot und rudern gegen alle Völker"-Ideologie sowie die Leistungssport-Aufstiegsideologie, aus der die bürgerlichen Sportideologen gerne folgern, daß jeder in der Gesellschaft den Platz einnehme, den er verdiene; schließlich sind ja einige arme Arbeiterjugendliche durch Einsatz und Beharrlichkeit (Sport-)Millionäre geworden. In der Bundesrepublik gibt es gegenwärtig aufgrund der relativen Schwäche der Arbeiterbewegung im Bereich des Sports kaum Ansätze gegen die Ausnutzung des Sports für die Ziele der bürgerlichen Klasse eine vom Standpunkt der Arbeiterklasse geführte inhaltliche Bestimmung des Sports als Mittel des Klassenkampfes zu setzen.

Da es aber notwendig ist, den Klassenkampf an allen Punkten zu führen, dies aber nur auf der Grundlage der ideologischen Klarheit in allen Fragen möglich ist und sich mit dem weiteren Erstarken der Arbeiterbewegung die Frage nach praktischen Konsequenzen für eine neu aufzubauende Arbeitersportbewegung stellt, ist es notwendig, die Auseinandersetzung um den Charakter des Sports stärker als es bisher in der KVZ geschehen ist zu führen.

–R., Hamburg–


Kräfte schöpfen, um sich besser auflehnen zu können.

Trimm dich fit - wofür ?



Die Herrenreiter und Yachtbesitzer aus den Chefetagen kapitalistischer Wirtschaftsunternehmen scheinen plötzlich ein Herz für den Sport der kleinen Leute entdeckt zu haben. Aus allen Etagen, nicht nur der Kapitalisten, sondern auch der bürgerlichen Politiker und bundesdeutschen Sportführer tönt unüberhörbar der Ruf: "Leute, denkt an Eure Gesundheit, haltet Euch fit, treibt 'mal wieder Sport!" Dieselben Herren also, die sich bisher in Sachen Sport nur darum sorgten, daß der Spitzensport genügend finanziell unterstützt wird, um den Status einer imperialistischen Weltmacht auch in den Sportarenen zu behaupten – so rief beispielsweise Josef Neckermann den bundesdeutschen Leichtathleten vor ihrer Abreise zu den Europameisterschaften in Helsinki zu: *"Denkt daran, daß Ihr auch die deutsche Wirtschaft repräsentiert."* – dieselben Herren scheinen plötzlich einem Sinneswandel zu unterliegen. Doch besieht man sich die Sache etwas genauer, erkennt man in den sorgenvollen Mienen dieser plötzlichen Menschenfreunde nichts anderes als – wen verwundert es – die Sorgen um den eigenen Profit. Damit wären wir bei den tatsächlichen Interessen dieser hochherrschaftlichen Sportmäzene.

Der frühzeitige Verschleiß der Arbeitskraft durch wachsende Ausbeutung

Interessant ist für diese Herren in erster Linie die Arbeitskraft, die sie den Arbeitern für möglichst geringen Lohn abpressen können. Da die Konkurrenz nicht schläft und sie außerdem immer versuchen, möglichst viel Profite anzuhäufen, versuchen sie das letzte an physischen und psychischen Reserven aus den Arbeitern herauszupowern: durch ausgeklügelte Systeme (REFA, MTM), immer schärfere Arbeitshetze und angesichts der steigenden Arbeitslosenzahlen durch plumpe Drohungen (Motto: "Wenn Du die Arbeit nicht machen willst, draußen stehen zehn andere, die darauf warten, daß Du fliegst.").

Die Folgen lassen sich mit einigen Zahlen demomstrieren:

* 1973 wurden in der Bundesrepublik 2,4 Millionen Arbeits- und Arbeitswegeunfälle, 32 827 Berufskrankheitsunfälle und 5 885 tödliche Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten mit tödlichem Ausgang gezählt! (Abendblatt vom 18.10.1974)

* Von 577 000 Arbeitnehmern, die jährlich ihren Beruf aufgeben, hat nur jeder zweite die gesetzliche Altergrenze erreicht. 270 000, das entspricht etwa der Einwohnerzahl von Karlsruhe, werden jährlich wegen **"Erwerbs- und Berufsunfähigkeit"** vorzeitig zu Rentnern (Spiegel vom 10.4.1972).

Verstärkt wird dieser enorme körperliche Verschleiß noch durch die miserable Gesundheitsversorgung im Stadtteil und im Betrieb.

* So kommen z. B. auf 27,2 Mill. Arbeiter und Angestellte in der Bundesrepublik nur 2 000 Betriebsärzte (laut Hamburger Abendblatt vom 18.10.74), die außerdem in den meisten Fällen aufgrund ihrer Zusammenarbeit mit der Unternehmensführung eher als "Gesundschreiber und –beter" zu bezeichnen wären. Folge dieser skrupellosen Profitwirtschaft ist eine immer stärker werdende körperliche Verelendung großer Teile der Bevölkerung.

Aber nicht nur die Erwachsenen sind von der körperlichen Verelendung betroffen, sondern auch Kinder und Jugendliche.

* So leiden nach einem Bericht des "Hamburger Abendblattes" vom 22.11.1974 ca. 40 % aller Hamburger Schulkinder an Haltungsschäden und Fettsucht, zynischerweise als "Wohlstandskrankheit" bezeichnet.

Diese Tatsachen tauchen nun seit einigen Jahren immer stärker in der bürgerlichen Presse und den Stellungnahmen bürgerlicher Politiker auf; meistens verbunden mit einem Apell an das "Gesundheitsbewußtsein" der Bevölkerung. Das liegt aber nicht daran, daß sich die Gesundheitssituation der Bevölkerung in den letzten Jahren sprunghaft verschlechtert hätte. Sie war immer schon miserabel. In Wirklichkeit drückt den Herrschaften der Schuh auch ganz woanders, wenn sie sich über die körperliche Verelendung des Volkes auslassen.

Die Folgen des Verschleisses der Arbeitskraft sind "teuer".

* So veranschlagt z. B. der Konzern Bayer Leverkusen "für einen Krankenstand von nur einem Prozent der Belegschaft einen jährlichen Verlust von drei Millionen Mark. Normalerweise sind fünf Prozent der Arbeitnehmer krank". (Stern vom 31.10.1973)

* Jeder Frührentner bedeutet einen Produktionsverlust von mindestens 10 000 Mark pro Jahr. (Hamburger Abendblatt vom 6.4.1973)

* Weiter hatte z. B. Willi Weyer, früherer Innenminister von Nordrhein-Westfalen, jetzt Präsident des Deutschen Sportbundes und nebenbei noch Präsidiumsmitglied im Konzern des Herrenreiters Josef Neckarmann, zu beklagen, daß aufgrund der miserablen Gesundheitssituation "jährlich 30 Millionen Arbeitstage ausfallen und über 12 Milliarden (!) Mark für Bewegungsmangelkrankheiten ausgegeben werden müssen." (Hamburger Abendblatt vom 25.5.1974)

25.5.1974)

Die Konsequenz in dieser Situation war natürlich nicht, die Form der Produktion und der Gesundheitsversorgung radikal zu ändern; das wird auch erst geschehen, wenn die Arbeiterklasse und das Volk die politische Macht und die Selbstbestimmung über diese Angelegenheiten haben. Die Konsequenz war eine andere: es mußte etwas her, womit man ohne großen finanziellen Aufwand die körperliche Leistungsfähigkeit der Bevölkerung und die Ausbeutbarkeit ihrer Arbeitskraft steigern konnte.

Die Trimm-Dich-fit Kampagne ...

Also wurde im März 1970 die "Trimm-Dich-fit" Kampagne gestartet. Entwickelt wurde diese Kampagne von der Agentur "Werbeting 2000" (Hauptkunden: Continental, Gerling-Konzern) und sogleich, mit breiter Unterstützung von Industrie, Krankenkassen, Presse, Rundfunk, Fernsehen sowie unter dem Lobgesang der bürgerlichen Parteien realisiert.

Mit "Trimmy" konnte man gleich zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Die Sache war äußerst billig und äußerst profitabel zugleich. Billig für den Staat und die Kapitalisten, weil die Sache so ablief, daß sie für "Trimmy" Reklame machten und die Bevölkerung die nötigen Mittel (Sportkleidung, -geräte) bezahlen mußte; Die Bundesregierung unterstützte die Kampagne neben lautstarken Lobgesängen finanziell nur mit 218 000 DM und die nominell relativ hohen Unterstützungskosten der Industrie (ca. 96 Mill. DM) kommen durch die Art der Werbung zustande, mit der die Kapitalisten für ihr Produkt warben und noch einen "Trimmy" obendrauf setzten.

... Profitabel auf zweierlei Weise.

Profitabel war die Sache auf zweierlei Weise. Zum einen deshalb, weil, wie die Arbeitsmediziner herausfanden, sich die Arbeits- und Konzentrationsfähigkeit durch ca. 10-minütiges schweißtreibendes Training täglich um ein Wesentliches steigern läßt. Zum andern konnte man durch den gesteigerten Verkauf von Sport- und Trimm-Dich-Artikeln, die zudem vielfach kaum zu gebrauchen und unverschämt teuer waren, der Bevölkerung elegant das Geld aus der Tasche ziehen. Das Aufblühen der Sportartikelindustrie, besonders auf dem Sektor der Trimm-Dich-Geräte, ist der beste Beweis. Der Umsatz stieg im Vergleich zu 1958 von 750 Millionen DM auf ca. 4 Milliarden DM im Jahre 1974 an! So meinte auch 1972 Kölns Oberbürgermeister Theo Barauen bei der Eröffnung der Internationalen Sportartikelmesse ganz richtig: *"Hier* (beim Trimm-Dich; Verf.) *liegen für die Sportartikelwirtschaft die Aufgaben und Chancen zugleich."* (Spiegel vom 23.10.1972)

(Spiegel vom 23.10.1972)

Arbeitersport ist Mittel im Befreiungskampf der Arbeiterklasse

Worin liegen nun die Aufgaben der Arbeiterklasse und der mit ihnen verbündeten Teile des Volkes? Die Arbeiterklasse hat absolut kein Interesse daran, daß mit allen möglichen Tricks und sprichwörtlich auf ihre Kosten mit den Mitteln des Sports ihre Ausbeutung intensiviert wird. Sie hat ein Interessen daran, eine Gesellschaftsform zu erkämpfen, in der die Grundlage geschaffen wird für eine allseitige körperliche und geistige Entwicklung der Menschen. Um dieses historische Ziel, den Sozialismus, erkämpfen zu können, ist es notwendig, "die Arbeiterklasse und die übrigen Lohnabhängigen vor körperlicher und geistiger Degradation zu bewahren" (KBW-Programm, s. 29). Deshalb ist ein wesentliches Ziel, die Arbeiterschutzforderungen des KBW zu verankern und zu erkämpfen. Denn "müde, abgespannte und kranke Menschen sind bereits wegen ihrer körperlichen Schwäche schlechte Kämpfer. Starke und gesunde Menschen haben die Kraft, sich aufzulehnen gegen unwürdige Zustände." (H.Wagner, Sport

würdige Zustände." (H.Wagner, Sport

und Arbeitersport, 1931)

Aktuell stellt sich für die Kommunisten in Sportvereinen, Schulen, Betrieben und im Stadtteil die Aufgabe, im Kampf z. B. für mehr und bessere Sportmöglichkeiten den Klassencharakter des Sports, beispielsweise der Trimm-Dich Kampagne, aber auch des Sportchauvinismus, des Profi- und Konsumsports zu erklären und den Boden zu bereiten, um mit dem Erstarken der Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik eine klassenbewußte Arbeitersportbewegung zu schaffen in dem Sinne, in dem H.Wagner im Schlußsatz seines Buches "Sport und Arbeitersport" schreibt: **"Arbeitersport ist Arbeiter-Klassensport, ist Mittel im Befreiungskampf des Proletariats!"**

–r., Hamburg–